

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Günther Rüther

Politische Bildung und politische Kultur
im vereinigten Deutschland

K. Peter Fritzsche/Herbert Knepper

Die neue Furcht vor der Freiheit
Eine Herausforderung an die politische Bildung

Ulrich Sarcinelli

„Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“
oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält
Orientierungen für die politische Bildung

Gerd Langguth

Politische Stiftungen und politische Bildung
in Deutschland

B 34/93

20. August 1993

Günther Rüter, Dr. phil., M. A., geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft, der Germanistik und der Pädagogik; Mitglied der Geschäftsleitung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter: Bereich Politische Bildung.

Veröffentlichungen u. a.: Zwischen Anpassung und Kritik. Literatur im real existierenden Sozialismus der DDR, Melle 1989; „Greif zur Feder, Kumpel“. Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949–1990, Düsseldorf 1992; Herausgeber der „Zeitschrift zur politischen Bildung – Eichholz Brief“.

K. Peter Fritzsche, Dr. phil., geb. 1950; Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Magdeburg.

Zahlreiche Veröffentlichungen auf den Gebieten der politischen Kulturforschung, der politischen Psychologie und der politischen Bildung.

Herbert Knepper, Dr. phil., geb. 1933; Referatsleiter für Politische Bildung im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen; Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung.

Veröffentlichungen u. a.: Kritische Bildung. Zur Theorie einer integrierten Kollegstufe, München 1971; (zus. mit Michael Dorn) Wider das allmähliche Entgleiten der Schüler und der Wirklichkeit, in: Gegenwartskunde, (1987) 2; Handlungsorientierung des Politikunterrichts: Möglichkeiten und Grenzen, in: Walter Gagel/Dieter Menne (Hrsg.), Politikunterricht, Handbuch zu den Richtlinien NRW, Opladen 1988.

Ulrich Sarcinelli, Dr. phil., M. A., geb. 1946; Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Kiel.

Veröffentlichungen u. a.: Symbolische Politik, Opladen 1987; (Hrsg.) Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn–Stuttgart 1987; (Mitautor) Politikvermittlung und Politische Bildung, Bad Heilbrunn 1990; (Hrsg.) Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Opladen–Bonn 1990; Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1993 (i. E.).

Gerd Langguth, Dr. phil., geb. 1946; Staatssekretär a. D.; 1988–1993 Leiter der Vertretung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland in Bonn; seit Januar 1993 geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn; Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Veröffentlichungen (u. a.): Jugend ist anders – Porträt einer jungen Generation, Freiburg–Basel–Wien 1983; Protestbewegung – Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1984; Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?, Zürich 1985; Wer regiert Nicaragua? Geschichte, Ideologie und Machtstrukturen des Sandinismus, Stuttgart 1989; Berlin – Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit, Köln 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Hannegret Homberg, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Politische Bildung und politische Kultur im vereinigten Deutschland

I. Die Veränderungen in Deutschland seit 1989

Seit den historischen Umbrüchen und Veränderungen des Herbstes 1989 ist vieles nicht mehr so in Deutschland, wie es einmal war. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ist die Einheit nicht vollendet – als Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen hat sie vielmehr erst richtig begonnen. Während die meisten Westdeutschen zunächst glaubten, sie hätten damit nur am Rande etwas zu tun, mußten sich die Ostdeutschen auf umfassende Veränderungen ihres Lebensalltags einstellen. Letztlich haben aber beide Seiten das Ausmaß der Aufgabe und ihre Auswirkungen unterschätzt.

Festzuhalten bleibt jedoch, daß die Folgen der Wiedervereinigung vor allem die ostdeutsche Bevölkerung vor riesige Probleme gestellt hat, die erst z.T. überwunden sind: die Umstellung am Arbeitsplatz, die drohende oder schon eingetretene Arbeitslosigkeit, die Umstrukturierung einer zentral gelenkten Planwirtschaft in eine freiheitlich orientierte Wirtschaftsordnung. Hinzu kommen der ungewohnte Pluralismus der Meinungen und der Wettstreit der politischen Parteien, die völlig neuen Instrumente und Funktionsweisen der parlamentarischen Demokratie. War der Alltag im real existierenden Sozialismus weitgehend bestimmt durch einen massiven Zwang zur Anpassung, durch eine radikale Beschneidung der Freizügigkeit und eine zielgerichtete ideologische Inanspruchnahme seitens des Staates, die den einzelnen fremd zu bestimmen versuchte, so empfinden heute viele Menschen die gewonnene Freiheit als Orientierungs- und Schrankenlosigkeit. Die Chancen der Freiheit werden zwar gesehen und oft auch genutzt, die sie begleitenden negativen Folgen scheinen jedoch häufig noch nicht in ausreichendem Maße mental und auch politisch nicht

verarbeitet werden zu können. Allerdings – zur DDR zurück will letztendlich kaum jemand.

Mit einer gewissen Verzögerung erreichen die Auswirkungen der deutschen Einheit nun auch die Westdeutschen. Sie spüren, daß sie sich neuen Fragen und Herausforderungen stellen müssen und daß sich über Jahre vertagte Probleme nicht länger hinausschieben lassen. Dazu zählen die inflationär gewachsenen Auf- und Ausgaben des Staates, die sich verstetigende Parteienverdrossenheit und der eskalierende politische Extremismus genau wie die Reform des Bildungswesens. Die Veränderungen liegen jedoch nicht nur im politischen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich. Die Individualisierungstendenzen tragen zu einem Zerfall der gesellschaftlichen Normen und Werte bei. Sie lösen bisherige Verbindlichkeiten auf, ohne daß auch nur ansatzweise eine neue Orientierung sichtbar wird, die das *bonum commune* im Auge hat.

Die Probleme haben sich seit der friedlichen Revolution 1989 nicht nur erweitert, sondern auch zum Teil in einer nicht vorhersehbaren Weise verschärft, so daß wir alle gemeinsam Schwierigkeiten haben, sie zu begreifen, zu akzeptieren und innerlich zu verarbeiten, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dazu zählt auch die seit Jahren im Westen Deutschlands verdrängte Erkenntnis, daß die konsumverwöhnte Wohlstandsgesellschaft sich selbst in Frage stellt, wenn sie nicht Selbstbescheidung übt. Dies hat nicht nur, aber auch etwas mit der Vollendung der inneren Einheit zu tun. Denn obwohl für den Aufbau der neuen Bundesländer mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eine gute Grundlage geschaffen wurde und seitdem die wirtschaftliche, soziale und politische Transformation sichtbar voranschreitet, ist das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West mittelfristig nur auszugleichen, wenn es zu einer großen Umverteilung kommt. Dabei handelt es sich – wie der Solidarpakt zeigt – um eine nationale Aufgabe, die den Einsatz lohnt, weil sie dem inneren Frie-

den dient und helfen kann, Versäumnisse zurückliegender Jahre aufzuarbeiten und Fehlentscheidungen zu korrigieren. Es reicht nicht – so wichtig dies ist – das Verständnis in den alten Ländern dafür zu entwickeln, daß die Menschen in Ostdeutschland einen tiefgreifenden Strukturwandel erleben. Die Westdeutschen selbst sind Teil dieses Strukturwandels.

II. Aufgabe der politischen Bildung: zwei auseinandergelebte Gesellschaften zusammenführen

Zentrale Aufgabe der politischen Bildung bleibt auch im vereinigten Deutschland, dazu beizutragen, daß die „Mauer in den Köpfen der Menschen“ nicht weiter wächst¹. Dies war auch schon vor der Vereinigung ihr Anliegen. Denn die staatlich geförderte deutschlandpolitische Bildungsarbeit zielte darauf ab, die deutsche Frage offenzuhalten. Zwischen diesem politischen Anspruch und seiner praktischen Umsetzung tat sich jedoch seit den siebziger Jahren eine wachsende Kluft auf. Immer weniger Träger der politischen Bildung fühlten sich dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes verpflichtet. Sie gingen von zwei deutschen Staaten, manche sogar von zwei deutschen Nationen aus².

Die friedliche Revolution offenbarte, wie weit sich die politische Bildung damit von den Interessen der Menschen im Osten Deutschlands entfernt hatte. Nunmehr hat sich die Chance zu einem gemeinsamen neuen Anfang eröffnet. Sie besteht darin, zwei im Grunde auseinandergelebte Gesellschaften wieder zusammenzuführen.

Die Deutschen fühlen sich einander auch im dritten Einigungsjahr fremd³. Wie schnell ihnen nach der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit auch die innere Einheit gelingen wird, hängt weitgehend davon ab, ob sie zu einer neuen, gemeinsamen

politischen Kultur finden werden. Das vorrangige Ziel dabei ist zunächst die Förderung der Bereitschaft, einander zuzuhören und sich ernst zu nehmen. Dazu bedarf es des Gesprächs; politische Bildung kann es vermitteln. Gerade wegen der unterschiedlichen Erfahrungshintergründe, Identifikationsmuster, Lebensweisen und Lebensziele ist dies nach wie vor wichtig. Bedauerlicherweise belasten immer noch böse Vorurteile und grobschlächtige Simplifizierungen den Einigungsprozeß.

Sie finden sich gerade auch dort, wo gegenseitiges Aufeinanderzugehen und gedanklicher Austausch am ehesten möglich wären, um den über Jahrzehnte gewachsenen Informations- und Kommunikationsstau abzubauen zu helfen; gemeint ist die Kulturpolitik. Hier zeitigt beispielsweise der zurückliegende, das innerdeutsche Klima belastende Streit um die DDR-Kunst und -Literatur bis heute negative Folgen. Gerade dieser – über viele Jahre – wichtige Bereich des Austausches und der Annäherung zwischen Ost und West, der oft für viele Westdeutsche der einzige Zugang zum Leben im real existierenden Sozialismus darstellte, hat seine Brückenfunktion verloren. In grober Vereinfachung diskreditierten westliche Feuilletons insbesondere die DDR-Literatur als eine Intrige gegen das Volk, als Erfüllungsgehilfin der Macht⁴. Jüngst erst meinte Siegmund Faust auf der Kunst-Tagung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ in Berlin feststellen zu dürfen, daß von der DDR-Literatur nur ein „großer Misthaufen“ übrigbleiben werde⁵. Es versteht sich von selbst, daß derartige pauschale Beschimpfungen und Verunglimpfungen der DDR-Literatur nicht gerecht werden. Sie übersehen zudem allzu leichtfertig, daß sich viele kritische DDR-Bürger jahrzehntelang mit Autoren wie Sarah Kirsch, Reiner Kunze, Günter de Bruyn, Christoph Hein, Wolf Biermann oder Christa Wolf identifiziert haben und stolz auf sie waren.

Der Dialog zwischen den Menschen aus den alten und neuen Ländern wird nur dann gelingen, wenn er sehr viel stärker als bisher auf die unterschied-

1 Vgl. Gerd Meier, Deutschland: Ein Staat – zwei politische Kulturen, in: *Der Bürger im Staat*, (1993) 1, S. 3–12.

2 Vgl. Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992, S. 333 ff.

3 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Wird sich jetzt fremd, was zusammengehört?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. 5. 1993.

4 Vgl. Günther Rüter, „Greif zur Feder, Kumpel“. Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949–1990, Düsseldorf 1992, S. 184 f.

5 Zit. n. Günter Feist, Wenn Urteile zum Kahlschlag führen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. 5. 1993.

lichen Erfahrungen und Empfindungen Rücksicht nimmt, die das Leben im geteilten Deutschland mit sich brachte. Anderenfalls wird er mehr zur Verstimmung als zur Verständigung beitragen.

Direkte persönliche Begegnungen sind auch dazu geeignet, den oft genug einseitigen und vor allem unzureichenden Informationstransfer der Medien zwischen Ost und West zu korrigieren bzw. zu ergänzen. Die wenigsten Westdeutschen lesen Zeitungen aus den neuen Ländern. Sie könnten dabei feststellen, daß die Thüringer oder Sachsen ganz andere Probleme haben als sie selbst. Vielfach würde auch erstaunen, daß die Sprache, die Denk- und Argumentationsweisen noch stark von den DDR-Erfahrungen geprägt sind. Vor allem aber würden die existentiellen Probleme in den neuen Bundesländern stärker bewußt werden, über die sich die Medien vielfach ausschweigen, obwohl doch gerade hier eine historische Herausforderung für die Kommunikationsaufgabe der Medien läge.

Umgekehrt gilt, daß nur wenige Ostdeutsche die großen überregionalen (west)deutschen Zeitungen lesen. So nimmt im wesentlichen das Fernsehen eine gesamtdeutsche Scharnierfunktion wahr. Für die öffentlich-rechtlichen wie für die privaten Sender gilt aber auch dies wiederum nur mit erheblichen Einschränkungen. Zudem ist es eine Sache, sich ein (Fernseh-)Bild von einer fremden Wirklichkeit zu machen, und eine andere, selbst Teil dieser Wirklichkeit zu sein⁶. Das persönliche Kennenlernen der Menschen kann dem wechselseitigen Festschreiben von Klischees und Vorurteilen entgegenwirken und einen authentischen und darum glaubhaften Erfahrungs- und Informationsaustausch ermöglichen.

Die vergangenheitsbedingte Ungleichzeitigkeit der gegenwärtigen Bedürfnisse und Fragen, die jeweils verschiedene Wahrnehmung und Bewertung von Problemen sowie die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte, die politische Leitbegriffe im Bewußtsein der Menschen haben, behindern die Integration der Ost- und Westdeutschen sowie die Herausbildung einer tragfähigen und funktionsfähigen Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft. Beiden Gesellschaften mangelt es noch an

6 Vgl. Heinrich Oberreuter, Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland, in: Civitas. Widmungen für Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag, Paderborn 1992, S. 480.

einem deutlichen Bewußtsein dafür, daß sie *miteinander* denken und handeln lernen müssen, gerade weil ihre soziokulturelle und wirtschaftliche Entwicklung um Jahrzehnte versetzt ist und ihre Lebensinteressen und Wertprägungen verschieden sind.

Vor diesem Hintergrund sieht sich die politische Bildung vor einer doppelten Herausforderung: Sie muß zum einen den Westdeutschen die Dringlichkeit der Aufgaben beim Aufbau im Osten erläutern und zum anderen begreiflich machen, daß der Aufbau im Osten Vorrang vor einem Ausbau im Westen hat. Dies fällt deshalb nicht leicht, weil die Bereitschaft, eigene Interessen zum Wohl des Ganzen zurückzustellen, gemeinhin nur schwach entwickelt ist.

Für die politische Bildung im Westen und Osten Deutschlands besteht dabei keine einheitliche Ausgangslage. Auch nach 40 Jahren parlamentarischer Demokratie hat sie im Westen nichts von ihrer Bedeutung verloren, wie die wachsende Bereitschaft zur Gewalt gegen Ausländer, der nach wie vor nicht erloschene Antisemitismus oder die Unterstützung radikaler bzw. extremistischer Parteien zeigen. Sie ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil der politischen Kultur geworden.

Für die neuen Länder kann dies so nicht behauptet werden. Nach 60 Jahren Diktatur (seit 1933) begegnen ihr viele Bürger mit verständlicher Skepsis. Sie steht daher zunächst vor der Aufgabe, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Demokratisches Denken und Handeln sind neu einzuüben, denn Kompromiß-, Kritik- und Urteilsfähigkeit scheinen unzureichend ausgebildet. Der Wettstreit der politischen Meinungen wird allzu häufig als lästig empfunden. Deshalb kommt es darauf an, die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie zu erläutern und darzulegen, warum sie trotz aller Schwächen die beste Staatsform bleibt. Rasche Ergebnisse sind von der politischen Bildung im deutschen Einigungsprozeß nicht zu erwarten; Illusionen sind fehl am Platze. Das Aufeinanderzugehen der Menschen, der Austausch unterschiedlich verlaufener Lebenserfahrungen in Staat und Gesellschaft, der Ausgleich der Interessen, kurz, die innerdeutsche gesellschaftliche Integration ist ein länger dauernder Prozeß, der von der politischen Bildung nur begleitet und stimuliert werden kann. Dennoch sind alle Anstrengungen

schon deshalb nötig, weil es keine Alternativen gibt. Welche Aufgaben stehen dabei im Vordergrund?

III. Beschuldigungen zwischen Ost und West führen nicht weiter

Aus der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR konnte in der Kürze des Einigungsprozesses noch nicht etwas Gemeinsames, also Neues entstehen. Im Bewußtsein vieler Ost- und Westdeutscher hat sich die alte Bundesrepublik lediglich erweitert. Nicht nur aus praktischer Notwendigkeit gestaltete sich die Herstellung der staatlichen Einheit tatsächlich als eine Anpassung der einen Ordnung an die andere; sie war auch politisch gewollt. Aus wohlüberlegten Gründen entschied die Volkskammer der DDR, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten. Ministerpräsident Lothar de Maizière sagte dazu am 2. Oktober 1990, dem Tag vor der deutschen Einheit: „Wir lassen ein System hinter uns, das sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauern und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.“⁷

Dennoch verstummen besonders unter Intellektuellen die Stimmen nicht, die in der Wiedervereinigung nicht etwa eine Befreiung von totalitären Zwängen, sondern einen Akt moderner Kolonialisierung, der Eroberung mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln der Macht sehen wollen⁸.

Wer so argumentiert, kommt dann schnell zu dem Schluß, daß im Vereinigungsprozeß in viel stärkerem Maße eine nicht näher beschriebene, spezifische „DDR-Identität“ hätte bewahrt und verteidigt werden müssen. Was aber verbirgt sich hinter dem schillernden Wort der „DDR-Identität“? Ist es die klandestine Sehnsucht nach den alten Ver-

hältnissen, der Verlust der Geborgenheit, wenn auch in einer Diktatur, die jene belohnte, die schwiegen, und die bestrafte, die eigenständige Wege gehen wollten? Oder drücken sich darin vor allem die Schwierigkeiten mit einem veränderten Zeitgefühl aus? Folgen wir Heiner Müller, so kennzeichnet den Westen das „Prinzip der Beschleunigung“, den „Osten das der Verlangsamung, des Aufhaltens von Prozessen“⁹. Günter Kunert meint, daß der für die DDR eigentümliche Zeitstillstand wohl am meisten vermißt würde¹⁰. Zu denken wäre aber auch an die Kulturlandschaft der DDR von ihren Monumenten des sozialistischen Realismus bis zu ihrer weit verzweigten staatlichen Förderungs- und Belohnungspraxis.

Alle diese Definitionsansätze verweisen auf etwas Nostalgisches, auf etwas Konservierendes, das dem Einigungsprozeß entgegengestellt werden soll. Darüber hinaus bliebe zu fragen, wie diejenigen, die heute von der Wahrung einer „DDR-Identität“ sprechen, dazu vor der Wende standen. Sieht man einmal von der Nomenklatura ab, die die „Farben der DDR right or wrong“ verteidigte, so offenbarten sich in dieser Haltung bei vielen anderen offenbar große Schwierigkeiten, sich auf die veränderten soziokulturellen Rahmenbedingungen einzustellen. Darüber sollte nicht mit leichter Hand oder gar zynisch hinweggegangen werden. Es besteht durchaus die Gefahr, daß einerseits der „Homunculus DDR“¹¹ idealistisch verklärt ins Bewußtsein zurückkehrt und andererseits in Vergessenheit gerät, daß es als Folge der friedlichen Revolution die freie Entscheidung der Volkskammer – des ersten demokratisch gewählten Parlaments der DDR – war, der Bundesrepublik beizutreten.

Für den innerdeutschen Einigungsprozeß erweist sich in diesem Zusammenhang auch als belastend, daß der Vorwurf, die „DDR-Identität“ nicht zu schützen, pauschal gegenüber den Westdeutschen erhoben wird. Klaus Schlesinger sieht den „Tatbestand der Vergewaltigung in der Ehe weitgehend erfüllt“. Besserung sei nicht in Sicht¹². Gleichgültig, ob sich darin – wie Tilmann Moser meint – früher aufgestaute Wut auf die Machthaber der SED

7 Lothar de Maizière, Fernsehansprache des Ministerpräsidenten der DDR am Vorabend des Tages der deutschen Einheit, in: Dokumentation zum 3. Oktober 1990, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1990, S. 8.

8 Vgl. Iris Radisch, Dichter in Halbtrauer, in: Die Zeit vom 4. 6. 1993 (Literaturbeilage); s. auch Günter Grass, Was rede ich. Wer hört noch zu, in: Die Zeit vom 11. 5. 1990.

9 Heiner Müller, Zur Lage der Nation, Berlin 1990, S. 42.

10 Vgl. Günter Kunert, Sehnsucht nach der DDR?, in: Die Zeit vom 4. 6. 1993 (Literaturbeilage).

11 Ders., Der Sturz vom Sockel. Feststellungen und Widersprüche, München 1992, S. 10.

12 Klaus Schlesinger, Sehnsucht nach der DDR?, in: Die Zeit vom 4. 6. 1993 (Literaturbeilage).

äußert und diese nun auf die Westdeutschen, das heißt besonders auf deren politische Klasse, übertragen wird¹³, diese Larmoyanz trägt jedenfalls zur innerdeutschen Verstimmung bei. Sie geht einher mit dem Vorwurf, Versprechen nicht einzuhalten und nur ungenügend Mittel für den Aufbau der neuen Länder bereitzustellen. Auch wenn der Wunsch nach weiteren materiellen Leistungen berechtigt sein mag, so darf nicht erstaunen, wenn er auf Ablehnung in der westdeutschen Bevölkerung stößt. Deren Replik verweist in grober Vereinfachung auf die selbstverschuldeten wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Defizite des sozialistischen Systems und läßt unausgesprochen, daß die Mehrheit der Ostdeutschen die sozialistische Mißwirtschaft ertragen mußte, ohne sie ändern zu können.

Die notwendige Bereitschaft der Westdeutschen, für die gewonnene Einheit zumindest ein Moratorium des materiellen Lebensstandards in den nächsten Jahren in Kauf zu nehmen, wird in einer derart politisch-ideologisch instrumentalisierten Debatte ebensowenig gefördert wie die Bereitschaft der ostdeutschen Landsleute, ihrerseits darauf zu verzichten, ohne Rücksicht auf die ökonomischen Gegebenheiten alsbald den gleichen Lebensstandard wie im Westen zu erreichen. Gerade weil nach der Euphorie der Maueröffnung auch im dritten Jahr der deutschen Einheit die Spannungen zwischen Ost- und Westdeutschen eher noch zu- als abnehmen, kommt es darauf an, den „Beschuldigungskampf“¹⁴ zu beenden, der selbst Familien entzweit.

Das Zusammenwachsen zwischen den beiden Gesellschaften wird ferner nicht gelingen, wenn die Menschen das Gefühl haben, der Sinn ihres Lebens solle ihnen genommen und erbrachte Leistung aberkannt werden. Viele „gelernte DDR-Bürger“, die keineswegs nur angepaßte Parteigänger des SED-Regimes gewesen sind, können sich von seinen Prägungen nicht einfach befreien. Ihre persönliche Lebensgeschichte ist – ob gewollt oder nicht – auf vielfältige Weise mit der Geschichte der DDR verbunden. Selbst das Aufzeigen bekannter Unrechtstatbestände wie Mauer und Schießbefehl, Stasi-Willkür und Verfolgung, Zensur und gleichgeschaltete Desinformation der Medien erzeugt

gleichwohl hohe emotionale Betroffenheit oder gar Ablehnung, „weil niemand ‚umsonst‘ gelebt haben möchte“¹⁵.

Vor allem die Westdeutschen sollten auf diesen Sachverhalt problembewußter, sensibler und geduldiger reagieren. Dies gilt besonders für die Debatte im Streit über die Versöhnung mit den ehemaligen Komplizen des SED-Regimes. Aus westdeutscher Sicht mag es vielleicht nicht schwerfallen, Mitgliedern der SED und Mitarbeitern der Staatssicherheit nach einer gewissen Wartezeit den Zugang zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen oder sie in eine der demokratischen Parteien als Mitglieder aufzunehmen. Dabei wird oft wie selbstverständlich ein wirklicher Gesinnungswandel vorausgesetzt. Aus der Sicht der Opfer, die teilweise schwer unter den Pressionen und der Willkür der SED-Diktatur zu leiden hatten, stellt sich dieser Sachverhalt verständlicherweise anders dar.

Dabei geht es nicht, wie der Sächsische Innenminister Heinz Eggert zu Recht betonte, um „Vergebung statt Vergeltung“¹⁶, sondern um grundlegende Fragen der politischen Kultur. Vergebung ist eine zutiefst zwischenmenschliche, also private Angelegenheit zwischen dem schuldbekennenden Täter und dem verzeihenden Opfer. Vergeltung einzelner darf es im Rechtsstaat nicht geben. Das Gewaltmonopol liegt in den Händen des Staates. Er hat genauso wie die demokratischen Parteien zu prüfen, ob jemand, der noch vor wenigen Jahren an exponierter Stelle im SED-Regime tätig war, heute glaubwürdig vertreten kann, daß er für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt bzw. hinter den programmatischen Leitlinien einer demokratischen Partei und der Form ihrer Willensbildung steht.

Ein weiteres Beispiel für den Mangel an Einfühlungsvermögen erleben wir gegenwärtig bei der Auseinandersetzung um die geplante Zusammenführung der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg, die aus der seit 1950 existierenden Akademie der Künste in Ost-Berlin und der Akademie der Künste des Landes Berlin von 1954 neu hervorgehen soll. Da namhafte Schriftsteller und Künstler wie Georg Baselitz, Bärbel Bohley,

13 Vgl. Tilmann Moser, Der braune Untergrund der Charaktere, in: Sinn und Form, (1993) 2, S. 288.

14 Ebd., S. 288.

15 H. Oberreuter (Anm. 6), S. 480.

16 „Sachsens CDU im Streit über Versöhnung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 7. 1993.

Hans-Christoph Buch, Jürgen Fuchs, Günter Kunert, Reiner Kunze oder Hans-Joachim Schädlich nicht zu Unrecht befürchten, daß unter der Federführung von Walter Jens belastete Kollegen aus der Zeit vor der Wende mit in das neue Haus einziehen werden, haben sie in einem Offenen Brief die Neugründung einer Akademie der Künste nach dem Vorbild der Akademie der Wissenschaften gefordert. Walter Jens und andere haben offensichtlich die Bereitschaft (oder die Vergeblichkeit?) der Opfer und Verfolgten der DDR-Kulturpolitik falsch eingeschätzt, sich mit engagierten Parteigängern und Peinigern aus früheren Tagen an einen Tisch zu setzen, so als sei nichts gewesen¹⁷.

Für die Meinungs- und Konsensbildung in den neuen Ländern ist es wichtig, daß die Debatte über die Integration von Belasteten öffentlich geführt wird. Westdeutsche wären hier – da sie nicht unmittelbar betroffen sind – gut beraten, sich nicht in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen. Sonst könnte allzu schnell der Eindruck entstehen, sie säßen über ihre Landsleute in den neuen Ländern zu Gericht oder aber sie wollten die Unrechtstaten der DDR verdrängen.

Zurückhaltung erscheint auch deshalb geboten, weil die mit der Einheit Deutschlands wiedererlangte Freiheit den Ostdeutschen angesichts der massiven Veränderungen der ehemals eher statischen Lebenswelt kaum Zeit läßt, sich mit ihrer Biographie im SED-Staat detailliert auseinanderzusetzen. Der Kampf um das tägliche Wohlergehen und die schwierige Umbruchsituation insgesamt blockieren die Neugier, sich vertieft mit den durchlebten, auch durchlittenen Jahren in der DDR zu beschäftigen.

Aus den Erfahrungen von zwölf Jahren nationalsozialistischem Unrechtsstaat wissen wir, daß totalitäre Systeme weit über die Zeit ihres Bestehens hinauswirken. Dies gilt auch für die SED-Diktatur, die, politisch überwunden, nach wie vor ihre Schatten auf die Menschen wirft und ihr Denken und Handeln mitbestimmt. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß die innere Auseinandersetzung und das kritische Durchdenken verdrängt werden

von den instinktiv und unbewußt arbeitenden Kräften des Selbstschutzes, die sich in Vergessen, Verleugnen, Projizieren und ähnlichen Abwehrmechanismen zeigen¹⁸. Ohne eine schmerzliche Erinnerungsarbeit wird es nicht gelingen – so hatten schon vor längerer Zeit Alexander und Margarete Mitscherlich mit Blick auf den Nationalsozialismus geschrieben –, sich von den alten Idealen zu lösen¹⁹. Im Prinzip gilt dies auch für die SED-Diktatur. Aufgabe der Westdeutschen könnte es sein, ohne in einen „Beschuldigungskampf“ einzutreten, bei der Durchdringung der Vergangenheit zu helfen.

IV. Bewußte Zuwendung zur Geschichte

Erst aus einem Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung und Gegenwartsverständnis lassen sich realistische Zukunftsperspektiven und eine gemeinsame politische Kultur entwickeln. Deshalb müssen sich die Deutschen ihrer Geschichte bewußt zuwenden. Dazu zählt die Reflexion über die Ursachen und Bedingungen, die zur Teilung Deutschlands und – in ihrem Verlauf – zur Entwicklung zweier unterschiedlicher Gesellschaften geführt haben. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus darf nicht ausgeblendet werden. Daran sollte sich auch weiterhin das Selbstverständnis der Deutschen „als Negativfolie orientieren“²⁰. Je größer der zeitliche Abstand dazu wird, desto mehr kommt es darauf an, den zukünftigen Generationen zu vermitteln, aus welcher Kraft sich Diktaturen speisen und zu welchem Unrecht sie fähig sind. Gegenwärtig steht der Nationalsozialismus noch für viele Menschen in einem unmittelbaren Erfahrungszusammenhang mit dem DDR-Kommunismus. Beide Diktaturen haben zu erheblichen Deformationen der menschlichen Seele und des sittlichen Verhaltens der Menschen geführt. Die Folgen sind noch nicht überwunden.

17 Vgl. Walter Jens, CDU will durch Diskriminierung der Ostberliner Mitglieder die geplante Neugründung der Akademie der Künste verhindern, in: Neues Deutschland vom 15. 5. 1993; Friedrich Dieckmann, Vorwärts zu neuen Akademien?, in: Neue Zeit vom 18. 5. 1993.

18 Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, Neuausgabe Leipzig 1990, S. 27.

19 Ebd., S. 92.

20 Werner Weidenfeld/Felix Ph. Lutz, Das deutsche Dilemma, in: Focus, 17/1993.

Mit Blick auf das Ende des Nationalsozialismus lassen sich für die Umbruchsituation, in der wir nun erneut nach dem Ende einer Diktatur in Deutschland stehen, Vergleiche ableiten. Während 1945 in Westdeutschland trotz zwölfjähriger Verbrechenherrschaft der Nationalsozialisten an nicht weit zurückliegende Erfahrungen mit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie angeknüpft werden konnte, gibt es heute in Ostdeutschland kaum jemanden mehr, der persönlich über vergleichbare Brücken in die demokratische Vergangenheit verfügt. Die dem Nationalsozialismus nachfolgenden 40 Jahre SED-Unrechtsstaat haben die noch verbliebenen Traditionen abendländisch-westlicher Rechts- und Verfassungskultur durch eine totalitär geprägte Erziehung zu sogenannter sozialistischer Demokratie und sozialistischem Recht weitgehend beseitigt. Die westliche Gesellschaft hat sich nach 1945 für die Ausgestaltung einer demokratischen politischen Kultur Zeit genommen – sie wird heute einen Teil dieser Zeit auch ihren östlichen Landsleuten zubilligen müssen²¹.

Für die politische Bildung besteht dabei die Schwierigkeit, daß die Menschen ihre politisch-historischen Prägungen nur langsam ablegen oder verändern und zunächst auch die neuen Erfahrungen und Orientierungen nach gewohnten Mustern interpretieren. So ist es nicht verwunderlich, daß die Deutschen nach vierzigjähriger Teilung trotz der staatlich-politischen Vereinigung jeweils in ihrer östlichen und westlichen Gedanken- und Wertewelt weiterleben und sich Verbindendes, Gemeinsames nur langsam entwickelt.

Informationen und Klarstellungen können diesen Entwicklungsprozeß beschleunigen. Der Zeitgeschichte fällt dabei eine wichtige Aufgabe zu, weil sie die jüngste Vergangenheit mit der Gegenwart verknüpft, aber auch, weil gerade der Geschichtsunterricht in der DDR vor allem die ideologischen Positionen der SED abzustützen hatte²². Er hinterließ deshalb nicht nur weiße Flecken, sondern nahm auch bewußt Verfälschungen vor. Dies gilt besonders für die Darstellung der Bundesrepublik. Wer in den neuen Bundesländern weiß beispiels-

weise Leben und Wirken des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer objektiv einzuordnen und zu bewerten? Das SED-Regime hat hier wie in vielen anderen Fällen aus legitimatorisch-propagandistischen Gründen ein völlig falsches Bild von der historisch-politischen Wirklichkeit vermittelt. Die Menschen wissen – vielleicht – darum, aber sie tun sich verständlicherweise schwer, im Einzelfall zu beurteilen, wie es wirklich gewesen ist. Deshalb bleibt es notwendig, Verdrängtes zu erhellen und aufzuklären. Die Geschichte, wie sie die SED vorgab, darf nicht weiterhin das Bewußtsein der Menschen prägen; sonst gehen wesentliche Ziele der Herbstrevolution verloren: Wahrheit, Gerechtigkeit und Mündigkeit.

Dabei sollte nicht aus dem Blickfeld geraten, daß nach der nationalsozialistischen Katastrophe nicht nur in der SBZ, sondern auch in den westlichen Zonen die Vision eines sozialistischen Deutschland Zuspruch fand. In den frühen Nachkriegsjahren hatte die SED noch einen erstaunlichen Rückhalt in der Bevölkerung, weil viele glaubten, daß mit der Vereinigung von SPD und KPD zur SED eine neue sozialistische, demokratische Partei entstanden sei. Die Ergebnisse der ersten Landtagswahlen von 1946 gaben dieser Hoffnung Ausdruck, auch wenn in Rechnung zu stellen ist, daß diese von der sowjetischen Militäradministration beeinflußt wurden²³.

Viele Menschen wollten eine radikale Kehrtwendung der Politik und folgten der SED. Sie erkannten nicht, daß die SED die moralische Entrüstung über den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg nutzte, um mit der sogenannten antifaschistischen-demokratischen Erneuerung²⁴ eine zweite Diktatur vorzubereiten. Als diese immer stärker sichtbar wurde, konnten viele von denen, die nicht bereits geflohen waren, sich nicht vorstellen, daß eine Partei, die sich radikal von dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat abwandte, erneut eine Despotie beabsichtigte. Sie glaubten, die massiven

23 Bei den Landtagswahlen 1946 erreichte die SED in Mecklenburg 49,5 Prozent, in Thüringen 49,3 Prozent, in Sachsen 49,1 Prozent, in Brandenburg 43,9 Prozent und in Sachsen-Anhalt 45,8 Prozent; vgl. Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1986, S. 142.

24 Vgl. Hans-Helmuth Knütter, *Sozialpsychologie des Antifaschismus*, in: *Identität und Zukunft der Deutschen*. Klaus Hornung zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M. 1992, S. 67–77; ders., *Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9/91, S. 17–28.

21 Vgl. H. Oberreuter (Anm. 6), S. 479.

22 Vgl. Wolfgang Protzner u. a., *Der Geschichtsunterricht in der DDR als Instrument der SED-Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, S. 42ff.; Eberhard Kuhrt/Henning von Löwis, *Griff nach der deutschen Geschichte. Erbanerbnung und Traditionspflege in der DDR*, Paderborn 1988.

Eingriffe der SED in Staat und Gesellschaft seien notwendig, um ein „besseres“ Deutschland aufzubauen. Selbst ein Jahr nach dem kulturpolitischen Tribunal, dem 11. Plenum 1965, gaben beispielsweise Adolf Endler und Karl Mickel im Mitteldeutschen Verlag noch eine Anthologie heraus, die den Titel trug: „In diesem besseren Land. Gedichte der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945“. Diese – von der SED durchaus beabsichtigte – Fehleinschätzung unter dem Signum „Antifaschismus“ begünstigte über viele Jahre die Bereitschaft der Menschen, Bevormundungen und Pressionen zu ertragen. Am stärksten zeigte sich dies bei Intellektuellen, unter denen sich manche bis zur Selbstaufgabe fügten²⁵.

Provozierend ließe sich formulieren, daß die durchlittene „Unmündigkeit“ von einem Teil der Bevölkerung in dem Sinne selbst verschuldet wurde, wie sie diese bewußt billigend in Kauf nahm. Dies gilt für die fünfziger Jahre mehr als für die achtziger. Wie stark aber bis zum Schluß die „antifaschistische Fessel“ blieb, belegt der von Hunderttausenden unterzeichnete Aufruf „Für unser Volk“, den Christa Wolf und Stefan Heym noch in Szene setzten, als die SED schon zum Scheitern verurteilt war.

Demgegenüber erschien die friedliche Revolution als ein Akt der Befreiung. Die Menschen kämpften für das Ziel, sich endlich wieder des eigenen Verstandes ohne die demütigende Anleitung durch die Nomenklatura bedienen zu können. Die zynische Behauptung, ausgerechnet von sich selbst aufgeklärt verstehenden Intellektuellen, es sei ihnen vor allem um das Streben nach westlichem Wohlstand gegangen, trifft nicht zu²⁶. Vielmehr waren sie es satt, weiterhin einem System zu dienen, dessen Grundstütze ein „Leben in Lüge“²⁷ war. Dieser Akt der Befreiung erweist sich nun allerdings als ein langwieriger Prozeß, der Geduld erfordert. Es ist nicht damit getan, sozialistische Verhaltensmuster durch demokratische zu ersetzen, sondern es geht um den schrittweisen Aufbau einer neuen Identität, die auch den Schmerz des Abschieds einschließt und verarbeiten muß.

25 Vgl. G. Rüther (Anm. 4), S. 44ff.

26 So vor allem von Stefan Heym, Aschermittwoch in der DDR, in: „Die Geschichte ist offen“, hrsg. von Michael Naumann, Reinbek 1990, S. 87.

27 Vaclav Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben, Reinbek 1990, S. 36.

Obwohl heute grundlegende politische Forderungen und Hoffnungen der friedlichen Revolution erfüllt sind, zeigt sich – wie Meinungsumfragen bestätigen – die Gefühls- und Seelenlage der Ostdeutschen eher gedämpft. Dies erscheint deshalb erstaunlich, da eine große Mehrheit der Bürger in den neuen Ländern ihre wirtschaftliche Lage selber als gut bezeichnet und optimistisch in die Zukunft sieht²⁸. Die Ursache für diese Wahrnehmungsschere dürfte nur bedingt in der Arbeitslosigkeit oder darin liegen, daß der Rechtsstaat die Täter schont. Sie ist offensichtlich einerseits auf den negativen Einfluß der Massenmedien zurückzuführen, die den wirtschaftlichen Aufschwung und andere positive Entwicklungen kaum registrieren²⁹. Andererseits ist die Ursache wohl auch in dem Umstand zu suchen, daß sich zunehmend mehr Menschen angesichts der Auseinandersetzungen um Stasi-Akten und informelle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit bewußt werden, daß die Trennlinie zwischen Tätern und Opfern selten eindeutig gezogen werden kann und dies auch vielleicht für sie selber gilt. Günter de Bruyns selbstkritisches Bekenntnis, der Staatssicherheit ungewollt dienlich gewesen zu sein, mag als ein Beispiel gelten. Ihn befielen Selbstzweifel und Scham, als er seine Akte las: „Die Scham darüber, sich so gedemütigt zu haben, wird nicht weichen. Nie mehr werde ich glaubhaft von Würde und Anständigkeit reden, nie mehr über andere urteilen können.“³⁰

V. Bekenntnis zur Nation

Der Einigungsprozeß eröffnet – trotz aller Schwierigkeiten – den Deutschen neue Chancen. Unser Gemeinwesen erfährt wichtige Impulse der Innovation, und zwar in dem Maße, wie wir uns aufeinander einlassen. Die so unterschiedliche „Sozialisation“ der Ost- und Westdeutschen kann dabei helfen, festgeschriebene Standpunkte zu überprü-

28 Vgl. „Tendenz steigend“, in: Der Spiegel 8/1993, S. 72; „Soziales Ungleichgewicht noch nach 2000“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 7. 1993; „Wie sehen Sie Ihre Lebenslage? Welche Partei bevorzugen Sie?“, in: Sächsische Zeitung vom 12. 7. 1993.

29 Zu diesem Ergebnis kommt die Spiegel-Recherche (Anm. 28), S. 72.

30 Günter de Bruyn, Dieses Mißtrauen gegen mich selbst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 2. 1993.

fen und gemeinsam neue zu entwickeln. Dazu zählt auch die Frage, wie wir es künftig mit der Nation und dem Nationalstaat halten wollen. Besonders aus Ostdeutschland häufen sich derartige Fragen. Wenn der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD in der Volkskammer, Richard Schröder, freimütig bekennt, „Deutschland ist mir das liebste Land“, und anfügt, das sei kein neuer Nationalismus, „der jemanden diskriminiert, denn jedem sollte sein Land das liebste sein können“³¹, dann wird manchem westdeutschen Intellektuellen die Zornesröte ins Gesicht gestiegen sein. Vielleicht hat er sogar zum Schreibgerät gegriffen und seiner Empörung Ausdruck verliehen. Aus ostdeutscher Sicht ist dieses Bekenntnis jedoch durchaus verständlich, steht es doch ganz in der Tradition der friedlichen Revolution, als es hieß: „Wir sind ein Volk“.

Nation und Nationalstaat kündigten sich mit dieser Losung wieder als ein Thema der politischen Diskussion in Deutschland an³². Dabei verwunderte es nicht, daß alsbald Intellektuelle aus Ost und West, angeführt von Stefan Heym und Günter Grass, die Wiedererlangung der Einheit der Nation mit dem Aufkommen eines neuen Nationalismus alter Prägung verbanden und mit Parallelen zur Macht ergreifung der Nationalsozialisten schnell zur Hand waren³³. Diese west-östliche Allianz, die ihren Ursprung in dem inzwischen gescheiterten Traum von einem sozialistischen Deutschland hat, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Menschen in Ost- und Westdeutschland sich tendenziell in ihren Einstellungen zu Nation und Nationalstaat unterscheiden. Der Mißbrauch, den die Nationalsozialisten mit der „Nation“ trieben, hat das nationale Bewußtsein der Westdeutschen traumatisch belastet. Sie hatten sich, wie es Karl Jaspers forderte, daran gewöhnt, „daß ihre Zukunft

nicht in der Wiederherstellung des Nationalstaates liegt, sondern in dessen Überwindung“³⁴. Die nationale Einheit Deutschlands rückte für sie mit dem Bau der Mauer in immer weitere Ferne, bis die meisten aufhörten, überhaupt noch daran zu glauben.

Für die Ostdeutschen, die, wie es der SED-Staat gerne gesehen hätte, die DDR nicht als ihre „Nation“ anerkannten, blieb die nationale Einheit stets eine Hoffnung; sie verbanden damit die Vorstellung von Freiheit und Wohlstand. Der anti-nationale Effekt, der sich im Westen aus der Zeit des Nationalsozialismus speiste, spielte für sie – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle, weil die DDR dieses Thema schon sehr früh als erledigt betrachtet hatte. Bertolt Brecht beklagte dies und stellte mahnd fest: „Wir haben allzu früh der Vergangenheit den Rücken zugekehrt, begierig, uns der Zukunft zuzuwenden.“³⁵

Für das Zusammenwachsen der Deutschen bietet die Rückbesinnung auf die positiven Traditionen der Nation und des Nationalstaates dann die Chance einer Neuorientierung, wenn die Gefährdungen, die in einem nationalen Irrationalismus liegen, wachgehalten werden. Die verbindende Kraft nationaler Identifikation könnte dabei helfen, die Probleme (besser) gemeinsam zu lösen, die der innerdeutsche Einigungsprozeß mit sich bringt, aber auch mit den Herausforderungen fertig zu werden, die sich Deutschland nach der Vereinigung im internationalen Rahmen stellen, sei es gegenüber Mittel- und Osteuropa, sei es in den Vereinten Nationen oder bei friedenssichernden Maßnahmen im ehemaligen Jugoslawien und in Somalia.

Die politische Bildung darf diese Entwicklung nicht unbeachtet lassen, zumal die Menschen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den Umbrüchen und Veränderungen in Europa wie in der Welt vor allem regionale und nationale Bindungen als neue Orientierungspunkte suchen. Sie sollte deshalb auch nationales Empfinden ansprechen. Dabei kommt es darauf an, einerseits die schrecklichen Verirrungen der deutschen Nation zu vergegenwärtigen, andererseits aber auch die konsens-

31 Richard Schröder, Deutschland schwierig Vaterland. Für eine politische Kultur, Freiburg 1993, S. 23.

32 Vgl. Michael Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.), Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993; Karlheinz Weißmann, Wiederkehr eines Totgesagten: Der Nationalstaat am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/93, S. 3–10; Karl-Rudolf Korte, Das Dilemma des Nationalstaates in Westeuropa: Zur Identitätsproblematik der europäischen Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/93, S. 21–28.

33 Vgl. Godehard Schramm, Leichtfertigkeit – eine Eigenschaft vieler deutscher Dichter, in: Zeitschrift zur politischen Bildung – Eichholz Brief, (1992) 2, S. 87f.; Helmuth Kiesel, Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, in: Die politische Meinung, (1991) 264, S. 49–62.

34 Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik, München 1960, S. 53.

35 Bertolt Brecht, Kulturpolitik und Akademie der Künste, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 19, Frankfurt/M. 1975, S. 543.

stiftenden, positiven Eigenschaften und Fähigkeiten hervorzuheben, über die Nation und Nationalstaat verfügen. In einer Zeit wachsender politischer Orientierungslosigkeit können gerade die mythischen und gefühlsbetonenden Kräfte, die in Nation und Nationalstaat mitschwingen, von Demagogen mißbraucht werden. Ihnen darf das Ausfüllen dieser Begriffe deshalb nicht überlassen bleiben. Gerade wer verhindern will, daß Nation und Nationalstaat wieder – wie im 19. und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts – zum politischen Maßstab schlechthin erklärt werden, der sollte sie in einen europäischen Rahmen einbetten.

Gelänge des den Deutschen, zu einem „gesunden“ nationalen Bewußtsein zurückzufinden, würden sich die vorhandenen Vorbehalte gegen die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft, wie sie die Beschlüsse von Maastricht vorsehen, abschwächen lassen. Denn der Prozeß der innerdeutschen Integration im Sinne einer Nationenbildung steht keineswegs im Gegensatz zu den europäischen Einigungsbemühungen. Deutschland verdankt Europa viel. Der zukünftige deutsche Nationalstaat wird seine Interessen nicht wie die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts gegen andere durchsetzen, sondern mit anderen Staaten in Bündnissen und internationalen Gemeinschaften zusammenarbeiten. Freiheit, Frieden, Umwelt und wirtschaftliche Prosperität lassen sich nur in Solidarität mit anderen Völkern und Nationen erhalten und weiterentwickeln. Dies schließt die Abgabe nationaler Rechte ein. Nationale Autarkie hat deshalb heute weniger denn je eine Zukunft. Die Nation wird dadurch aber

nicht überflüssig. Sie bleibt Baustein der größeren Einheit, die über die Europäische Gemeinschaft hinausweist: auf die Vereinigten Staaten von Europa.

Das Bekenntnis zur Nation umfaßt: Toleranz gegenüber dem Fremden, Weltoffenheit, Achtung der Menschenrechte, solidarische Hilfe für die Schwachen, Abgabe nationaler Rechte an supranationale Organisationen. Es schließt aber auch ein: Förderung und Pflege nationaler Kultur und Sprache, Verwurzelung in der Heimat, einen gesunden Patriotismus und die Wahrnehmung nationaler Interessen³⁶. Offenheit und Toleranz nach außen ist nicht ohne Selbstvergewisserung im Innern möglich.

Wenn die Deutschen in Ost und West gemeinsam zu einem neuen Verständnis der Nation zurückfänden, gewönnen sie gleichzeitig ein Stück der Normalität zurück, die Spanier, Franzosen und andere europäische Völker schon seit langem als Selbstverständlichkeit empfinden. Dies muß nicht zu einem Bekenntnis führen, wie es Richard Schröder formuliert hat. Es würde schon ausreichen, könnten wir uns auf die Zeilen des rumäniendeutschen, in Berlin lebenden Schriftstellers Richard Wagner verständigen: „Ich schäme mich nicht, ein Deutscher zu sein. Ich bin auch nicht stolz darauf. Ein Deutscher zu sein, ist für mich selbstverständlich und deshalb nicht der Rede wert.“³⁷

36 Vgl. H. Rüdiger Durth, Erinnerung und Neuorientierung bei den deutschen Protestanten, in: Das Parlament vom 2. 4. 1993.

37 Richard Wagner, Sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?, in: Der Tagesspiegel vom 13. 2. 1993.

Die neue Furcht vor der Freiheit Eine Herausforderung an die politische Bildung

I. Die Herausforderung: xenophobe Gewalt und Rechtsextremismus nach der Vereinigung

Wir durchleben Zeiten beschleunigten Wandels und großer geschichtlicher Überraschungen. Atemlos bemühen sich die Sozialwissenschaften, auf die Höhe der Zeit zu kommen, gestrebt bemüht sich die politische Bildung, sich den Herausforderungen zu stellen. Was kann und was soll politische Bildung im vereinten Deutschland leisten? Die demokratischen Institutionen sind zwar geschaffen, aber die Gretchenfrage ist: Wie halten es die neuen Bundesbürger mit dieser Demokratie? Auf der einen Seite zeigten in der Wende viele DDR-Bürger Zivilcourage und demokratische Kompetenz. Auf der anderen Seite tragen viele noch an den Altlasten von zwei Diktaturen, und eine unerwartet große Zahl überraschte auch bald nach der Einigung mit xenophober und rechtsextremistischer Gewalt.

Ein zweites Mal stellt sich nach einer Diktatur in Deutschland die Aufgabe der demokratischen Erziehung. Hat sich aber in der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer politischen Bildung nicht genügend „Know-how“ entwickelt, um nun auch erfolgreich mit den Herausforderungen einer vereinten Nation und ihrer gespaltenen politischen Kultur umzugehen? Ist nicht dieses Land ausreichend zivilisiert, um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu begrenzen oder zu überwinden?

II. Ein Erklärungsangebot: der Autoritarismus-Ansatz

Wir möchten im Folgenden einen Beitrag zur Extremismusanalyse und zur demokratischen Erziehung diskutieren, der die Forschung vielfach

angeregt hat, im Bereich der politischen Bildung aber eher marginalisiert wurde. Erst veränderte politische Bedingungen und eine modernisierte Variante verschafften ihm in Westdeutschland jüngst wieder neuen Zuspruch, aber vor allem die Entwicklung in Ostdeutschland rückt ihn erneut ins Zentrum der Diskussion. Gemeint ist der Ansatz des „Autoritarismus“. Unsere These ist, daß aus diesem Ansatz hilfreiche präventive Strategien entwickelt werden können, daß dieser Ansatz einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der Xenophobie und des Rechtsextremismus in West- und Ostdeutschland wie in West- und Osteuropa leisten kann.

1. Der klassische Ansatz: der autoritäre Charakter

Die Autoritarismusforschung ist entstanden als eine deutsche Antwort auf den Zusammenbruch der ersten Demokratie auf deutschem Boden. Sie ist vor allem die Antwort emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler auf den historischen Schock des Faschismus und auf eine strukturelle autoritäre Bedrohung von Demokratien.

Sowohl für liberale als auch für marxistische Theoretiker war der massenhafte Zulauf zum Faschismus eine Provokation. Weder die Annahmen über den rationalen Bürger in liberalen Theorien noch die Annahmen über klassenbewußte Proletarier in der marxistischen Theorie hatten die massenhafte Hinwendung zum Faschismus erwarten lassen. In radikalerer Weise als die meisten anderen Wissenschaftler haben sich die emigrierten Forscher aus dem Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung diesen theoretischen Herausforderungen gestellt.

2. Die potentiellen Faschisten

Die Antworten der sogenannten Berkley-Gruppe um Adorno u. a. sind in der theoretischen und empirischen Studie „The Authoritarian Person-

ality“ (deutsch: „Der autoritäre Charakter“) zusammengefaßt und 1950 in den USA erschienen¹:

– Das Konzept des „autoritären Charakters“ besagt, daß vor allem Menschen mit einer bestimmten, eben autoritären Persönlichkeitsstruktur anfällig für faschistische Propaganda und Ideologien sind.

– Die Theorie, an der sich die Berkley-Gruppe bei der Entwicklung ihres Persönlichkeitsmodells orientiert hatte, war die Psychoanalyse. Im Mittelpunkt der autoritären Persönlichkeit steht danach ein schwaches Ich, das nicht in der Lage ist, zwischen den eigenen Triebansprüchen, den Forderungen des strengen Über-Ichs und den Imperativen des Realitätsprinzips zu vermitteln. Aus dieser Schwäche vor allem erwächst die Bereitschaft, durch autoritäre Unterwürfigkeit sich seiner Freiheit zu entledigen.

– Die Ursachen für diese Persönlichkeitsstruktur liegen in der frühen Kindheit, in einer autoritären Familie. Diese Familienstruktur und ihre autoritären Erziehungspraktiken schließlich werden als Produkt der kapitalistischen Gesellschaft interpretiert.

– Der autoritäre Charakter äußert sich in bestimmten Einstellungen, die durch Befragung mittels speziell konstruierter Skalen ermittelt werden können. Alle Skalen wurden auf der Grundlage eines ausgedehnten Interviewmaterials konstruiert. Das berühmteste Instrument zur Ermittlung dieser Einstellungen, die auf den autoritären Charakter schließen lassen sollen, ist die F-Skala (Faschismus-Skala), eine Synthese von vorher von der Gruppe bereits entwickelten Konservatismus-, Antisemitismus- und Ethnozentrismusskalen. Ein besonderes Gewicht hatte die Vorurteilsforschung bei der Genese der Theorie und Analyse des „autoritären Charakters“.

– Mit der F-Skala versuchte man, potentielle Faschisten zu ermitteln. Der Inhalt der F-Skala besteht u. a. aus Statements autoritärer Unterwürfigkeit, autoritärer Aggressivität gegenüber Minderheiten, starrer Bindung an konventionelle Werte des Mittelstandes und rigiden Denkens. Diejenigen, die hohe Werte auf der F-Skala hat-

ten, d. h. den angebotenen Statements weitgehend zustimmten, wurden als besonders anfällig gegenüber dem Faschismus eingestuft.

3. Die Furcht und die Flucht vor der Freiheit

Der Ansatz war vor allem in seiner Verknüpfung von Theorie und Empirie neu. Das theoretische Fundament hatte aber bereits Erich Fromm Jahre vorher in seinem Werk „Escape from Freedom“ gelegt². Von ihm stammt unseres Wissens auch der Begriff des „autoritären Charakters“. Während die Adorno-Gruppe die allgemeine Anfälligkeit demokratischer Gesellschaften für faschistische Bewegungen aufzeigen will, argumentiert Fromm stärker im historischen Kontext des deutschen Faschismus.

Fromm zeigt, wie sich viele Bürger durch die Freiheit verunsichert fühlen. Sie sehen nicht die Chancen der Freiheit zu etwas, sondern erleben die Befreiung von ehemaligen Autoritäten nur als Freisetzung in eine Welt ohne Schutz und Sicherheit. Diese verunsicherten Bürger erleben die historischen Zuwächse an individueller Freiheit als Isolation. Für sie bedeutet Freiheit, dem Risiko ausgesetzt zu sein, zwischen sozialen und politischen Extremen zerrieben zu werden. Fromm zeigt, wie aus der Furcht vor der Freiheit die Flucht vor der Freiheit wird, die Flucht in die vermeintlichen Schutzzonen der starken Masse und des starken Führers. Das Bedürfnis sich zu unterwerfen, ist beim autoritären Charakter gepaart mit dem Bedürfnis nach Macht und Aggressivität. Diese Aggressivität richtet sich vornehmlich gegen Minderheiten.

Im Mittelpunkt von Fromms Aufmerksamkeit stehen die deutschen Mittelschichten, da sie sich als besonders anfällig für den Faschismus erwiesen hatten. Aber Fromm verschweigt nicht, daß bei empirischen Untersuchungen über deutsche Arbeiter in den Jahren 1929/30 bei einer Minderheit von ihnen ebenfalls ein „autoritärer Charakter“ zu identifizieren gewesen war³. Den Grund dafür, daß gerade die deutschen Mittelschichten sich so anfällig für die Unfreiheit zeigten, sieht Fromm in der autoritären Kontinuität deutscher Vergangenheit und in den besonderen Krisenbelastungen der Nachkriegsperiode für diese Schichten.

1 Vgl. Th. W. Adorno u. a., *The Authoritarian Personality*, New York 1950; ders., *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt/M. 1973.

2 Vgl. E. Fromm, *Escape from Freedom*, New York 1947; deutsch: *Die Furcht vor der Freiheit*, Frankfurt/M 1966.

3 Vgl. ebd., S. 208.

III. Kritik und Stimulus

Die Studien zum „autoritären Charakter“ von Adorno u. a. wurden in den USA bald zu einem Klassiker der Sozialpsychologie, der gleichwohl sofort ins Kreuzfeuer der Kritik geriet⁴. Neben vielen methodischen Einwänden dominierten folgende Argumente die Debatte:

- Die psychoanalytisch orientierte Erklärung der Persönlichkeitsstruktur sei nicht zwingend, sondern eher verwirrend; andere Ansätze könnten besser den Beitrag des subjektiven Faktors bei der Entwicklung des Autoritarismus erklären.
- Man dürfe nicht vorschnell von Einstellungen auf das Verhalten schließen.
- Situative Faktoren hätten einen kaum zu überschätzenden Einfluß auf das Verhalten, der stärker sein kann als Persönlichkeits-Faktoren.
- Die Konzentration auf den rechten Autoritarismus unterliege selbst einem Vorurteil in seiner Ausblendung eines linken Autoritarismus.

Der letzte Einwand signalisierte bereits eine deutliche Grenze der Akzeptanz des Autoritarismus-Ansatzes. Er geriet nämlich sofort in die Konfliktlinien des Kalten Krieges. „Er zielt gegen den falschen Feind“ hieß es in Amerika: Die prominente Rolle der Kapitalismuskritik erwies den Ansatz schnell als einen von Linksintellektuellen. Das Bedrohungsgefühl von rechts entsprach nicht mehr der Konstellation des Kalten Krieges. Die Bedrohungen, deren man sich nun meinte erwehren zu müssen, kamen von links.

IV. Widerstände in Deutschland

In Deutschland hatte es der Ansatz zunächst noch wesentlich schwerer als in Amerika. Erst über 20 Jahre nach seinem Erscheinen publizierte man endlich das Werk auch auf deutsch. Die Zeit nach

4 Vgl. N. Sanford, *Authoritarian Personality in Contemporary Perspective*, in: J. Knutson (Ed.), *Handbook of Political Psychology*, San Francisco 1973; J. D. Meehan, *Critical Analysis of Forty Years of Authoritarian Research*, Paper prepared for the International Round Table Conference of the RCPE of IPSA, Akademie Sankelmark, September 1990.

1945 war einerseits durch die Umerziehungspläne der Alliierten geprägt, andererseits durch das skeptische Zurückweichen der Jugend gegenüber Politik überhaupt und durch die Verdrängung bei den meisten Erwachsenen. Schnell drückte der beginnende Kalte Krieg der Zeit seinen Stempel auf. Anti-Nazismus degenerierte zu einem Teil eines übergeordneten Kampfes gegen den Totalitarismus, und dieser wurde als gemeinsame Herrschaftsform von Faschismus und Stalinismus begriffen. Das anti-totalitäre Engagement erschöpfte sich bald in einer anti-kommunistischen Haltung. Da in Deutschland der Streit um den Kommunismus nicht nur durch die soziale und die politische Frage, sondern auch durch die nationale Frage (der geteilten Nation) beherrscht wurde, nahm der deutsche Anti-Kommunismus extreme Ausprägungen an. Unter diesen Bedingungen schien die Aufarbeitung der nazistischen Vergangenheit zunächst sekundär⁵.

In diesem politischen Klima kam es zur Ausgrenzung und Tabuisierung von „linken“ Ansätzen und damit auch zur Ausgrenzung oder zumindest Vernachlässigung der Frankfurter Schule und ihrer Theorie des „autoritären Charakters“. Erst anti-semitische Schmierereien 1959/60 zerstörten die Illusion, daß sich eine Demokratie vorrangig über ihre ökonomischen Leistungen definieren könne. Nun wurde schnell das Erziehungssystem zum Verantwortlichen erklärt, und dementsprechend hoffte man sich von einer intensiveren Aufklärung in den Schulen über den Nationalsozialismus Erfolg bei der demokratischen Erziehung. Aber noch 1966 hatte Adorno zu beklagen, daß die „Erziehung nach Auschwitz“ sich den Problemen des Autoritarismus als Erblast der Vergangenheit und als struktureller Bedrohung der Demokratie nicht stellte⁶.

Erst mit den kulturevolutionären und antiautoritären Tendenzen von 1968 wurden ehemalige Tabus durchbrochen, und auch der Ansatz des „autoritären Charakters“ erhielt neue Aufmerksamkeit. Aktuelle Bedeutung erhielt er dann durch einen neuen Rechtsextremismus unter Jugendlichen, der

5 Vgl. B. Hafenecker, *Pädagogik gegen rechts. Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus*, in: G. Paul (Hrsg.), *Hitlers Schatten verblaßt*, Bonn 1989.

6 Vgl. Th. W. Adorno, *Erziehung nach Auschwitz*, in: ders., *Stichworte. Kritische Modelle 2*, Frankfurt/M. 1969.

als bittere Frucht der Demokratie und nicht mehr nur als Altlast der alten Diktatur zu begreifen war.

V. Autoritarismus: ein flexibles psycho-historisches Modell

Wie brauchbar ist aber nun das Modell des „autoritären Charakters“? Welche Einflüsse hat es oder eine modernisierte Variante vor allem in Deutschland ausgeübt? In einer selbstkritischen Rückschau auf die Stärken und Schwächen des „autoritären Charakters“ brachte Nevitt Sanford, ein ehemaliges Mitglied der Berkley-Gruppe, ein wichtiges Argument ins Spiel. Er verwies darauf, daß die „autoritäre Persönlichkeit“ nur angemessen verstanden werden könne, wenn man sie als eine „psycho-historische Konzeption“ auffasse⁷. Dies meint zweierlei. Erstens: Ein Mensch mit einer autoritären Persönlichkeit hatte 1945 andere politische Ängste als heute; und auch die Art, wie autoritäre Unterwürfigkeit und Aggressivität damals in der Erziehung vermittelt wurden, wird eine andere gewesen sein als heute. Zweitens: Die sozialwissenschaftliche Art und Weise, ein solches Modell der Genese und Struktur des Autoritarismus zu entwickeln, unterliegt dem geschichtlichen Wandel. Die besondere Verknüpfung von Psychoanalyse, (undogmatischem) Marxismus, Interviews und Einstellungsforschung war ein Produkt der Zeit und der besonderen intellektuellen Konstellation, die durch die Emigration der Wissenschaftler um das Frankfurter Institut für Sozialforschung gegeben war.

Wenn wir den Autoritarismus-Ansatz in diesem Sinne als historisch und flexibel verstehen, können u. E. folgende Elemente als Konstante akzeptiert werden:

- Die Figur der Furcht vor der Freiheit bleibt zentral; wovon die Furcht besteht, kann historisch allerdings stark variieren.
- Die subjektive Verarbeitung von objektiven Belastungen liefert einen unverzichtbaren Erklärungszugang; allerdings wird Abschied genommen von dem Monopol der Psychoanalyse als erklärender psychologischer Theorie.

⁷ Vgl. N. Sanford (Anm.4).

- Der sozialisatorische Einfluß der Familie bei der Entwicklung von Autoritarismusanfälligkeit wird nicht geleugnet, aber auch andere sozialisatorische Einflüsse sind zu berücksichtigen.

- Neben dem Einfluß der Persönlichkeitsstruktur treten immer stärker die Auswirkungen situativer Komponenten in den Blick. Es gibt Anzeichen dafür, daß der situative Streß so groß werden kann, daß er durchaus auch Personen ohne autoritäre Persönlichkeitsstruktur zu autoritärem Verhalten verleiten kann.

- Eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur ist nicht an eine einzige – rechtsextreme – Ideologie gebunden; auch Anhänger linker Ideologien können autoritär sein. Nicht die ideologische Orientierung, sondern die rigide und dogmatische Art der geplanten und durchgeführten Umsetzung der Ideologie entscheidet über den autoritären Hintergrund.

- Autoritarismus ist auf eine „Ursachen-Trias“ aus *Tradition*, *Sozialisation* und *Situation* zurückzuführen.

Im Folgenden möchten wir an mehreren Beispielen demonstrieren, wie ein flexibel gehandhabter Autoritarismus-Ansatz interpretative Kraft entfaltet und wichtige Erkenntnisse für die politische Bildung im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus liefert.

1. Politische Kultur – die Last autoritärer Vergangenheit

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß hat der „autoritäre Charakter“ auf die Entwicklung der Forschung zur politischen Kultur und ihrer Thesen über die Demokratiefähigkeit der Westdeutschen nach 1945 gehabt⁸. Dieser Forschungsansatz, der den *subjektiven* Faktor von Politik in den Mittelpunkt seines Interesses stellt, hatte skeptisch die Gretchenfrage aufgeworfen: Nun haben die West-Deutschen zwar neue demokratische Institutionen bekommen, aber wie halten es die Bürger, die vielfach bis zum Ende den Faschismus unterstützt oder geduldet hatten, mit dieser Demokratie?

Wie berechtigt diese Frage war, zeigten Umfragen, nach denen Ende der vierziger Jahre noch unge-

⁸ Vgl. W. M. Iwand, *Paradigma Politische Kultur*, Opladen 1985.

fähr die Hälfte der Deutschen der Meinung war, daß der Nationalsozialismus im Grunde eine gute Idee gewesen sei, die nur schlecht ausgeführt worden war. In der Perspektive der Forschung zur politischen Kultur erscheint der Autoritarismus in der jungen westdeutschen Demokratie daher vor allem als ein Produkt der NS-Diktatur, als eine Last der Vergangenheit, die noch nicht aus der Mentalität der Bürger gewichen ist. Autoritarismus erscheint hier lediglich als ein Traditions- und Generationenproblem.

Durch den Partizipations- und Protestschub Ende der sechziger Jahre sahen sich die Vertreter dieses Ansatzes in ihren Annahmen bestätigt, daß unter veränderten Rahmenbedingungen auch Bürger mit einem veränderten Demokratieverständnis heranwachsen würden. Dieser Ansatz liefert mit seinem Akzent auf der Last der Vergangenheit zwar eine wichtige Perspektive, aber er vereinfacht mit seiner Interpretation die Gegenwart, denn hier heißt die Kernthese: Demokratien produzieren Demokraten. Unbeantwortet bleibt die Frage, wie denn aus dem Schoß der Demokratie ihre autoritären Feinde erwachsen können.

2. Vorurteile – autoritäre Elemente der Gegenwart

Erneuten Auftrieb bekam der Autoritarismus-Ansatz in der Folge zunehmender Fremdenfeindlichkeit in Westdeutschland im Rahmen der wiedererstarkenden Vorurteilsforschung. Dieser Ansatz hilft nämlich zu erklären, warum Vorurteile entstehen und warum sie dann so widerstandsfähig gegen neue Informationen und Aufklärung sind. Er hilft zu klären, warum Vorurteile mit ihren falschen Verallgemeinerungen über Minderheiten, mit ihrer emotionalen Ablehnung, moralischen Abwertung, sozialen Ausgrenzung und diskriminierenden Aggression für die Träger der Vorurteile so attraktiv sind. Kurz: Dieser Ansatz kann die Vorurteile aufzeigen, die Vorurteile mit sich bringen⁹.

Im Mittelpunkt psychologischer Vorurteilstheoreme stehen zumeist Ansätze, die das Selbstkonzept, das Selbstwertgefühl oder die Identität als wichtigsten Einflußfaktor für Vorurteilshaftigkeit ansehen. Es gibt mittlerweile auch beachtliche empirische Belege dafür, daß die Vorurteilshaftigkeit

in starkem Maße von der Selbstwahrnehmung und -beurteilung beeinflusst wird¹⁰. Die Art und Weise, wie der andere wahrgenommen und beurteilt wird, hängt vor allem davon ab, wie man sich selbst sieht und fühlt. Je stabiler und ausgeglichener das eigene Selbstwertgefühl ist, desto weniger Bedrohungsgefühle lösen Fremde aus. Die Probleme, die die Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten hat, sind zumeist ein Resultat der Probleme, die in der Mehrheit selbst bestehen, und nicht eine Folge von Problemen, die Minderheiten der Mehrheit bereiten. Die Furcht vor den Fremden ist meist keine Folge der Eigenschaften oder des Verhaltens der Fremden, sondern eine Folge eigener Furchtsamkeit.

Die im Vorurteil vollzogene Konstruktion der Wirklichkeit hat zwei komplementäre Seiten der Verfälschung: einerseits die Einstufung der Fremden und Ausländer als minderwertig und andererseits die Überbewertung des eigenen Kollektivs. Das negative Vorurteil über die Minderheiten wird ergänzt von dem „positiven“ Vorurteil über die eigene Gruppe. Aus der Erfahrung eigener Schwäche und Unterlegenheitsängste wird die Illusion der gemeinsamen und eigenen Überlegenheit und Stärke.

Es ist ein leichtes, hier eine Grundfigur des „autoritären Charakters“ zu erkennen: Aus dem Gefühl der eigenen Schwäche wird der Weg angetreten in die freiwillige Unterwerfung unter kollektive imperative und autoritäre Führung. Diese Flucht wird aber subjektiv wahrgenommen als der Weg in die schützende Macht einer Gemeinschaft und die kompensatorische Kraft eines Kollektivs. Aus den Schutzzonen dieses Kollektivs heraus wird es nun möglich, Minderheiten, die als bedrohlich empfunden werden, zum Sündenbock zu stempeln und die eigene Angst in Aggression zu verwandeln. Aus diesem Ansatz wird es nun auch verständlich, warum Vorurteile für ihre Träger attraktiv und funktional sind:

- Intellektuell ist das Vorurteil entlastend, denn es erleichtert (scheinbar) die Orientierung in einer überschaubarer konstruierten Wirklichkeit.
- Moralisch führt die Abwertung „der Fremden“ zur Aufwertung des eigenen Selbstwertgefühls.

9 Vgl. K. P. Fritzsche, Kommen wir nicht ohne Vorurteile aus?, in: Internationale Schulbuchforschung, (1989) 4.

10 Vgl. Ch. Bagley, Personality, Self-Esteem and Prejudice, Hampshire 1984.

– Emotional erlaubt das Vorurteil, die eigenen Ängste zu kanalisieren und zu kaschieren: Diffuse Verunsicherung verwandelt sich in Furcht vor identifizierbaren Fremden, und diese Furcht tarnt sich als Überlegenheit und Feindseligkeit.

– Sozial oder auch national fördert es den Zusammenhalt des eigenen Kollektivs durch die Stärkung des Wir-Gefühls; es gestattet die Verteidigung und Stärkung einer verunsicherten oder bedrohten Identität.

– In der Eskalation eines Konflikts erlaubt es die Stigmatisierung einer Minderheit als Sündenbock und legitimiert deren Diskriminierung; es schafft ein Ventil für anderweitig aufgestaute Aggressionen.

– Außerdem gestattet das Vorurteil – vor allem im öffentlichen Diskurs – eine ergiebige Instrumentalisierung auch durch solche Personen und Gruppen, die selbst gar keine Vorurteile haben, aber mit ihnen ein politisches Geschäft der Angst betreiben wollen.

Für diese vielfachen „Vorteile“ der Vorurteile ist die Persönlichkeitsstruktur eine unverzichtbare Variable, wenn auch keine hinreichende. Erst das Zusammentreffen von Bedingungen sowohl auf der Ebene der Persönlichkeit als auch auf den Ebenen der Gesellschaft und der politischen Kultur ist entscheidend. Wenn Belastungen der Gesellschaftsstruktur, des sozialen Wandels und der nationalen Tradition bei den Bürgern auf begrenzte oder fehlende Fähigkeiten ihrer Verarbeitung treffen, provozieren sie Abwehrstrategien wie Vorurteile und Feindbilder. Wenn objektiver gesellschaftlicher Druck auf mangelhafte Kompetenzen bei den Menschen trifft, mit diesem Druck umzugehen, dann entsteht ein Streß, der sich in Gefühlen der Bedrohung und der Furcht äußert. Wenn schließlich diese Gefühlslage auf einen öffentlichen Diskurs der Angst trifft, wachsen die Anfälligkeiten für rechtsextreme „Lösungen“ rapide.

3. Individualisierung – eine neue Chance für den Autoritarismus?

Weitgehend unbemerkt hat das klassische Theorem von der „Furcht und der Flucht vor der Freiheit“ auch an anderer Stelle seine Brauchbarkeit bewiesen. Die einflußreich gewordene Deutung der Xenophobie und des Rechtsextremismus von

Wilhelm Heitmeyer entpuppt sich bei näherem Hinschauen als ein modernisiertes *Remake* der historischen Vorlage¹¹.

Die Entwicklung der heutigen Gesellschaft ist nach Heitmeyer durch eine zunehmende Individualisierung, durch eine Zunahme individueller Freiheiten gekennzeichnet. Die Individualisierung hat aber ein „Doppelgesicht“: Sie wirkt auch als Desintegration. In der subjektiven Verarbeitung nehmen viele statt der Chancen eher die Belastungen und Risiken dieser Entwicklung wahr: soziale Bindungslosigkeit, Konkurrenz, Ohnmachtsgefühle und Orientierungsnot. Für die Jugendlichen produzieren die modernen Individualisierungsschübe vor allem einen erheblichen Selbstbehauptungsdruck. Rechtsextreme Ideologien können bei Jugendlichen, die von den Folgen der Modernisierung verunsichert und verängstigt sind, als Orientierungshilfe akzeptiert werden.

Bis hierhin liefert Heitmeyer nicht viel mehr als eine modernisierte Autoritarismusthese. Aus den politischen und ökonomischen Freiheitszuwächsen der Bürger in der kapitalistischen und parlamentarischen Gesellschaft bei Fromm und der Berkley-Gruppe sind die Individualisierungsschübe der modernen Gesellschaft geworden. Aus dem Krisendruck der kapitalistischen Gesellschaft wurde der Modernisierungsdruck der Risikogesellschaft. Und aus der autoritären Charakterstruktur wurde ein schwaches Selbstkonzept.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob Heitmeyer mit seiner Konzentration auf die Modernisierung der Arbeitsprozesse und auf die Auflösung verbindlicher Sozialmilieus nicht wesentliche Bereiche einer neuen Furcht vor der Freiheit in den westlichen Demokratien unterbelichtet: die Furcht vor multikultureller Freiheit in demokratischen Gesellschaften. Die Furcht vor der Freiheit meinte ja immer auch die Furcht vor der Freiheit der anderen. Das, was früher als Furcht vor dem Überstimmtwerden in der Demokratie, dem Übermächtigwerden durch die „proletarischen Massen“ oder dem fremden Kapitalströmen Ausgesetztsein zum Thema der Furcht vor der Freiheit wurde, äußert sich heute eher als Furcht vor der „Über-

11 Vgl. W. Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim 1987; ders., Gesellschaftliche Gewalt und politische Paralyse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/93.

flutung“ durch die „Ströme“ der Migranten und Flüchtlinge.

Der Erfolg des Ansatzes von Heitmeyer beruht wohl auf folgendem: Der Ansatz schließt an die populär gewordene Deutung der modernen Gesellschaft als Risikogesellschaft an. Er verzichtet auf tiefenpsychologische Spekulation zugunsten sozialisationstheoretischer Selbstkonzepte. Er überwindet beim Blick auf den Rechtsextremismus eine Verengung auf rechtsextreme Organisationen. Schließlich arbeitet Heitmeyer empirisch.

Diese empirische Arbeit hat ihm auch ein zunächst überraschendes Ergebnis geliefert, worin womöglich sein eigentliches Verdienst zu erblicken ist: Nicht nur Jugendliche mit schwachen Selbstkonzepten sind anfällig für den Rechtsextremismus, sondern verstärkt auch solche mit einem starken Selbstkonzept. Heitmeyer benennt diesen zugegebenermaßen überraschenden Befund mit dem Begriff „Machiavellismus“. So treffend diese Haltung in unsere Ellenbogengesellschaft zu passen scheint, so gibt Heitmeyer doch zu, daß noch nicht geklärt ist, ob hinter der Präsentation eines starken Selbstbildes, hinter der oftmals zu konstatierenden Selbstüberheblichkeit nicht doch ein Kompensationsmechanismus eines in Wirklichkeit unsicheren Selbsts versteckt ist. Die Frage bleibt also noch offen, inwieweit die erfragten Selbstkonzepte das genuine Selbstwertgefühl der Jugendlichen zum Ausdruck bringen oder ob sie es nur überdecken.

Weiterhin ist zu überprüfen, ob die Suche nach dem „starken Selbstwertgefühl“ von der richtigen Fragestellung ausgeht oder ob für ein couragiertes wie empathisches Sozialverhalten nicht vielmehr ein stabiles und ausgeglichenes Selbstwertgefühl erforderlich ist.

Wirft man auch hier noch einmal einen Blick zurück in die „Kiste der Klassiker“, dann zeigt sich wiederum, daß dieser Befund nicht allzusehr überraschen muß. Zu den Autoritären gehörten immer auch diejenigen, die sich stark gaben und womöglich auch fühlten und bei denen die autoritäre Aggression und Selbstbehauptung im Vergleich zur Unterwürfigkeit überwog. Gemeinsam scheint dem Schwachen wie dem Starken aber ein Gefühl der Bedrohung, gegen die man sich verteidigen will.

VI. Autoritarismus in Ostdeutschland

Eine außergewöhnliche Renaissance erlebte der Autoritarismus-Ansatz bei der Analyse der ostdeutschen Erblast sowie der Xenophobie und des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Allerdings wurde der Begriff des Autoritarismus nun zuweilen inflationär und stereotyp gebraucht.

1. Die deformierte Gesellschaft

Schon bald nach dem Abebben der Wende-Euphorie und dem Erstaunen über die „friedliche Revolution“ gewannen die skeptischen Stimmen in Deutschland das Übergewicht. Über die ehemalige DDR-Bevölkerung wurde ein Generalverdacht des Autoritarismus verhängt. Maßgeblichen Einfluß bei dieser „Meinungsbildung“ hatte der Halenser Psychotherapeut Joachim Maaz, der auf der Basis der Erfahrungen aus 5000 Fallstudien ein Psychogramm der ehemaligen DDR erstellte¹². Maaz entwickelte in seinem Buch zwei Kontinuitätsthese, die schnell auch von den westlichen Medien aufgenommen wurden.

Die erste These behauptet eine fast bruchlose Kontinuität zwischen faschistischer und stalinistischer Diktatur. Die Folge sei eine Repression gewesen, der sich niemand habe entziehen können und die bei allen DDR-Bürgern Deformationen hinterlassen habe. Die zweite These baut hierauf auf und besagt, daß solchermaßen beschädigte Bürger eben nicht in der Lage gewesen seien, eine wirkliche Revolution zu vollbringen. Selbst in der Wende sei die Kontinuität der Deformation noch spürbar gewesen, was sich auch in der unterdrückten Aggressivität der „friedlichen Revolution“ und in dem schnellen Anpassungsprozeß nach der Maueröffnung gezeigt hätte.

Dieses düstere Bild einer letztlich doch gelungenen totalitären Unterdrückung wurde vor allem von Vertretern der politischen Kulturforschung recht unbesehen übernommen. Vorschnell gaben sie ihre Erkenntnisse über die politische Kultur der ehemaligen DDR auf, die besagt hatten, daß auch dieses System keinesfalls nur über eine einzige,

¹² Vgl. J. Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1990.

gleichgeschaltete politische Kultur verfügte, sondern sich mindestens nach drei Teilkulturen unterschied: der kommunistischen Propagandakultur, der aus der Vorkriegszeit nachwirkenden traditionellen politischen Kultur und einer ökologischen und reformsozialistischen Alternativ-Kultur. In der Forschung zur politischen Kultur dominierte die These autoritärer Kontinuität und eine einseitige Parallelisierung von 1945 und 1989. Die politische Übergangskultur der Wende geriet unter dieser Perspektive bald aus dem Blick¹³. Aber es gibt und gab auch Opposition als Folge von Repression, und wir müssen uns hüten, dem Stereotyp von Maaz zu folgen, nach dem ausnahmslos alle ehemaligen DDR-Bürger beschädigt seien.

2. Eine Gesellschaft im Streß

Das Explodieren der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland nach der Wende forderte differenzierte Erklärungen¹⁴. Eine Simplifizierung wäre es, wollte man hierin lediglich einen Ideologieaustausch bei den immer schon Autoritären sehen. Soziale Vorurteile und Xenophobie hatte es bereits vor der „Wende“ in der DDR gegeben, aber der Schleier der offiziell verordneten internationalen Solidarität hatte dies verhüllt. Die Aggressionen und Diskriminierungen richteten sich sowohl gegen Arbeitsmigranten aus der sogenannten Dritten Welt als auch gegen die polnischen Nachbarn. Über das Ausmaß und die Dynamik dieser alten, „DDR-typischen Fremdenfeindlichkeit“ (Thierse) haben wir bislang noch viel zu wenig Kenntnisse. Neu sind die eskalierenden Äußerungen manifesten Fremdenhasses in den neuen Bundesländern. Sie sind aus dem Zusammentreffen von kumulierendem, real existierendem Druck mit unzureichenden psychischen Verarbeitungsmechanismen zu erklären: Dieser Druck wird nicht mehr als Herausforderung, sondern als Überforderung erlebt¹⁵.

Wir sehen vor allem drei Streßebenen des Wandels für die Bürger der ehemaligen DDR und ihr Selbstwertgefühl:

13 Vgl. K. P. Fritzsche, Politische Sprache und Kultur im Umbruch, in: Gegenwartskunde, Sonderheft 1991.

14 Vgl. K. H. Heinemann/W. Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992.

15 Vgl. K. P. Fritzsche, Gesellschaft im Streß. Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, in: Geschichte – Erziehung – Politik, (1992) 7.

1. Die Vergangenheit des real existierenden Sozialismus erweist sich als belastender, als es die Bürger vermutet haben.

2. Die schon Vergangenheit gewordene Wende brachte nicht nur den Übergang vom real existierenden zum real verschwindenden Sozialismus, sondern ihr folgte die Abschaffung der DDR als Staat und das Verschwinden der Reformperspektiven vom Herbst 1989.

3. Die Gegenwart bringt nicht nur die Verwirklichung der Freiheit und die Hoffnung auf Wohlstand, sondern sie bringt auch eine „Furcht vor der Freiheit“, denn Freiheit bedeutet auch die Konfrontation mit drei Unbekannten:

– die Konfrontation mit ökonomischer Konkurrenz,

– die Konfrontation mit ideologisch-politischer Unsicherheit,

– die Vereinigung nicht nur mit den Westdeutschen, sondern auch mit einer „real existierenden multikulturellen Gesellschaft“ und ihren Feinden.

Welches Repertoire haben die Bürger der ehemaligen DDR heute, um mit den Herausforderungen des Wandels umzugehen und die Kränkung ihres Selbstwertgefühls zu verarbeiten? Wir müssen in Rechnung stellen, daß fast bruchlos zwei Diktaturen den Hintergrund für ihre politische Sozialisation abgegeben haben. Auch der radikalste politische Wandel und ökonomische Fortschritt könnten kurzfristig nicht die Spuren tilgen, die das autoritäre Erbe in der politischen Mentalität hinterlassen hat. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Verarbeitung der aktuellen und kommenden Probleme bei vielen Bürgern nach einem Mechanismus ablaufen wird, den wir als eine autoritäre Ersatzlösung erkannt und dargestellt haben.

Drei Varianten des Autoritären sind allerdings zu unterscheiden:

– Anhänger des ehemaligen autoritären Regimes;

– Untertanen als passive Bürger: „Produkte“ des SED-Regimes, nun befreit, aber politisch gelähmt;

– Untertanen als potentielle Rechtsextreme, d. h. diejenigen, die beim Zusammentreffen von tradierter Inkompetenz und Schwäche mit aktuellem, vielfältigem Streß den Weg in rechtsextremen Pro-

test suchen. Aufgabe von politischer Bildung muß es vor allem sein, den Übergang vom politisch gelähmten zum rechtsextremen Bürger zu verhindern.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß auch in Westdeutschland¹⁶ wie in den „alten“ Demokratien Europas vielfach Fremdenfeindlichkeit und sogar Rassismus eskaliert sind und daß immer dann, wenn es in Gesellschaften zu den skizzierten Streßkonstellationen kommt, auch Fremdenfeindlichkeit eine wahrscheinliche Reaktion sein wird¹⁷. Die Anfälligkeit für autoritäre oder auch rechtsextreme „Antworten“ auf die Probleme der Gesellschaft und ihrer Bürger ist z. Z. in Ostdeutschland deshalb besonders groß, weil von der Ursachen-Trias alle drei Bedingungen stark ausgeprägt sind:

- Aus der politischen Kultur des zusammengebrochenen Systems wirkt eine autoritäre Altlast nach.
- Die Sozialisation hat zumeist unsichere Untertanen geprägt.
- Die aktuellen Umbrüche schaffen kumulierende Situationen von Streß.

Auch Heitmeyer spricht dem Autoritarismus-Ansatz für Ostdeutschland ausdrücklich Erklärungskraft zu¹⁸. Uns scheint, daß sein Begriff von den „Individualisierungsschüben“ erst für den Wandel in Ostdeutschland seine Treffsicherheit erhält. Verglichen mit den Freisetzung- und Desintegrationsprozessen in den neuen Bundesländern erscheinen die Freiheitszuwächse westlicher Modernisierung nur noch als graduelle Veränderungen, kaum noch als „Schübe“ der Individualisierung. Reizvoll ist Heitmeyers These, daß im Westen eher die machiavellistische Variante des Autoritären dominieren wird, der konkurrenz-erfahrene und selbstbehauptungswütige „Wessi“, und daß im Osten stärker mit dem klassischen Typ des Autoritären zu rechnen sei, dem konkurrenz-unerfahrenen und unsicheren „Ossi“. Es wird zukünftiger empirischer Forschung vorbehalten sein, diese These zu testen.

16 Vgl. A. Pfahl-Traugber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993.

17 Vgl. P. Hainsworth (Hrsg.), The Extreme Right in Europe and the USA, London 1992; Ch. Butterweege/S. Jäger (Hrsg.), Rassismus in Europa, Köln 1992.

18 Vgl. W. Heitmeyer, Die Widerspiegelung von Modernisierungsrückständen im Rechtsextremismus, in: K. H. Heinemann/W. Schubarth (Anm. 14).

VII. Pädagogische Gegenstrategien

1. Die Grenzen von Aufklärungsstrategien

Wenn man einem modernisierten Autoritarismus-Ansatz folgt, hat das für die pädagogischen Strategien gegen Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus natürlich erhebliche Konsequenzen.

Zunächst einmal erklärt dieser Ansatz, warum all die Ansätze, die Informations- und Aufklärungsstrategien in ihren Mittelpunkt stellen, schnell an eine unreflektierte Grenze stoßen. Bedrückend sind die resignierenden Rückblicke auf gescheiterte Anstrengungen dieser Art. Dort, wo Vorurteile sich schon eingemistet haben oder die Streß-Trias aus historischen Erblasten, gesellschaftlichen Belastungen und psychischen Schwächen eine autoritäre Disposition geschaffen hat, dort besteht ja gerade ein Interesse an verzerrten Sichtweisen, an Welt-Deutungen, wo nicht die Wirklichkeit, sondern der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Neue Informationen werden hier höchstens verzerrt ins bestehende Stereotyp oder Vorurteil eingepaßt. Diese emotionale Kraft von Vorurteilen setzt auch häufig den Strategien der Begegnung und der moralischen Erziehung enge Grenzen¹⁹.

2. Die Unverzichtbarkeit von Aufklärungsstrategien

Dennoch kann auf Aufklärungsstrategien in der Schule nicht verzichtet werden, und zwar aus zwei Gründen:

1. Wir wissen doch immer erst im nachhinein, nach der Konfrontation des Fehlurteils mit neuen Informationen, ob das Fehlurteil, auf das wir als Pädagogen stoßen, ein Voraus-Urteil oder ein resistentes Vorurteil ist. Die Mühe der Aufklärung ist also immer wieder zu unternehmen; erst durch ihr Scheitern erfahren wir etwas über die psychischen Widerstände der Vorurteile.

2. Aufklärung hat aber vor allem dort ihre Bedeutung, wo sie nicht als Korrektur, sondern als Prävention eingesetzt wird: als frühzeitige Vorbeugung

19 Vgl. K. P. Fritzsche (Anm. 9); ders., Xenophobie – a Problem of Human Rights Education, in: Internationale Schulbuchforschung, (1992) 1.

gegen die Anfälligkeit für autoritäre Einstellungen und Verhaltensdispositionen, als Befähigung, eine schwierige Welt auszuhalten und mitzugestalten.

3. Prävention statt Korrektur

Gefordert ist also eine Erziehung zu Empathie- und Konfliktfähigkeit wie auch zur Strebtoleranz, die rechtzeitig Barrieren errichtet gegen die Anfälligkeit des Autoritarismus²⁰:

Wenn Kinder und Jugendliche rechtzeitig erfahren, daß zum Zusammenleben in der Gesellschaft auch Konkurrenz und Konflikte gehören, brauchen sie später nicht die Flucht anzutreten in utopische Harmoniemodelle der Gesellschaft.

Wenn man Kinder und Jugendliche darauf vorbereitet, daß es in der Gesellschaft und in der Politik auch Krisen, Frustrationen und Streß gibt, dann wird die Gefahr geringer, daß sie unter Bedingungen von sozialem Streß das Bedürfnis nach Sündenböcken entwickeln.

Wenn Kinder rechtzeitig erfahren, daß unsere gesellschaftliche Wirklichkeit multikulturell geworden ist, wenn man sie in eine Art multiperspektivischer Wahrnehmung der Gesellschaft einübt, dann werden die „anderen“ – die Minderheiten – erst gar nicht zu Fremden, zumindest erhalten sie dann keine Dimension des Bedrohlichen.

4. Multiperspektivische Erziehung

Die Strategie der multiperspektivischen Erziehung zielt auf die Vermittlung einer Kompetenz, sie zielt auf eine Einübung in die Wahrnehmung der „anderen“ und dadurch auf eine Vorbeugung gegen Vorurteile und gegen die Furcht vor Fremden²¹:

– Im Mittelpunkt steht eine frühe Anleitung zur Perspektivenübernahme, zu Empathie und zu Toleranz gegenüber Minderheiten und Fremden. Der kognitive und der affektive Bereich müssen hier gleichermaßen berücksichtigt werden, denn die intellektuelle Leistung, sich in jemanden hinein-

20 Vgl. Das Ende der Gemütlichkeit. Theoretische und praktische Ansätze zum Umgang mit Fremdheit, Vorurteilen und Feindbildern, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 316, Bonn 1993.

21 Vgl. K. P. Fritzsche, Multiperspektivität – eine pädagogische Antwort auf die multikulturelle Gesellschaft, in: Pädextra, (1992) 11; G. Breit, Mit den Augen des anderen sehen – Betroffenheit durch soziale Perspektivenübernahme. Eine Unterrichtsskizze zur Lage der Jugendlichen in der DDR 1990, in: Internationale Schulbuchforschung, (1990) 3.

zudenken, garantiert noch keinesfalls ein Mitfühlen.

– Wechselseitige Perspektivenübernahme erfolgt aber nicht nur zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit, sondern auch zwischen verschiedenen Nationen und Religionen.

– Die Perspektivenübernahme muß wechselseitig sein, denn auch die Minderheiten müssen dazu angeleitet werden, sich in die Perspektiven der Mehrheitsgesellschaft hineinzusetzen.

– Zur Perspektivenübernahme gehört ferner die Fähigkeit, sich vorstellen zu können, wie der „andere“ einen selbst wahrnimmt und welche Folgen aus der Differenz von Selbst- und Fremdbild entstehen.

– Da wechselseitige Perspektivenübernahme auch das Sichhineinversetzen in die Ängste und die Interessen der „anderen“ bedeutet, kann sie besonders bei einer zivilen Konfliktregelung helfen. Dies ist wichtig, denn es bleibt zu beachten: Die multikulturelle Gesellschaft ist auch eine multikonfliktuelle Gesellschaft! Die Kompetenz, die Welt auch durch die Augen der „anderen“ zu sehen, kann in Konflikten eine kontrollierende Wirkung entfalten, kann konfliktbegrenzend wirken. Das Ziel der multikulturellen Gesellschaft ist nicht, daß es keine Konflikte mehr gibt und daß alle Inländer alle Ausländer mögen, sondern daß die vorhandenen Konflikte zivil, d. h. vor allem gewaltfrei, ausgetragen werden.

– Für eine rationale Konfliktaustragung ist eine Perspektivenübernahme auf argumentativer, sozialer und emotionaler Ebene wichtig: Es gilt, die Argumente der Gegenseite zu verstehen, die Wirkung der eigenen Aktionen auf andere abschätzen und sich in die Ängste des Gegenübers einfühlen zu können.

– Die entwickeltste Form der Perspektivenübernahme ist die Fähigkeit, auch die Position „eines generalisierten Dritten“ übernehmen zu können. Erst aus dieser Sicht lassen sich dann konsensfähige Positionen entfalten, die für alle Mitglieder einer Gemeinschaft Gültigkeit haben, unabhängig davon, welche besonderen individuellen oder kollektiven Perspektiven existieren. Diese übergeordnete Perspektive ist die eines unverzichtbaren gesellschaftlichen Grundkonsenses und die der Menschenrechte.

– Um die wechselseitige Perspektivübernahme durchsetzen zu können, muß sie allerdings als Prinzip verteidigt werden, d. h.: keine Toleranz gegenüber Intoleranz.

5. Selbstwertstärkung statt Selbstverteidigung

Die präventiven Anstrengungen multiperspektivischer Erziehung können aber nur gelingen, wenn im Mittelpunkt eine Stabilisierung von Selbstwertgefühlen und der Aufbau von Identität stehen. Nur Menschen, die sich selbst mögen, können Empathie oder Solidarität gegenüber anderen entwickeln. Nur Menschen, die über ein ausgeglichenes Selbstwertgefühl verfügen, brauchen andere weder zu unterdrücken noch auszugrenzen. Denn dies ist doch die „Botschaft“ der Autoritarismusforschung: Ein schwaches Ich oder ein gekränktes oder deformiertes Selbst – je nach dem psychologischen Ansatz, der präferiert wird – ist eine der drei zentralen Bedingungen, die für autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen verantwortlich sind. Auch wenn die historischen und die situativen Bedingungen meist noch hinzukommen müssen, werden diese doch immer noch durch die subjektiven Verarbeitungsmechanismen gefiltert: Historische und situative Belastungen können von einem ichstarken, selbstbewußten Menschen durchaus „nicht-autoritär“ verarbeitet werden.

Was machen wir aber mit den Schülern, die zu Heitmeyers Typ der „Machiavellisten“ gehören, die also nicht zuwenig, sondern scheinbar zuviel Selbstvertrauen haben, die sich durch Selbstüberheblichkeit auszeichnen? Hier kann uns ein neues, ungelöstes Problem ins Haus stehen. Zunächst aber möchte ich die Vermutung äußern, daß sich diese demonstrierte Stärke bei vielen bei näherem Hinsehen als Tarnung erweisen wird, hinter der sich durchaus Unsicherheit und Furcht verbergen. Diese Frage kann aber nur durch künftige Forschung geklärt werden, und dann kann es sein, daß wir uns einer neuen Herausforderung gegenübersehen.

6. Demokratische Erziehungsstile

Wie kann Schule jedoch der Aufgabe gerecht werden, Schüler mit Selbstvertrauen und Zivilcourage zu erziehen? Stellt Schule nicht selbst ein Hemmnis für die Entfaltung jugendlichen Selbstbewußt-

seins dar? Der mögliche Beitrag der Schule ist vor allem wohl eine Frage des demokratischen Schulklimas und der Offenheit der Schule gegenüber der Wirklichkeit der Gesellschaft. Das Schulklima wiederum ist weitgehend eine Frage des Erziehungsstils der Lehrer²². Ist der Erziehungsstil eher autokratisch: befehlend, anordnend, tadelnd, ungeduldig, mit wenig Respekt für die Wünsche der Schüler? Oder ist er eher sozial-integrativ: anleitend, ermutigend, bekräftigend, lobend, verständnisvoll, tolerant, kooperativ?

Die empirische Unterrichtsforschung kann belegen, daß sozial-integratives Lehrerverhalten Verhaltensstile unterstützt, die für eine demokratische politische Kultur unverzichtbar sind. Sie hat ebenfalls Belege dafür, daß der autokratische Erziehungsstil der Lehrer mit deren Persönlichkeitsstruktur zusammenhängt: Lehrer mit einem „autoritären Charakter“ unterrichten auch überwiegend in einem autokratischen Stil. Die Frage eines alten Philosophen, der ansonsten heute etwas aus der Mode gekommen ist, hat also weiterhin Bedeutung: Und wer erzieht die Erzieher?

7. Demokratische Elemente im außerunterrichtlichen Schulleben

Zunächst sei versichert, daß hier nicht die abstrakte Utopie einer völligen Demokratisierung von Schule aufgebaut werden soll. Einer solchen Zielsetzung stehen Grenzen entgegen, die bereits vom gesellschaftlichen Erziehungsauftrag selbst gesetzt sind. Andererseits ist jedoch gerade auch die Entwicklung einer demokratischen, d. h. nicht-autoritären Persönlichkeit ein gesellschaftliches Erziehungsziel.

Das bedeutet: Wenn wir im Rahmen geplanter und geordneter Erziehung zu einer demokratischen Persönlichkeit beitragen wollen, befinden wir uns zunächst in einer paradoxen Situation. Die einzige Möglichkeit, dieser paradoxen Situation zu entkommen, besteht darin, die Institution Schule, die schon aus ihrer Anlage als eine im staatlichen Auftrag stehende Organisation einen hierarchischen und damit autoritären Charakter hat, so weit wie möglich mit demokratischen Spielräumen zu durchsetzen. Weil die Schüler die Schwächeren sind, geht dies nur mit rechtlichen Absicherungen.

²² Vgl. R. Tausch/A. M. Tausch, Erziehungspsychologie, Göttingen 1973.

Dabei haben sich im außerunterrichtlichen Schulleben zweierlei Bereiche als besonders wichtig erwiesen:

– Die Sicherung eines geregelten Rechtes auf freie Meinungsäußerung von Schülern, und zwar gerade auch dann, wenn sie an der Schule und/oder an den Lehrern Kritik üben. Dies darf nicht nur in einem formalen Recht bestehen, sondern muß auch Realität werden: Auch die Ermutigung, von dem formalen Recht Gebrauch zu machen, ist pädagogische Aufgabe. Eine funktionierende Meinungsfreiheit findet am deutlichsten Ausdruck in einer Schülerpresse, die auch unangenehme Wahrheiten sagt und gleichwohl nicht gemäßregelt wird (Anschläge, Plakate, Wandzeitungen, Flugblätter usw.).

– Die geregelte Mitverwaltung der Schule durch Schülermitwirkungsorgane sowie die Regelung der schülereigenen Angelegenheiten durch Schülerparlamente oder Selbstverwaltungsorgane. Dies bedeutet nicht die Abgabe von Verantwortung aus den Händen der Verantwortlichen: Auch die Wahrung eines Rechts auf Anhörung und Mitberatung vor einer Entscheidung kann von großem Gewicht sein.

Sicherlich ist es sehr kompliziert, dies alles zu regeln, und vor allem schwierig, es in einem funktionierenden Schulalltag Wirklichkeit werden zu lassen, aber zur Schule in der Demokratie gehört dies alles zwingend dazu. Unterschiedliche praktische Lösungsansätze gehören bereits in etlichen Ländern der Bundesrepublik seit Jahrzehnten zum Schulalltag.

8. Besondere Anti-Streß-Strategien im Osten

Schließlich müssen wir den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland Rechnung tragen. Wir sind zwar ein Staat und ein Volk, wir sind aber durch unterschiedliche politische Erfahrungen und Kulturen geprägt. Politische Bildung kann allerdings nur dann Sinn haben, wenn man davon

überzeugt ist, daß Hoyerswerda nicht überall ist und daß wir nicht stereotyp alle Bürger der ehemaligen DDR unter Autoritarismus-Verdacht stellen können.

Wir hatten argumentiert, daß die besondere Anfälligkeit in Ostdeutschland für autoritäre „Antworten“ eine Folge der dortigen Streßkonstellation ist. Wie kann aber der Streß durch pädagogische Intervention reduziert oder kontrollierbar gemacht werden? Pädagogik – auch politisch-historische Bildung – kommt hier sicher rasch an ihre Grenzen, denn man kann die Stressoren, die aus der DDR-Vergangenheit und aus der Vereinigungsgegenwart erwachsen, nicht „wegpädagogisieren“! Allerdings kann man Hilfestellung leisten, um mit dem Streß subjektiv besser umgehen zu können:

Bei der Vergangenheitsbewältigung geht es um eine doppelte Aufgabe. Zu vermeiden ist sowohl die nostalgische Flucht in eine DDR-Vergangenheit, die es nie gegeben hat, wie auch eine Unterwerfung unter das West-Stigma der Stasi-Gesellschaft, in dem alle zu Tätern geworden sind.

Bei der Gegenwartsbewältigung ist politisches und wirtschaftliches Orientierungswissen für das Leben in einer Konkurrenz- und Konfliktgesellschaft zu vermitteln; es ist das partizipatorische Know-how zu vermitteln, damit die Chancen wahrgenommen werden können, um nun „mitzumischen“. Hier liegt auch die Aufgabe der politischen Bildung – zu verhindern, daß aus den passiven und nun politisch geradezu gelähmten Untertanen Anhänger autoritärer Scheinlösungen werden.

Für die Zukunftsgestaltung gilt es – vor allem bei den in Ostdeutschland aufwachsenden jungen Menschen –, eine Identität, ein Selbstvertrauen aufzubauen. Erst dann wird es möglich, daß die objektiven Herausforderungen nicht mehr nur als Überforderungen wahrgenommen werden und daß vor allem die neue Furcht vor der Freiheit einem neuen Engagement der Bürger weicht.

„Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält

Orientierungen für die politische Bildung

I. Das Gemeinwesen: mehr als ein Zirkus von „cani sciolti“

Auf Dauer, so schrieb kürzlich Peter Glotz im Rahmen einer „Zeit“-Serie über Patriotismus, halte ein gut organisiertes Netz von Waren und Dienstleistungen allein eine Gesellschaft nicht zusammen. Das sei kein Plädoyer für „herzhafte Vaterländerei“ (Nietzsche), schon gar nicht für einen ethnischen Volksbegriff. Aber Menschen, die miteinander handeln wollten, dürften sich, vorsichtig gesagt, nicht allzu unsympathisch sein. Ob man es Verfassungspatriotismus, Gemeinsinn oder Solidarität nenne, sei dabei gleichgültig¹. In Deutschland, so „Der Spiegel“ in seiner Serie „Die liberale Demokratie am Wendepunkt“, spitze sich zu, was mehr oder weniger alle westlichen Industrienationen trifft: „Die demokratische Gesellschaft zerfällt in streitende, wurstelnde, egoistische Gruppen.“ Auch hier grassiere inzwischen das böse Wort aus dem Vielparteienstaat Italien von den „cani sciolti“, den streunenden Hunden².

Es ist gewiß kein Zufall, daß inzwischen der in den letzten Jahren mehrfach mit den Weihen bundespräsidentialer Reden versehene und von Dolf Sternberger erstmals Ende der siebziger Jahre in die Debatte geworfene Begriff „Verfassungspatriotismus“ und neuerdings auch „Bürgergesellschaft“ über die Feuilletons der Intelligenzpresse und die engere Fachdiskussion von Sozialwissenschaftlern hinaus schon fast zu Topoi des gehobenen politischen Sprachgebrauchs geworden sind. Denn

1 Vgl. Peter Glotz, Links und patriotisch, in: Die Zeit vom 19. Februar 1993, S. 10.

2 Thomas Darnstädt/Gerhard Spörl, Streunende Hunde im Staat (Folge IX: Die liberale Demokratie am Wendepunkt), in: Der Spiegel, Nr. 13/1993, S. 147 f.

bei allen unterschiedlichen Verständnisweisen manifestiert sich doch in dem gehäuften rhetorischen Bemühen um „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ die Suche nach Fixpunkten einer neuen politisch-kulturellen Selbstverständigung.

Ob es um die Durchsetzung eines Solidarpaktes zwischen den alten und neuen Bundesländern geht, der sich nicht mehr aus der Neuverteilung der Zuwächse finanzieren läßt, sondern Einschnitte in die Substanz gut verwalteter Besitzstände erforderlich macht; um den langfristigen Umbau einer unverantwortlichen industriellen Wirtschaftsweise, der ohne einschneidende Veränderungen in Konsum- und Verhaltensgewohnheiten nicht realisierbar ist; um die außen- und sicherheitspolitische Neuorientierung, die ohne das wohlvertraute Ordnungssystem einer bipolaren Welt auskommen muß; um die ‚Bewältigung‘ von Migrationsproblemen, durch die in einer offenen Welt neue inner- und zwischenstaatliche ‚Mauern‘ errichtet werden – die Liste grundsatzpolitischer Herausforderungen ließe sich noch verlängern: Längst steht dabei nicht mehr nur die Optimierung der politischen Herrschaftsmechanik zur Findung der relativ besten Lösung zur Diskussion, die Sicherung etwa von Regierungsmehrheiten, politische Machtwechsel oder politische Problemlösungs- und personelle Führungskompetenz. Zunehmend sind auch die Fundamente unseres demokratischen Systems selbst tangiert. In den Worten des Pluralismustheoretikers Ernst Fraenkel könnte man sagen: Viele Lösungen im „streitigen Sektor“ der Politik sind ohne ein Nachdenken über den „unstreitigen Sektor“, ein Nachdenken also über das, was das Gemeinwesen im Innersten zusammenhalten soll, was den „Geist der Gesetze“ (Montesquieu) ausmacht, nicht mehr möglich.

Die Frage, was *Gemeinwohl* heute noch heißt, wer es vertritt und wie es überhaupt in einem gesellschaftlich hochfragmentierten und parteienstaatlich nahezu monopolisierten politischen und gesellschaftlichen System zustande kommen kann, steht nicht mehr länger im Verdacht eines vormodernen Antipluralismus. Diese Frage entspringt vielmehr einem aktuellen Unbehagen darüber, daß wesentliche Voraussetzungen unseres bisherigen politischen Denkens, Handelns und Verhaltens in Frage zu stellen oder akut bedroht sind³.

Gerade in solchen Zeiten lohnt es, sich auch mit Blick auf die politische Bildungsarbeit der Fundamente von Staat und Gesellschaft neu zu vergewissern; einer politischen Bildung zumal, die immer wieder in der Gefahr steht, in dem wohlmeinenden Bemühen um Antworten auf aktuelle Herausforderungen in profillose Kurzatmigkeit getrieben zu werden; einer politischen Bildung auch, die sich in der nicht selten aufgezwungenen Rolle als gesellschaftspolitische „Feuerwehr“ immer wieder ihrer politiktheoretischen Grundlagen, Grundfragen und Ziele ebenso wie ihrer Kerninhalte vergewissern muß⁴.

II. Problemstellung und Gegenstand der folgenden Betrachtung

Auf einen begriffsanalytischen Exkurs zum Verständnis und Mißverständnis des hier zunächst interessierenden „Verfassungspatriotismus“ als Identitätskonzept kann hier verzichtet werden, zumal Jürgen Gebhardt hierzu in einer früheren Ausgabe dieser Zeitschrift das Notwendige gesagt hat⁵. Nur soviel gilt es in Erinnerung zu rufen:

Dolf Sternberger, dem die Begriffsschöpfung „Verfassungspatriotismus“ zu verdanken ist, ging

3 Vgl. Christian Meier, Keiner hat den neuen Kompaß, in: *Die Zeit* vom 12. Februar 1993, S. 10.

4 Ein größerer Teil der folgenden Überlegungen ist die überarbeitete Fassung meines Vortrages im Rahmen der von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg am 18./19. Februar 1993 durchgeführten Verfassungspatriotismus-Tagung in Bad Urach. Vgl. dazu: Günther C. Behrmann/Siegfried Schiele (Hrsg.), *Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung?*, Schwalbach/Ts. 1993 (i. E.).

5 Vgl. Jürgen Gebhardt, *Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept der Nation*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/93, S. 29–37.

es nicht um einen „Ersatz-Patriotismus“, um ein auf die damals noch geteilte Nation zugeschnittenes Konzept, um ein verfassungstheoretisches Surrogat für den so schwer beschädigten und diskreditierten nationalen Patriotismus in Deutschland⁶, sondern um eine neue Form politischer Identität; um einen humanistisch, d. h. universalistisch kontrollierten Patriotismus. Obwohl der Begriff „Verfassungspatriotismus“ immer wieder als theoretischer Kern eines spezifisch bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins mißverstanden wurde, wozu Sternberger mit seinem Wort vom „verwundeten Nationalgefühl“⁷ vielleicht unfreiwillig beitrug, war er jedenfalls anders gemeint. Er erhält seine inhaltliche Begründung durch Zustimmung zu einer durch Selbstbestimmungsrechte konstituierten Ordnung und aus der Abgrenzung von der Ordnungsidee einer ethnischen, kulturellen, kollektiven „Schicksalsgemeinschaft“. „Verfassungspatriotismus“ schlägt also den Bogen zu einem ursprünglicheren Verständnis von Patriotismus, das älter ist als der Nationalismus und die Nationalstaatsbildung in Europa. Er erhält seinen zentralen Sinn in der „Verknüpfung des Patriotismus mit der bürgerlichen Freiheit und mit der Verfassung“⁸.

Was hat nun „Verfassungspatriotismus“ im Näheren mit politischer Bildung zu tun? Welche Anregungen kann dieser im Grunde normative Topos im Rahmen einer Standortbestimmung zu Stellung und Aufgaben politischer Bildungsarbeit heute geben⁹? Was kann und was soll politische Bildung in und für das demokratische Gemeinwesen überhaupt leisten? Könnte die Beschäftigung mit den Topoi „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ angesichts der an aktuellen und wechselnden Problemlagen orientierten Erwartungen an die politische Bildung vielleicht auch einen Beitrag zu einer neuen Selbstverständigung leisten?

6 Vgl. Peter Haungs, *Staatsbewußtsein im vereinigten Deutschland. Verfassungspatriotismus oder was sonst?*, in: Oskar W. Gabriel/Ulrich Sarcinelli/Bernhard Sutor/Bernhard Vogel (Hrsg.), *Der demokratische Verfassungsstaat. Festschrift für Hans Buchheim zum 70. Geburtstag*, München 1992, S. 202f.

7 Dolf Sternberger, *Verfassungspatriotismus* (1979), in: ders., *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt 1990, S. 13.

8 Ders., *Verfassungspatriotismus* (1982), in: ebd., S. 21.

9 Hier kann man nur der Empfehlung Klaus von Beymes folgen, dem es in seiner „Theorie der Politik im 20. Jahrhundert“ „einer nachmodernen Ehrlichkeit redlicher (erscheint), die normativen Fragen wieder ohne Scheu und Verhüllung zu stellen“; vgl. Klaus von Beyme, *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*, Frankfurt 1991, S. 338.

Auf die Frage, welche Bedeutung die politische Bildung für den Bestand und die Ausprägung unserer Demokratie habe, gab Ralf Dahrendorf im Rahmen einer im Dezember 1988 durchgeführten Anhörung des Innenausschusses sowie des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages zur Aufgabe der politischen Bildung in der Demokratie die lapidare Antwort: „Information und Persuasion.“ Information vermittele Kenntnisse über Institutionen, Organisationen, Prozesse. Ohne solche Kenntnisse sei wirkliche Teilnahme nicht möglich. Persuasion diene der inneren Teilnahme, der Zustimmung zum „Geist der Gesetze“. Diese habe etwas zu tun mit dem, was man in Deutschland gerne Legitimität nenne. Und er fuhr fort: „Dennoch: Der Bestand der Demokratie hängt nicht an der politischen Bildung, sondern am Funktionieren der Institutionen. Die Ausprägung der Demokratie, also Art und Grad der Teilnahme, hat mit politischer Bildung etwas zu tun.“¹⁰

Gegen Schluß seiner Stellungnahme greift Dahrendorf im Zusammenhang mit der Frage nach der Notwendigkeit eines Minimalkonsenses den Begriff „Verfassungspatriotismus“ auf, allerdings nicht Bezug nehmend auf Sternberger, sondern auf Jürgen Habermas. Und er betont dabei, das Verständnis für die Nützlichkeit bestimmter Verfahrensweisen – Rechtsstaat, Demokratie – müsse wohl eingebettet werden in den Sinn für den Ort, an den man gehört – den „Westen“ –, um haltbar zu sein. Genau hier habe die politische Bildung ihren wichtigsten Ort. Sie verlange dann allerdings mehr als nur Kenntnisse¹¹.

Mit den Stichworten „Institutionen“ und „Zustimmung“ (zum „Westen“) werden zwei *essentials* von Demokratie und politischer Bildung angemahnt, die auch im Mittelpunkt des Denkens von Dolf Sternberger standen: die Bedeutung der Verfaßtheit von Demokratie und die gesellschaftlichen Anforderungen bei der Herstellung von Legitimität. Das heißt, Demokratie bedarf zum einen der verfassungsstaatlichen Ordnung in einem konkreten politischen Raum und zum anderen einer

demokratischen politischen Kultur. Beide sind von demokratiethoretischem Interesse, und beiden kommt eine eminent politisch-pädagogische Bedeutung zu. Aus beiden ergeben sich in Übertragung auf die Gegenwart Problemstellungen, die eine nähere Betrachtung lohnen.

Die erste Problemstellung resultiert aus dem wohlmeinenden Versuch, den Patriotismus aus seiner ethnisch-territorialen Indienstnahme zu befreien und ihn statt dessen als eine Art staats- und institutionenfreien Republikanismus allein auf abstrakte Regeln des Zusammenlebens zu gründen. So wichtig dies gerade mit Blick auf die Lösung der aus dem Multikulturalismus resultierenden Integrationsprobleme ist¹², so bedarf es doch der Sensibilität dafür, daß damit – möglicherweise ungewollt – Ansatzpunkte für ein in der politischen Kultur Deutschlands nicht unbekanntes Phänomen geliefert werden. Gemeint ist ein latenter Antiinstitutionalismus, der nicht weniger demokratischschädlich ist als eine blinde, rechtspositivistisch geprägte Institutionen gläubigkeit.

Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen zum „Verfassungspatriotismus“ soll deshalb nicht die bisher vielthematisierte und für die praktische politische Bildungsarbeit ohne Zweifel bedeutsame Frage stehen, inwieweit die Identifikation mit universalistischen Prinzipien mit einem staats- und/oder nationsbezogenen Patriotismus in Übereinstimmung gebracht, also das Universale mit dem Partikularen sinnstiftend versöhnt werden kann. Auch geht es nicht um eine neuerliche Bestandsaufnahme empirischer Befunde zum Rückgang des Institutionenvertrauens. Thematisiert werden soll vielmehr die Wechselbeziehung zwischen institutioneller Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement. *Unsere erste These in diesem Zusammenhang*: Ein allein auf universalistischen Prinzipien basierender, von jedem Staats- und Institutionenbezug ‚gereinigter‘ Verfassungspatriotismus hängt demokratiethoretisch und auch machtpolitisch in

10 Ralf Dahrendorf, Stellungnahme, in: Politische Bildung: öffentliche Anhörung des Innenausschusses und des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1989, in: Zur Sache 16/1990, Bonn 1990, S. 130.

11 Vgl. ebd., S. 131.

12 In diesem Zusammenhang verdient die nüchterne Bestandsaufnahme von Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmidt zur multikulturellen Demokratie Beachtung, die auf die Möglichkeiten und Schwierigkeiten institutioneller Lösungen sowie auf die Probleme bei der Herstellung eines gemeinsamen demokratischen Wertbewußtseins verweisen. Vgl. Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmidt, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1992. Siehe auch Peter Graf Kielmansegg, Ein Maß für die Größe des Staates, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 1992.

der Luft und muß auch als politisch-pädagogisches Prinzip scheitern. Er gründet auf einem Nichtverstehen elementarer Voraussetzungen von Freiheit ebenso wie auf einem Nichtverstehen menschlicher Bedürfnisse nach personaler und räumlicher Identifikation¹³. Erreicht wird mit einem solchen „Verfassungspatriotismus“ gerade nicht, was – trotz aller Unterschiede – bei Habermas ebenso wie bei Sternberger damit eigentlich intendiert ist: Bürgerbewußtsein und republikanische Gesinnung. Wenn „Verfassungspatriotismus“ politisch-pädagogisch fruchtbar werden soll, dann geht dies nicht ohne Einsicht in die institutionellen Voraussetzungen von Freiheit. Dabei gilt es zu beachten, daß sich die Voraussetzungen und Möglichkeiten institutionellen politischen Handelns grundlegend verändert haben. Dies macht die Auseinandersetzung mit einem sich wandelnden Staats- und Institutionenverständnis notwendig.

Ist der Blick zunächst vor allem auf die staatliche und institutionelle Seite gerichtet, so konzentriert sich der zweite Teil auf die gesellschaftlichen Bedingungen und notwendigen Veränderungen im demokratischen Gemeinwesen. *Unsere zweite These*: Gesellschaftlich läßt sich ein „Verfassungspatriotismus“ heute weniger denn je verordnen oder gar erzwingen. Da aber personale und kollektive Identifikation prinzipiell als wünschenswert und in einem bestimmten Maße als bestandsnotwendig für das demokratische Gemeinwesen anzusehen ist, kommt es wesentlich auch auf die Qualität des für die Gemeinwohlfindung notwendigen Interessenartikulations- und Integrationsprozesses an. Wenn die liberale Demokratie vom Wechsel-

13 Gewiß ist eine verfassungspatriotische Identitätsbildung nicht auf die Naturwüchsigkeit eines nationalistischen historischen Bewußtseins angewiesen, insofern damit eine Pathologie nationalstaatlicher Identität gemeint ist. Ob kollektive Identität sich heute und in Zukunft allerdings allein auf die abstrakten Ideen der Verallgemeinerung von Demokratie und Menschenrechten gründen läßt, darf bezweifelt werden. Hier verwickelt sich Habermas in Widersprüche. Einerseits behauptet er, die „Staatsbürgernation“ finde ihre Identität nicht in ethnisch-kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern in der aktiven Wahrnehmung der demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte der Bürger. Andererseits konstatiert er, daß ein europäischer Verfassungspatriotismus anders als der amerikanische „aus verschiedenen nationalgeschichtlich imprägnierten Deutungen derselben universalistischen Rechtsprinzipien zusammenwachsen“. Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt 1992², hier insbes. S. 651 und 636, sowie ders., Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI, Frankfurt 1987, hier insbes. S. 169 ff.

spiel zwischen staatlich-institutionellen und zivilen Lösungen lebt, dann bedarf es der beständigen Entwicklung der Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilhabe, zur Mitgestaltung an der „Bürgergesellschaft“¹⁴.

III. „Verfassungspatriotismus“ als Fähigkeit zur Einsicht in die institutionellen Voraussetzungen von Freiheit

1. Freiheit als „verfaßte“ Freiheit

Verfassungen sind keine frei schwebenden Gebilde, sondern Regelwerke konkreter Rechtsgemeinschaften. „Verfassung“ wird im modernen Verständnis als „rechtliche Lebensordnung und Wertgrundlage des politischen Gemeinwesens“ insgesamt begriffen. Deshalb ist sie Grundlage und konstituierendes Prinzip aller staatlichen Herrschaftsgewalt, aber auch des Gemeinwesens insgesamt in allen seinen Sach- und Lebensbereichen¹⁵. Auch diese neuere Sicht von Verfassung als „Wertgrundlage“ und „Wertordnung“ des Gemeinwesens insgesamt kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr Geltungsbereich sachlich, räumlich und personell umgrenzt ist. Insofern demokratische Verfassungen einklagbare Rechte – Menschenrechte und Bürgerrechte – verbürgen, institutionelle Herrschaft begründen und begrenzen sowie Verfahrensregeln des politischen Prozesses festlegen, bedürfen sie des effektiven Schutzes, d.h. der institutionellen Garantie durch eine im Zweifel sanktionsfähige, bisher in der Regel staatliche Instanz.

Aus politischen und aus pädagogischen Gründen ist deshalb zu warnen vor einem „frei schwebenden“ „Verfassungspatriotismus“, der sich ausschließlich aus universalistischen Prinzipien speist, ohne den verfassungsstaatlichen und institutionel-

14 Vgl. Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, Bergisch-Gladbach 1992, S. 10; ders., Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Bernd Guggenberger/Klaus Hansen (Hrsg.), „Die Mitte“, Opladen 1992, S. 74–83.

15 Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt 1991, S. 47f.; Konrad Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg–Karlsruhe 1977¹⁰, S. 11.

len Bezug herzustellen. Ein solcher „Verfassungspatriotismus“ wäre nicht mehr als eine Wunschbildtheorie, nutzbar allenfalls zu appellpädagogischen Zwecken. Einstweilen und nach den jüngsten bitteren Erfahrungen in der internationalen Politik wohl auch auf nicht absehbare Zukunft bleibt der Staat, genauer: der Nationalstaat, mit seinen Institutionen elementare Voraussetzung für die Gewährleistung von Freiheit. Die „zivile Gesellschaft als eine befriedete, geordnete und kooperativ koordinierte Assoziation im weltbürgerlichen Maßstab“¹⁶ mag ein geeigneter, theoretischer Bezugspunkt für die Suche nach einer universalistischen Ethik der Zukunft sein. Sie wird aber noch auf lange Zeit eine Utopie bleiben.

Diese Skepsis bedeutet keineswegs eine Aufgabe transnationaler Ziele und weltbürgergesellschaftlicher Absichten; auch keinen Verzicht, die bisher nicht bewältigte und ungelöste verfassungspolitische Zukunftsaufgabe, den „Abbau der im Grundgesetz angelegten Spannung zwischen weltbürgerlichen Prämissen und völkisch-nationalstaatlichen Orientierungen“¹⁷, einer Lösung näherzubringen. Es bedeutet nur das Eingeständnis, daß es effektive Garantien für Menschen- und Bürgerrechte durch internationale Instanzen trotz enger werdender internationaler Kooperation derzeit nicht gibt¹⁸. Ein Ersatz für die Freiheits-, Sozial- und Bürgerrechte verbürgenden Sicherungen im Rahmen verfassungsstaatlicher Ordnungen ist nicht in Sicht, eine internationale Verfassungs- und Rechtsordnung mit Sanktionsgewalt noch weithin politische „Zukunftsmusik“.

So gesehen, sollte der Topos „Verfassungspatriotismus“ heute eher als eine Mahnung verstanden werden, die Frage nach dem Sinn von demokrati-

schen Institutionen neu zu stellen¹⁹. Daß in der Politikwissenschaft und auch in der politischen Bildung – in der Theorie wohl mehr als in der Praxis der politischen Bildungsarbeit – das Interesse an politisch-institutionellen Fragen über lange Zeit abhanden gekommen war, wurde an anderer Stelle bereits erörtert. Allerdings scheint sich inzwischen in den Sozialwissenschaften wie in der politischen Bildung so etwas wie eine Renaissance des institutionellen, ein Bemühen um einen „aufgeklärten Institutionalismus“ (Fritz W. Scharpf), abzuzeichnen²⁰. Wenn nicht alles täuscht, dann sind die dabei auftretenden pädagogischen und didaktischen Vermittlungs- und Darstellungsprobleme allerdings nicht weniger gravierend als die politik- und verwaltungswissenschaftlichen Erkenntnisprobleme. Denn Selbstverständnis, Aufgaben und Funktionsweisen von Institutionen sind wie politisches und staatliches Handeln überhaupt einem Wandel unterworfen, den in der politischen Bildung zu verdeutlichen erhebliche didaktische Probleme aufwirft.

2. Staats- und Institutionenverständnis im Wandel

Was kennzeichnet diesen Wandel staatlichen Handelns und politischer Institutionen? Und welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Ausbildung eines „Verfassungspatriotismus“ angesichts dieses Wandels? Zur Erklärung politischen Handelns in der postpluralistischen Gesellschaft erweist sich ein am Staatsmodell des 19. Jahrhunderts orientiertes Politik-, Staats- und Institutionenverständnis als untauglich. Dies trifft in gleicher Weise auf den Einheits- und Identitätsgedanken, auf die Souveränitätsidee und auf die Vorstellungen von Gewaltenteilung zu²¹. Mehr noch als die sozialwissen-

19 Neue Ansprüche auf Teilnahme und Mitentscheidung stellen die überlieferten Usancen in der repräsentativen Demokratie in Frage. Die Einsicht in den Sinn von Institutionen drohe, so Kielmansegg, verlorenzugehen. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, *Das Experiment der Freiheit. Zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates*, Stuttgart 1988, S. 10. So richtig diese Einschätzung mit Blick auf Wertewandel, Individualisierung etc. ist, so notwendig ist es jedoch auch für ein zeitgemäßes Institutionenverständnis, die „Input-Funktionen“ stärker in den Blick zu nehmen. Vgl. Klaus von Beyme, *Die politischen Theorien der Gegenwart*, Opladen 1992, S. 70.

20 Vgl. den zusammenfassenden Überblick bei Ulrich Sarcinelli, *Politische Institutionen, Politikwissenschaft und politische Bildung. Überlegungen zu einem „aufgeklärten Institutionalismus“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/91, S. 41–53.

21 Vgl. Thomas Ellwein, *Staatlichkeit im Wandel. Das Staatsmodell des 19. Jahrhunderts als Verständnisbarriere*,

16 Helmut Fleischer, *Ethik ohne Imperativ. Zur Kritik des moralischen Bewußtseins*, Frankfurt 1987, S. 237. Richter resümiert in seiner Habilitationsschrift kritisch: „Obwohl die Globalisierung aller Lebensbereiche ein immer größeres Ausmaß erreicht, schwinden die Ansatzpunkte für ein plausibles Modell der Vernunftentfaltung . . . Vernunft und Globalisierung fallen zunehmend auseinander.“ Emanuel Richter, *Der Zerfall der Welteinheit. Vernunft und Globalisierung in der Moderne*, Frankfurt–New York 1992, S. 13.

17 Dieter Oberndörfer, *Vom Nationalstaat zur offenen Republik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9/92, S. 24.

18 Auch in der „Gesellschaftswelt“, die Ernst-Otto Czempiel als Entwicklungsziel in dem sich verändernden internationalen System sieht, sind die Staaten die entscheidenden Bezugsgrößen. Vgl. ders., *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, München 1991, insbes. S. 86ff.

schaftliche hat die neuere staatsrechtliche und verwaltungswissenschaftliche Forschung zur „Entzauberung des Staates“²² und seiner Institutionen beigetragen. „Kooperativer Staat“²³, „informaler Verfassungsstaat“²⁴, „Entgrenzung“, „Strukturdemokratisierung“ und „Verflüssigung von Politik“²⁵, „Ergänzung hoheitlich einseitigen Verwaltungshandelns“ durch „kooperatives Zusammenwirken mit dem Bürger“²⁶ – dies sind einige der Schlüsselbegriffe, unter denen die neuere Theoriediskussion um die Rolle des Staates und seiner Institutionen geführt wird.

Was sich hinter dieser Debatte verbirgt, ist die Erkenntnis, daß traditionelle Staatsvorstellungen, die den Staat und seine Institutionen als autonome und souveräne Steuerungsinstanzen begreifen, dem Handeln des „Daseinsvorsorgestaates“ (E. Forsthoﬀ) der Gegenwart nicht gerecht werden. Zunehmende Differenzierung, Verflochtenheit, Veränderungsgeschwindigkeit und Konfliktträchtigkeit öffentlicher Aufgaben führen dazu, so Joachim Jens Hesse und Arthur Benz in ihrem Buch „Die Modernisierung der Staatsorganisation“, daß ein auf Zwang und Anreizen beruhenden

in: Staat und Demokratie in Europa. 18. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Im Auftrag der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft hrsg. von Beate Kohler-Koch, Opladen 1992, S. 73–82, hier insbes. S. 80, sowie Hans-Hermann Hartwich, Die Suche nach einer wirklichkeitsnahen Lehre vom Staat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/87, S. 3–20.

22 Vgl. Helmut Willke, Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie, Königstein 1983. Einen Überblick über Möglichkeiten der Verhandlungslösung bieten: Wolfgang Hoffmann-Riem/Eberhard Schmidt-Abmann (Hrsg.), Konfliktbewältigung durch Verhandlungen, Bd. I und II, Baden-Baden 1990.

23 Vgl. Ernst-Hasso Ritter, Der kooperative Staat. Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 104 (1979), S. 389–413.

24 Vgl. Helmuth Schulze-Felitz, Der informale Verfassungsstaat. Aktuelle Beobachtungen des Verfassungslebens der Bundesrepublik Deutschland im Lichte der Verfassungstheorie, Berlin 1984; Hans-Hermann Hartwich/Göttrik Wewer (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik II. Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung, Personal und Organisation, Opladen 1991.

25 Vgl. Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 300, 313 und 323.

26 Hermann Hill, Gesetzesgestaltung und Gesetzesanwendung im Leistungsrecht, in: Reinhold Zippelius u.a. (Hrsg.), Der Gleichheitssatz. Gesetzesgestaltung und Gesetzesanwendung im Leistungsrecht, Berlin 1989, S. 194; ders., Das hoheitliche Moment im Verwaltungsrecht der Gegenwart, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 104 (1989), S. 326.

des staatliches Handeln nur noch bedingt als effektiv gelten kann. Schwierigkeiten bei der Konsensfindung, Vollzugsdefizite und Finanzierungsengpässe zeigten die Grenzen dieser harten Steuerungsinstrumente auf. Regulative und autoritative Politiken seien daher durch kooperativ-partizipative, auf Motivation, Kommunikation, Konsensbildung und Akzeptanz zielende Handlungsmuster zu ergänzen²⁷.

Die Steuerungserfolge staatlicher Institutionen werden erkaufte, so Fritz W. Scharpf, „durch die Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft“, durch ein „Nebeneinander von hierarchischer Steuerung und horizontaler Selbstkoordination“. Auf „die Realität der vielfach vernetzten und durch Verhandlungen handelnden Politik“ habe sich die Demokratietheorie nicht einstellen können. Den politischen Funktionsträgern werde weit mehr Ereignisbeherrschung zugeschrieben, als diese auch unter günstigsten Umständen haben könnten. Umgekehrt tendiere die politische und wissenschaftliche Diskussion dazu, alle Verhandlungszwänge als Demokratiedefizit zu registrieren²⁸. Die Argumentation von Scharpf aufgreifend, prognostiziert Carl Böhret, daß am Ende der ins nächste Jahrhundert hineinreichenden Entwicklung zum „Spätpluralismus“ der (traditionelle) Staat absterbe, insoweit er als „besonderes Wesen“, „als Gebilde eigener Souveränität und als hierarchischer Koordinator“ begriffen werde, weil seine autonome Handlungsfähigkeit gegen Null tendiere. Böhret spricht vom „funktionalen Staat“, der angesichts multilateraler Verhandlungssysteme seine „Instrumental-, Orientierungs- und Arena-Funktionen“ ausbauen müsse²⁹.

27 Vgl. Joachim Jens Hesse/Arthur Benz, Die Modernisierung der Staatsorganisation. Institutionspolitik im internationalen Vergleich: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1990, S. 50.

28 Fritz W. Scharpf, Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift, 32 (1991) 4, S. 95, 104 und 107. Ebenfalls abgedruckt in: Staat und Demokratie in Europa (Anm. 21), S. 93–115. Vgl. ebenso ders., Politische Steuerung und politische Institutionen, in: Macht und Ohnmacht politischer Institutionen. 17. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW. 12. bis 16. September 1988 in der Technischen Hochschule Darmstadt. Tagungsbericht. Im Auftrag der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft hrsg. von Hans-Hermann Hartwich, Opladen 1989, S. 16–29.

29 Carl Böhret, Zur Handlungsfähigkeit des Staates der spätpluralistischen Industriegesellschaft, in: Staat und Demokratie in Europa (Anm. 21), S. 116–129, hier insbes. S. 128.

3. Auf dem Weg in die Verhandlungsdemokratie?

Im Kern laufen alle diese Einschätzungen darauf hinaus, daß die tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaftsstruktur („Individualisierung“, „Wertewandel“, „partizipatorische Revolution“ etc.), des politischen Problemhaushalts und der Komplexität und Reichweite zu lösender politisch-gesellschaftlicher Herausforderungen auch in der politischen Bildung eine Neueinschätzung der Rolle des Staates, der Funktionen und Möglichkeiten staatlicher Institutionen sowie der Rolle der Bürgerinnen und Bürger notwendig machen. Dabei ist Abschied zu nehmen von den Vorstellungen einer hierarchischen, hoheitlichen Relation zwischen Staat, staatlichen Institutionen auf der einen Seite und abhängigen Steuerungsobjekten in der Gesellschaft auf der anderen Seite. Statt dessen spielt der Aufbau und die Aufrechterhaltung von Verhandlungssystemen, formellen und informellen Kooperationsstrukturen, von kommunikativen Netzwerken zur Handlungskoordination und Findung beiderseits konsensfähiger Lösungen eine zunehmende Rolle³⁰.

Die kontinuierliche Ausweitung der Aufgaben des Staates und seiner Institutionen ist eben nicht begleitet von einer Vergrößerung seiner Machtmittel. Staat und Institutionen werden im Gegenteil bei der Verfolgung ihrer Aufgaben mehr und mehr von der Folgebereitschaft privater Akteure abhängig. Was „formell als staatliche Entscheidung erscheint, ist materiell betrachtet (oft) das Ergebnis von Aushandlungsprozessen, an denen öffentliche Gewalt und private Macht in einer schwer lösbaren Mischung beteiligt sind“³¹, schreibt der Verfassungsrechtler Dieter Grimm.

Damit sei nicht gesagt, daß Hierarchie, formale Zuständigkeiten oder hoheitliche Momente im

30 Vgl. Fritz W. Scharpf, Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien politischer Steuerung, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 19 (1988), hier insbes. S. 70; Joachim Jens Hesse, Aufgaben einer Staatslehre heute, in: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Baden-Baden 1987, S. 55–87; Hans-Dieter Klingemann/Richard Stöß/Bernhard Weßels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1991, insbes. S. 28–35; die neuere Theoriediskussion zusammenfassend vgl. K. v. Beyme (Anm. 9), insbes. S. 127–144; ders., Regierungslehre zwischen Handlungstheorie und Systemansatz, in: Hans-Hermann Hartwich/Göttrik Wewer (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik III. Systemsteuerung und „Staatskunst“, Opladen 1991, S. 19–34.

31 Dieter Grimm, Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt 1991, S. 65.

politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß völlig verschwunden seien. Es ist aber festzuhalten, daß traditionelle Vorstellungen von einer „autoritativen ‚Spitze‘ des gesamten sozopolitischen Systems“ angesichts eines Souveränitäts-, Profil- und Identitätsverlustes politischer Institutionen Politik nicht mehr angemessen erklären können und daß politische Hierarchie und institutionelle Autorität eingebunden sind in vielfältige Aushandlungssysteme, kommunikative Prozesse, politische Netzwerke und informelle Strukturen. Staatliche Institutionen sind im Verhältnis zur Gesellschaft in eine „primus-inter-pares-Rolle“ gekommen³².

Für die politische Bildungsarbeit in Schulen und auch in den außerschulischen Bildungsbereichen muß dieser Wandel institutionalisierter Politik Konsequenzen haben – auch dann, wenn man den Wert intentionaler politischer Bildungsarbeit für die Demokratie als so gering veranschlagt, wie dies Ralf Dahrendorf an der oben zitierten Stelle tut. Dabei sind vor allem zwei Konsequenzen zu ziehen. Zum einen bedarf es eines neuen Zugriffs bei der Beschäftigung mit politisch-institutionellem Handeln. Willensbildung und Entscheidung dürfen nach dem Gesagten nicht allein machttheoretisch auf der Basis (verfassungs)rechtlicher Kompetenz- und politischer Funktionsableitungen thematisiert und problematisiert werden. Sie müssen zunehmend auch aus der „mikropolitischen“ Perspektive³³, also prozeß- und handlungstheoretisch³⁴ und im Wechselspiel mit nichtinstitutionalisierten Politiken auch tauschtheoretisch erklärt werden.

32 Vgl. Dietrich Herzog, Zur Funktion der politischen Klasse in der sozialstaatlichen Demokratie, in: Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein (Hrsg.), Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bonn-Berlin 1992, S. 133.

33 Vgl. dazu Willi Küpper/Günther Ortmann (Hrsg.), Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen 1992².

34 Handlungsorientierung meint hier weniger „ganzheitlich“ und „schüleraktiv“ (Meyer), sondern mehr noch die Befähigung zur „Perspektivenübernahme“ (Breit). Vgl. Hilbert Meyer, Handlungsorientierter Unterricht, in: Gotthard Breit/Peter Massing (Hrsg.), Grundfragen und Praxisprobleme der politischen Bildung, Bonn 1992, S. 500–516; Gotthard Breit, Soziale Perspektivenübernahme im politischen Unterricht, in: Zur Theorie und Praxis der politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 228–246. Vgl. die grundlegenden Hinweise bei Walter Gagel, Renaissance der Institutionenkunde? Didaktische Ansätze zur Integration von Institutionenkundlichem in den politischen Unterricht, in: Gegenwartskunde, 38 (1989) 3, S. 387–418, hier insbes., S. 397f.

Die politische Bedeutung des Gesellschaftlichen und seine Verflechtung mit dem staatlich-institutionellen Bereich muß verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses rücken.

IV. „Verfassungspatriotismus“ als Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilhabe an der „Bürgergesellschaft“

Vor dem Hintergrund Handlungsblockaden im politisch-institutionellen Bereich und angesichts eines schleichenden Vertrauensverlustes politischer Institutionen verwundert es nicht, daß der Begriff „Bürgergesellschaft“ zum neuen Zauberwort politisch-kultureller Selbstverständigung avancierte. Denn mit dem Rückgang staatlicher Handlungssouveränität und mit schwindendem Vertrauen in die Gemeinwohlkompetenz institutioneller Politik finden „zivile“ Lösungen nicht nur intellektuelles Interesse. Der vieldeutige Begriff der „Bürgergesellschaft“ bietet dabei reichlich Raum für höchst unterschiedliche theoretische und politische Interpretationen: als Reaktion auf die Überforderung des Staates, als Hebel zur Überwindung parteienstaatlicher Auswüchse, als historisches Symbol für eine in den revolutionären Veränderungen Mittel- und Osteuropas sichtbar gewordene Renaissance des Bürgers oder ganz allgemein für einen erhofften Paradigmenwandel in der Politik schlechthin.

1. Zur Renaissance der „Bürgergesellschaft“:

Ein neuer Zielhorizont für die politische Bildung?

Ähnlich dem „Verfassungspatriotismus“ ist die „Bürgergesellschaft“ inzwischen zu einer interpretationsfähigen Symbolformel geworden, die Aufschluß verspricht oder jedenfalls als Wegweiser dienen soll bei der Suche nach dem, was ein Gemeinwesen im Innersten zusammenhält. In gewissem Sinne stellt „Bürgergesellschaft“ einen Gegenentwurf zum „Verfassungspatriotismus“ dar, insofern jene im Gegensatz zu diesem einen eher antietatistischen *touch* hat. Historisch gesehen ist es das Verdienst der bürgerlichen Gesellschaft, „daß sie die Verschiedenheit von Interessen und Positionen grundsätzlich anerkennt, ihre Artikulierung gestattet; daß sie zur Austragung von Kon-

flikten rationale Regelsysteme bereitstellt“³⁵. Zugleich war es immer ein Problem bürgerlicher Gesellschaften, die einseitige Dominanz bestimmter Strukturen oder Institutionen zu verhindern.

Bis heute ist der politisch-weltanschauliche Streit nicht gelöst, ob nicht auch eine „offene Gesellschaft“³⁶ über die Interessenvertretungs- und Streitregelungskompetenz hinaus einer gewissen sozio-moralischen Kompetenz ihrer Bürger bedarf, um zusammengehalten zu werden. Der Theorienstreit über diese Frage ist von neuem entfacht worden durch die sogenannte Kommunitarismusdebatte in den Vereinigten Staaten, die nun auch in Deutschland rezipiert wird³⁷. Dabei ist den unterschiedlichen Vertretern des Kommunitarismus die Erkenntnis gemeinsam, daß liberale Gesellschaften unter einem Verlust an individueller und kollektiver Gemeinwohlorientierung leiden. Die Teilnahme an den bürgerlichen Angelegenheiten ist für Kommunitaristen das Gegenmittel zur fragmentierten modernen Gesellschaft.

Um soziale Stabilität, politische Legitimation und Staatsbürgerschaft zu erklären, bedarf es nach dieser Auffassung mehr als der Bereitschaft zu sozialer Kooperation und Toleranz und mehr als der Fähigkeit zum öffentlichen Diskurs. Denn für Kommunitaristen kann normative soziale Integration „nicht über abstrakte Prinzipien, sondern muß über gemeinsame Auffassungen des Guten erfolgen, die in ein ‚Ethos‘, eine gemeinsame Lebensweise eingebettet sind; politische Legitimation benötigt einen stärkeren Begriff von politischer

35 So Bedrich Loewenstein, *Der Entwurf der Moderne. Vom Geist der bürgerlichen Gesellschaft und Zivilisation*, Darmstadt 1990², S. 321. Zur Idee der „Zivilgesellschaft“ vgl. grundlegend Michael Walzer, *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992.

36 Vgl. dazu Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Tübingen 1992². Siehe insbes. Poppers Unterscheidung zwischen „Natur und Konvention“ sowie zwischen „Tatsachen und Entscheidungen“. Offen ist und Sinn hat der historische Prozeß nur dadurch, daß Menschen immer wieder Entscheidungen, Vereinbarungen treffen. (vgl. insbes. S. 326)

37 Vgl. vor allem die dokumentierten Beiträge unterschiedlicher Vertreter der Kommunitarismusdebatte sowie den erläuternden Beitrag von Rainer Forst in: Axel Honneth (Hrsg.), „Kommunitarismus“. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt a.M. 1993, sowie die Aufsätze eines der prominentesten Vertreter: M. Walzer (Anm. 35); zur Rezeption der Debatte im deutschen Sprachraum vgl. die Dokumentation von Beiträgen aus der Frankfurter Rundschau in: Christel Zahlmann (Hrsg.), *Kommunitarismus in der Diskussion. Eine steitbare Einführung*, Berlin 1992.

Partizipation auf der Basis einer Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwohl; Bürgerschaft schließlich muß als Mitgliedschaft in einer kulturell integrierten Gemeinschaft verstanden werden.³⁸ Der Status des Bürgers wird also in einem ethischen Sinne verstanden, sei es aristotelisch als Identifikation mit einem vopolitischen Ganzen oder republikanisch (auf Rousseau oder Tocqueville sich berufend) als Partizipation tugendhafter Bürger.

Eröffnet sich damit ein neuer normativ besetzter Zielhorizont für die politische Bildungsarbeit, ein neues Modell vom mündigen Bürger? Mit Michael Walzer kann man auf diese Frage antworten: Zu bezweifeln ist nicht, „daß der aktive und engagierte Bürger eine anziehende Gestalt ist“. Die Bedenken ergeben sich auch nicht daraus, daß das vorgestellte Leben in einem bürgergesellschaftlichen Gemeinwesen nicht gut sei, sondern daraus, „daß es nicht das ‚wirkliche Leben‘ der meisten Menschen in der modernen Welt ist“³⁹. Die „Bürgergesellschaft“ als politisch-pädagogischer Begriff birgt die Gefahr der normativen Überhöhung in sich, wenn nunmehr an die Stelle des lange Zeit idealisierten, in der Wirklichkeit aber rar werdenden, allzeit politisch interessierten und an institutioneller Politik partizipierenden Staatsbürgers der „Bürger“ tritt, der sich gleichsam in einer Gesellschaft wechselnder „Runder Tische“ permanent politisch „einbringen“ soll.

Damit soll die „Bürgergesellschaft“ nicht als „sympathische Utopie“ (Niklas Luhmann) ironisiert werden. Es muß nur davor gewarnt werden, einen neuen idealen politischen Rollentypus als Zielmodell der politischen Bildungsarbeit vorzugeben, der an der Realität politischen Verhaltens scheitern wird und dann wieder einmal als Beweis für das Versagen der in ihrer Wirkung zu oft überschätzten politischen Bildung herhalten muß.

Auch neue Formen direkter politischer Beteiligung sollte man mit der gebotenen Nüchternheit sehen. Claus Offe hat seine diesbezüglich eher skeptische Sicht im Rahmen einer Anhörung zum Thema „Direkte Demokratie“ vor der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat in analytischer Schärfe formuliert: Man

38 So die Kommunitarismusdebatte charakterisierend Rainer Forst, *Kommunitarismus und Liberalismus – Stationen einer Debatte*, in: A. Honneth (Anm. 37), S. 199.

39 M. Walzer (Anm. 35), S. 68f.

müsse „davon ausgehen, daß zu den meisten Themen zu den meisten Zeitpunkten überhaupt kein ‚Volkswille‘ vorliegt“. Manche Bürger wollten heute dies und morgen jenes. Sie seien zudem meistens unschlüssig, ob sie überhaupt etwas wollen. Dazu sei die Aufmerksamkeitsenergie, die der normale Bürger für politische Sachverhalte zur Verfügung habe, ebenso wie die Zuversicht viel zu begrenzt, daß es sich rationalerweise lohnen könnte, hier mehr Aufmerksamkeit zu investieren. Der Wille des Volkes sei ein *Artefakt* derjenigen institutionellen Verfahren, die wir vorgeblich nur zu seiner *Messung* verwendeten⁴⁰.

Natürlich hat politische Bildung die Aufgabe, auf die Übernahme von Verantwortung in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft vorzubereiten, beispielhaft auch zu zeigen, daß und warum sich Gemeinwohl nicht automatisch aus der Summe von Einzelinteressen ergibt, daß viele politische und gesellschaftliche Probleme ohne Solidarität innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Gruppen nicht zu lösen, ja nicht selten auch nur gegen diese gelöst werden können. Sie wird also zeigen müssen, daß verantwortliches Handeln bisweilen nur möglich ist, wenn Menschen, Gruppen oder Institutionen als *Anwalt derer* auftreten, die im System gut organisierter Lobbyisten nicht repräsentiert sind.

Bei aller Politisierung des „Subpolitischen“ und trotz der von Ulrich Beck in verschiedenen Publikationen konstatierten „unverhoffte(n) Renaissance einer *politischen Subjektivität* außerhalb und innerhalb der Institutionen“⁴¹ wird es aber auch in Zukunft unterschiedliche, eher „aktive“ und eher „passive“ politische Rollen geben, mit denen sich politische Bildung beschäftigen muß. Daran sei mit Blick auf Dahrendorfs essayistische „Betrachtungen über die Revolution in Europa“ erinnert. Demokratie sei, so schreibt er in diesem Buch, „eine Regierungsform und nicht ein Dampfbad des Volksempfindens“. Sie brauche „diejenigen, die die Initiative ergreifen, ebenso wie die, die offen-

40 Vgl. Claus Offe, *Wider scheinradikale Gesten*, in: Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hrsg.), *Die Kontroverse. Weizsäcker's Parteienkritik in der Diskussion*, Frankfurt 1992, S. 126–142, hier insbes. S. 128f.; s. dazu theoretisch nach wie vor grundlegend: Antony Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957.

41 Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt 1993, hier insbes. S. 54. ff.

bare Irrwege der Politik aufhalten und die Anmaßung der Macht verhindern“⁴². Allerdings ist hier zu fragen, inwieweit unsere etablierten Institutionen der politischen Interessenorganisation und Entscheidung überhaupt noch zu politischer Initiative und Problemlösung in der Lage sind. Ist nicht die Auseinandersetzung um die Pflegeversicherung nur ein letztes Beispiel dafür, wie in einem geradezu ‚versäulten‘ System Besitzstände verteidigender Interessenwahrung Lösungen blockiert werden?

Dennoch: Zu setzen ist, wenn von „Zivil-“ oder „Bürgergesellschaft“ die Rede ist, nicht auf das Ideal eines „neuen Bürgers“, sondern auf das Wechselspiel von „aktiver“ und „passiver“ Öffentlichkeit⁴³. Dabei muß es verwundern, daß angesichts der Allgegenwart medialer Politik die Vorbereitung auf einen kompetenten Umgang mit der politischen Publizistik – ohne Zweifel eine eher passive Bürgerrolle – in der politischen Bildung eine nach wie vor „unbewältigte Herausforderung“ darstellt⁴⁴. Die Befähigung zur Medienkompetenz in das Zentrum politischer Bildungsarbeit zu stellen, bedeutet keineswegs den Verzicht auf Teilhabe an der „Bürgergesellschaft“. Sie stellt vielmehr eine Basisqualifikation für politisches Wahrnehmen und Verhalten dar⁴⁵. Denn eine gleichsam medienfreie Bürgerrolle gibt es nicht.

42 R. Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa (Anm. 14), S. 23. Im (expliziten) Gegensatz zur aristotelischen Argumentation Sternbergers, der geradezu pathetisch „Anhänglichkeit und Loyalität“ für die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ einfordert, nach „Verfassungsfreunden“ fragt und sich wünscht, daß die „Staatsfreunde“ einmal in Massen auf die Straßen gingen, ist dies ein eher nüchtern-liberales, politisch-pädagogisch allerdings keineswegs anspruchloses Programm. Es drückt Skepsis aus gegenüber jeder politischen Teleologie und jedem – gerade auch in der politischen Bildungsdiskussion immer wieder anzutreffenden – Partizipationsidealismus.

43 Vgl. Ders., Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften (zuerst 1967), in: Wolfgang R. Langenbacher (Hrsg.), Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 56–64; vgl. dagegen noch ganz auf das Staat-Gesellschaft-Verhältnis fixiert: Dolf Sternberger, Herrschaft und Vereinbarung, Frankfurt 1986.

44 Vgl. die nach wie vor anregende empirische Studie von Jürgen Wilke/Barbara Eschenauer, Massenmedien und Journalismus im Schulunterricht. Eine unbewältigte Herausforderung, Freiburg – München 1981.

45 Vgl. Wolfgang Klafki „epochaltypische Schlüsselprobleme“ als Herausforderung für ein neues Allgemeinbildungskonzept: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik, Weinheim – Basel 1991², S. 43 ff., hier insbes. S. 59.

2. Die Fähigkeit zur Teilnahme an der politischen Publizistik als bürgerdemokratische Basisqualifikation

Die Legitimität politischer Entscheidungen in der modernen Demokratie und damit die Verpflichtung der Bürger zum Gehorsam resultiert nicht allein aus der Zustimmung bei Wahlen, sondern wesentlich aus der Fähigkeit gewählter Mandatsträger und sonstiger politischer Akteure, die Bürger an Beratung, Konsensfindung und Entscheidung kommunikativ teilhaben zu lassen. Insofern steht das repräsentative System in einem von Medien geprägten Gemeinwesen in einer ständig einzulösenden kommunikativen Bringschuld. Die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger erfolgt in modernen Massendemokratien ganz überwiegend indirekt, durch Massenmedien vermittelt. Sie ist im wesentlichen *mediale Teilnahme*, aber sie erschöpft sich nicht in ihr. Dabei geht die Vorstellung von den Medien als sogenannte Vierte Gewalt oder die Einschätzung, Medien seien eine gleichsam neutrale Vermittlungsinstanz, ebenso wie die Vorstellung von den Medien als Instrument der Politik an der Komplexität der zumeist „symbiotischen“, durch wechselseitige Abhängigkeit gekennzeichneten, Politik und Journalismus umfassenden „Kommunikationsgemeinschaft“ vorbei⁴⁶. Darstellung und Inszenierung, „Politikvermittlung“ und politische Kommunikation⁴⁷ sind mittlerweile nicht nur zu einem zentralen Leistungsbereich der Politik selbst geworden. Vor allem die spezifischen Gesetzmäßigkeiten der „Fernsehdemokratie“ haben auch das Erscheinungsbild von Politik ebenso wie den politischen Prozeß selbst stark beeinflusst⁴⁸.

Sind die Auffassungen im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage nach der dauerhaften

46 Vgl. Ulrich Sarcinelli, Massenmedien und Politikvermittlung – eine Problem- und Forschungsskizze, in: Rundfunk und Fernsehen, 39 (1991) 4, hier insbes. S. 477f.; Otfried Jarren, Medien und Macht. Zur Bedeutung und Funktion der Massenmedien in der modernen Demokratie, in: Politische Bildung, 21 (1988) 3, S. 4–18; Kepplinger spricht von „Reziprozität“: Hans Mathias Kepplinger, Die Grenzen des Wirkungsbegriffs, in: Publizistik, 27 (1982) 1–2, S. 100.

47 Vgl. Ulrich Sarcinelli, Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn – Stuttgart 1987.

48 Vgl. zusammenfassend Max Kaase, Massenkommunikation und politischer Prozeß, in: ders. (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen 1986, S. 357–374.

Wirkung des Medienbildes von Politik auf politisches Bewußtsein und Verhalten in der empirischen Forschung nach wie vor strittig, so besteht doch weitgehend Konsens in einer Erkenntnis: Unser „Bild“ von Politik ist – mangels vergleichbarer Primärerfahrungen – überwiegend mediengeprägt. Als Politik wahrgenommen wird in der Regel nur das, was aufgrund medialer „Aufmerksamkeitsregeln“⁴⁹ Beachtung findet, was an Personen, Problemen und Wertorientierungen als berichtenswert angesehen wird. Folglich vermittelt das durch die tägliche Berichterstattung entstehende Bild – vor allem wenn man an das für Rezipienten ebenso wie für politische Akteure zum „politischen Leitmedium“ gewordene Fernsehen denkt – nicht ein spiegelbildlich verkleinertes Abbild von Politik, sondern eine Wirklichkeit des Außergewöhnlichen, Vordergründigen, Kurzfristigen; eine Art „Oberflächenstruktur“, den „demonstrativen Schein des Politischen“⁵⁰.

Dabei gewinnt vor allem für die Bürgerinnen und Bürger, die sich wenig durch vergleichende Lektüre informieren, Politik „eine einfach zugängliche, möglichst unterhaltsam wirkende Form“, bei der „eine weitgeöffnete Schere zwischen der erhöhten Komplexität politischer Prozesse und ihren audiovisuellen Vermittlungsformen“ entsteht⁵¹. Hinzu kommt, daß die Macht der Medien, d. h. ihre Chance, Meinungen zu beeinflussen, mit hoher Wahrscheinlichkeit zunehmen wird. Denn mit der Abschwächung der inneren Bindung an die sinnstiftenden intermediären Organisationen (Par-

49 Zur Unterscheidung zwischen „Entscheidungsregeln“ und „Aufmerksamkeitsregel“ vgl. Niklas Luhmann, *Öffentliche Meinung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11 (1971) 1, S. 2–28; zusammenfassend mit weiteren Verweisen: Ulrich Sarcinelli, Art. „Öffentliche Meinung“, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1993, S. 377–382.

50 Ulrich Sarcinelli, *Symbolische Politik*, Opladen 1987, S. 6; s. ebenso die Beiträge von W. Schulz und U. Sarcinelli, in: U. Sarcinelli (Anm. 47). Vgl. dazu auch die empirische Grundlagenstudie von Winfried Schulz, *Die Konstruktion von Realität in den Massenmedien. Analysen der aktuellen Berichterstattung*, Freiburg 1976; aus gesellschaftstheoretischer Sicht vgl. Richard Münchs Kritik an der „periodischen Überhitzung des öffentlichen Diskurses“, an den „immer neuen Wortinflationen“ und an der „heißen Luft“ in seinem Buch: *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt 1991, hier insbes. S. 17ff.

51 Erwin Faul, *Thesen zu den Befunden aus der Begleitforschung zu den Kabelpilotprojekten*, in: Walter A. Mahle (Hrsg.), *Medienangebot und Mediennutzung. Entwicklungstendenzen im entstehenden dualen Rundfunksystem*, Berlin 1989, S. 44.

teien, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen etc.) werden die Bürgerinnen und Bürger empfänglicher für Meinungen und politische Präferenzänderungen. Infolgedessen gewinnt die „politische Strukturierungskraft der Informationsquellen“ an Bedeutung⁵².

Für die Frage nach den Konsequenzen für die politische Bildung ist dabei wichtig, was der Politik- und Kommunikationswissenschaftler Winfried Schulz einmal als eine „diskrepante Situation“ bezeichnet hat. Obwohl die meisten Leute vom politischen Geschehen objektiv wenig wüßten, hätten sie doch zunehmend das Bedürfnis nach Anteilnahme und das Gefühl der Betroffenheit entwickelt. Sie lebten – salopp ausgedrückt – mit ihren partizipatorischen Ansprüchen über die Verhältnisse ihrer politischen Bildung⁵³. Ähnlich beklagt aus übergreifender Sicht der italo-amerikanische Politikwissenschaftler Giovanni Sartori in seinem großen Werk „*Demokratiethorie*“, die Tatsache, daß mit der Entwicklung der Demokratie immer mehr Menschen immer mehr diskutierten, sei ja etwas Gutes, „außer, daß mit der Ausweitung der Diskussion das eigentliche Diskutieren in Wirklichkeit zurückgegangen ist“⁵⁴.

Wenn diese ausgewählten kritischen Stimmen einen Trend der modernen Medienwirklichkeit treffend beschreiben, dann bedürfen die unter dem Aufsatztitel „Wozu noch ‚Politische Bildung‘?“ vorgetragenen Einschätzungen und Empfehlungen von Hermann Giesecke zumindest einer kritischen Ergänzung. Giesecke fordert in diesem in der Fachdiskussion kaum beachteten Beitrag, die politische Bildung müsse nach 40 Jahren erwachsen werden. Sie müsse endlich Abschied nehmen von dem für die vier Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnenden Bemühen, mit pädagogischen Mitteln politische Wirkung erzielen zu wollen. Auf „Sachkunde“ und „Aufklärung“ komme es an. Angesichts einer hochentwickelten politischen Publizistik lerne man Politik nicht durch politische Bildung verstehen, sondern durch die Teilnahme an der politischen Publizistik. Darauf vorzubereiten,

52 Den Forschungsstand zusammenfassend: Jürgen Gerhards, *Die Macht der Massenmedien und die Demokratie: Empirische Befunde*, Berlin 1991, S. 19.

53 Vgl. Winfried Schulz, *Politikvermittlung durch Massenmedien*, in: U. Sarcinelli (Anm. 47), S. 143.

54 Giovanni Sartori, *Demokratiethorie*, Darmstadt 1992, S. 3.

sei vornehmliche Aufgabe der politischen Bildung⁵⁵.

Es ist das unbestreitbare Verdienst von Hermann Giesecke, ein neuerliches Mal auf einen neuralgischen Punkt der politischen Bildungsarbeit hingewiesen zu haben. Ergänzungsbedürftig ist seine gewiß auch als Provokation gedachte Position gleichwohl in verschiedener Hinsicht. „Politik verstehen“ lernt man eben nicht im Normalfall allein durch die Teilnahme an der politischen Publizistik, wie Hermann Giesecke meint. Um im Wege von Medienrezeption „sachkundig“ zu machen oder gar „aufzuklären“, bedarf es erst und immer wieder begleitend einer Aufklärung über die Medien selbst; bedarf es der Befähigung zur Decodierung der inszenierten Wort- und vor allem Bildkultur; bedarf es der Vermittlung von Kriterien, das „Bedeutsam Allgemeine“ (W. Klafki) vom nur unterhaltenden „Rauschen“ der politischen Kanäle zu unterscheiden; bedarf es der Befähigung, hinter dem vordergründig Ritualen und Inszenierten das politisch Substantielle zu suchen; bedarf es der Einbindung der Medienrezipienten in auch personale Kommunikationsnetze; bedarf es schließlich der Befähigung, bewußt auswählen zu können.

Insofern kann politische Publizistik kein Ersatz für politische Bildung sein. Beide müssen in ein komplementäres, konkurrierendes und oft auch konträres Verhältnis gebracht werden, wenn Desinformation, Orientierungsprobleme und politischer Wirklichkeitsverlust nicht der zwangsläufige Preis zunehmender Mediatisierung sein, der Bürger nicht zum zahlenden „Zuschauer“ eines hochgradig ritualisierten „Staatsschauspiels“ degradiert werden soll⁵⁶.

55 Vgl. Hermann Giesecke, Wozu noch „politische Bildung“? Anmerkungen zum 40. Geburtstag einer nach wie vor umstrittenen Bildungsaufgabe, in: Neue Sammlung, 25 (1985), S. 465–473.

56 Vgl. dazu zusammenfassend: Ulrich Sarcinelli, Massenmedien und politische Bildung: Komplementärfunktion oder Konkurrenz?, in: Vierzig Jahre politische Bildung in der Demokratie. Dokumentation. Kongreß im Berliner Reichstag vom 10.-12. November 1989, Bonn 1990, S. 97–108; ders., u.a., Politikvermittlung und politische Bildung, Bad Heilbrunn 1990, S. 11–86; ders., Auf dem Weg in eine kommunikative Demokratie?, in: ders. (Hrsg.), Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Bonn–Opladen 1990, S. 29–51.

3. Zur Aktivierung des Bürgers: Die Erneuerung des demokratischen Lebens von „unten“

So wichtig die Befähigung zur kompetenten Teilnahme an der politischen Publizistik ist – das Wechselspiel zwischen passiver *Teilnahme* und aktiver *Teilhabe* kann nur funktionieren, wenn den Bürgern auch neue Wege verantwortlicher Teilhabe bei der Willensbildung, Interessenvermittlung und Entscheidungsauswahl eröffnet werden. Dies ist pädagogisch leichter postuliert als politisch realisiert. Denn zu Recht weisen kritische Stimmen darauf hin, daß der „Bürgergesellschaft“ der aktive Bürger fehle⁵⁷. Und richtig ist gewiß auch, daß in der Folge eines bis in die achtziger Jahre hinein zu beobachtenden Wertewandels politisches Verhalten durch eine neue Subjektivität, durch verstärkte Hinwendung zu partizipativ-egalitären Wertvorstellungen, durch höhere gesellschaftliche und politische Mobilität auch im Sinne nachlassender politischer Bindungsbereitschaft sowie durch eine zunehmend stärker von Situation, Kontext, Kalkül, unmittelbarem Erleben, Interesse und Betroffensein bestimmte politische Einstellung gekennzeichnet ist.

Darauf muß sich politische Bildung einstellen; nicht durch eine subjektivistisch verengte „Betroffenheitspädagogik“, sondern durch beharrliche Aufklärung über die offensichtlichen bzw. nicht offensichtlichen Zusammenhänge zwischen subjektiven Betroffenseinsgefühlen und objektiv gegebener politischer Betroffenheit. Die notwendigen didaktischen Anregungen, wie sich objektive Betroffenheit als subjektives Betroffensein (und umgekehrt) vermitteln läßt, hat Walter Gagel in verschiedenen verdienstvollen Publikationen gegeben⁵⁸.

Unter der gesellschafts- und demokratietheoretischen Perspektive eines modernen, einen auch „aktiven“ Bürgerstatus implizierenden „Verfassungspatriotismus“ heißt dies: die Möglichkeiten der Stärkung öffentlicher, nicht nur auf förmliche

57 Vgl. Bernd Guggenberger, Civil Society. Zur politischen Kultur einer „aktiven Mitte“, in: ders./K. Hansen (Anm. 14), S. 87–110, hier insbes. S. 91.

58 Vgl. seine grundlegenden Beiträge: Walter Gagel, Betroffenheitspädagogik oder politischer Unterricht? Kritik am Subjektivismus der politischen Didaktik, in: Gegenwarts-kunde, 34 (1985) 4, S. 403–414; ders., Von der Betroffenheit zur Bedeutsamkeit, in: ebd., 35 (1986) 1, S. 31–44; ders., Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts I, Opladen 1983, hier insbes. S. 61ff., 74ff. und 82ff.

Entscheidungsbeteiligung durch Gewinnung von Mehrheiten ausgerichteteter Diskurse vermehrt in den Blick nehmen; die Chancen und Probleme der Selbstorganisation der für das Gemeinwohl „amtlich Unzuständigen“ (Lepsius) aufzeigen⁵⁹; zur Beteiligung an Initiativen, Bewegungen, zum außer- und vordemokratischen Engagement in Vereinen, Verbänden, Kirchen und gegenüber Medien befähigen und ermuntern; Spielräume zur gemeinschaftlichen Verantwortungsübernahme aufzeigen und in entsprechende Rollen einüben. Statt der Simulation von mehr oder weniger fernen politischen oder gesellschaftlichen Prozessen böten sich hier im übrigen bessere Möglichkeiten, Bürgertugenden im Rahmen einer handlungsorientierten politischen Bildung erfahrbar und ggf. auch gesellschaftlich real werden zu lassen.

4. Die Transformation des Parteienstaats in eine Bürgerdemokratie als „Verfassungsfrage unserer Zeit“

Eine durch viele Teilöffentlichkeiten vitalisierte „Bürgergesellschaft“ kann das individuelle und kollektive Urteilsvermögen schärfen, die Bereitschaft zu gesellschaftlich (i.S. von nicht-staatlich) verantworteten Lösungen stärken sowie neue Wertmaßstäbe und Sensibilitäten in die legislativen, exekutiven und ggf. judikativen Entscheidungsprozesse einbringen. Eine so „von unten“ vitalisierte Öffentlichkeit wird vermutlich mehr zur demokratischen Weiterentwicklung einer „offenen Gesellschaft“ beitragen als der Ausbau des verfassungsrechtlich gewährleisteten Beteiligungsreperitoires⁶⁰.

Damit wird keineswegs zum „Marsch aus den Institutionen“⁶¹ geblasen. Auch geht es nicht um den

großen Wurf für ein „gutes Leben“ oder um eine neue, alle verpflichtende Gemeinwohl-idee. Aus dem Verlust politischer Heilsgewißheit als Preis der Modernität gibt es kein Zurück. Insofern bleibt die „offene Gesellschaft“ notwendigerweise eine Gesellschaft „mit offenen Flanken“⁶². Die Wirkung zielt vielmehr auf eine engere Verknüpfung von Interesse und Verantwortung, von Kalkülrationalität und Gemeinwohlverpflichtung⁶³, auf den Ausbau ziviler Lösungen – insgesamt also auf die Ausweitung von Bürgerverantwortung bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit. Letztendlich geht es um die Überwindung einer „moralischen Krise“, in der sich nahezu alle modernen Demokratien befinden. Denn: „Die moralischen Grundlagen jedes freien Gemeinwesens haben mit dem Sinn für *Verpflichtung* zu tun, damit, daß Rechte und Pflichten verbunden sind und daß ein Wert und eine Befriedigung darin liegt, etwas ohne äußeren Lohn zu tun.“⁶⁴

Doch größere Verantwortungsübernahme ist nur möglich, wenn sich auch das Institutionensystem selbst, vor allem die Parteien und Verbände, „für die diskursiven, normbildenden Prozesse der *politischen Öffentlichkeit*“⁶⁵ öffnen, die Politiker-Politik mehr und mehr einer Bürger-Politik Platz einräumt. Vor allem die Öffnung der Parteien und ihrer Untergliederungen für Nichtmitglieder, die Demokratisierung von Personalrekrutierungs- und Kontrollverfahren auf allen Ebenen der Politik, die schrittweise Zurückdrängung ihres faktischen Einflußmonopols in allen entscheidenden Bereichen der staatlichen und mehr noch der gesellschaftlichen Willensbildung – dies ist in der Tat die „Verfassungsfrage unserer Zeit“⁶⁶.

59 Verfahrensbeispiele und Vermittlungsmodelle für die Organisation von Willensbildung auf Seiten der „amtlich nicht Zuständigen“ mit dem Ziel, Diskurs und Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und Betroffenen i.w.S. zustande zu bringen, sind aufgezeigt bei: Horst Zilleßen/Peter C. Dienel/Wendelin Strubelt (Hrsg.), Die Modernisierung der Demokratie. Internationale Ansätze, Opladen 1993; Hans-Joachim Fietkau/Helmut Weidner, Mediationsverfahren in der Umweltpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/92, S. 24-34.

60 Vgl. im einzelnen dazu C. Offe (Anm. 40), S. 136ff.

61 So der Titel des Beitrages von Elmar Wiesendahl (in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/90, S. 3-23), in dem die Organisationsschwäche der politischen Parteien in den achtziger Jahren analysiert wird. Siehe dazu ebenso: U. Sarcinelli (Anm. 20), S. 47 ff., sowie Frank Nullmeier, Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/89, S. 3-16. Zu einem aktuellen

Beispiel institutionellen Versagens vgl. Gunter Hofmann, Der Marsch aus den Institutionen, in: Die Zeit vom 15. Januar 1993.

62 Joachim Fest, Offene Gesellschaft mit offenen Flanken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Oktober 1992, S. N 5.

63 Vgl. Herfried Münkler, Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlegung?, in: ders. (Hrsg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. Für Iring Fetscher zum 70. Geburtstag, München 1992, S. 25-46.

64 G. Sartori (Anm. 54), S. 243.

65 C. Offe (Anm. 40), S. 135.

66 Vgl. Hans Herbert von Arnim, Wenn der Staat versagt. Taugt das Wettbewerbsmodell der Wirtschaft als Vorbild für die Politik?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juli 1993, S. 26.

Politische Stiftungen und politische Bildung in Deutschland

„Politik- und Parteienverdrossenheit“ sind als neue Wortschöpfungen schnell zur Hand, wenn die Stimmungslage von Teilen der deutschen Bevölkerung zum gegenwärtigen politischen Geschehen umschrieben wird. Hierin einbezogen sind soartig auch die politischen Stiftungen, da in der Öffentlichkeit zwischen Politik, Parteien und den ihnen nahestehenden Stiftungen selten im funktional gewünschten und rechtlich auch notwendigen Maße differenziert wird. Ein wesentliches Erklärungsmoment dafür dürfte sein, daß in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nur wenig bekannt ist, wie politische Stiftungen arbeiten, welches ihre Ziele und Aufgaben sind und wie sie sich in unserem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen legitimieren.

Es ist offensichtlich, daß in diesem Kontext tiefergreifende Informationen notwendig sind, um Zusammenhänge herstellen zu können und zu verstehen. Die folgenden Ausführungen begreifen sich deshalb als Beitrag zur Schließung dieser Lücke. Zudem steht auch die politische Bildung zur Zeit auf dem Prüfstand – glauben doch Kritiker, in diesem Bereich Mängel erkennen zu können, die nun ihrerseits als vermeintlicher Erklärungsgrund für Fehlentwicklungen im politischen und gesellschaftlichen Zusammenleben herangezogen werden. Die Frage, wie der Rechtsextremismus in Deutschland trotz intensiver schulischer wie außerschulischer politischer Bildungsarbeit wieder erstarken konnte, mag exemplarisch als Beleg dafür dienen.

Die politische Bildung steht nicht zuletzt auch aufgrund der wiedergewonnenen deutschen Einheit und des tiefgreifenden Umbruchs in Europa und in der Welt ohne Zweifel vor neuen Herausforderungen. Entsprechend vielfältige Erwartungen werden an sie herangetragen, mit ihr verknüpft. Bedeutet dies aber zugleich, daß sich ihre Ziele und Aufgaben geändert haben beziehungsweise ändern müssen? Sind die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit und die Effizienz politischer Bildung überzogen? Muß politische Bildung gar als Feuer-

wehr für aktuelle politische Fehlentwicklungen erhalten? Auch hier scheint ein Nachdenken darüber angebracht, was politische Bildung in Deutschland will, wie ihre Ziele und Aufgaben im Grundsatz definiert sind, was sie – realistisch betrachtet – leisten kann und was nicht.

Wie sehr die politische Bildung bei der Betrachtung und Bewertung der politischen Stiftungen eine besondere Rolle spielt, dürfte Insider kaum verwundern, denn die Stiftungen legitimieren sich aus ihrer politischen Bildungsarbeit heraus und haben dort ihre Wurzeln. Die Herausarbeitung dieser Interdependenzen ist ein wesentliches Anliegen dieses Beitrages.

I. Politische Stiftungen in Deutschland

1. Geschichte, Aufgaben und Selbstverständnis

Wenn im folgenden von den politischen Stiftungen die Rede ist, wird Bezug genommen auf die

- Konrad-Adenauer-Stiftung,
- Friedrich-Ebert-Stiftung,
- Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die
- Hanns-Seidel-Stiftung.

Diese vier traditionellen Stiftungen sind bundesweit und international tätig und stehen den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP und CSU nahe. Deshalb wird häufig auch der Begriff „parteinahe Stiftungen“ synonym verwendet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste Stiftung, sie wurde bereits 1925 gegründet. Nach dem Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 nahm sie 1949 ihre Arbeit wieder auf. Sie wurde für das verlorengegangene Vermögen entschädigt. Die 1964 gegründete Konrad-Ad-

nauer-Stiftung entstand aus dem 1962 ins Leben gerufenen „Institut für Internationale Solidarität“ und der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ (1956), die 1958 in „Politische Akademie Eichholz“ umbenannt wurde. Die Friedrich-Naumann-Stiftung etablierte sich 1958, die Hanns-Seidel-Stiftung schließlich 1967.

1988 wurde von den GRÜNEN der „Stiftungsverband Regenbogen“ gegründet, als Dachorganisation für die grünennahe „Frauenstiftung e.V.“, „Heinrich-Böll-Stiftung e.V.“ und „Buntstift e.V.“. Allerdings unterscheidet sich der „Stiftungsverband Regenbogen“ von den traditionellen Stiftungen nicht nur in der organisatorischen Gliederung¹.

Im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien stellen die politischen Stiftungen deutscher Prägung nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung eine Besonderheit dar. Sie sind in anderen Ländern in dieser Form unbekannt. Dies hat vor allem historische Gründe, aus denen sich auch das Hauptmotiv für die Gründung der Stiftungen in der Nachkriegszeit ableiten läßt. Es waren die demokratiezerstörenden Erfahrungen der Weimarer Republik, die am Ende zum Scheitern der ersten deutschen Republik beigetragen haben und in die verbrecherische Diktatur der Nationalsozialisten einmündeten. Den Parteien und Politikern war es in der Weimarer Republik nicht gelungen, die Mehrheit der Bürger von der liberalen Demokratie und den sie prägenden Werten zu überzeugen. Weimar stellte sich – plakativ formuliert – als eine „Demokratie ohne Demokraten“ dar. Somit verband sich mit den Stiftungsgründungen die Hoffnung, durch politische Bildungsarbeit zum Aufbau und zur Konsolidierung der jungen deutschen Nachkriegsdemokratie beizutragen und diese zu festigen. Autoritäre oder gar totalitäre Herrschaftsformen sollten nie wieder das politische und gesellschaftliche Leben im Westen Deutschlands bestimmen.

Ein Blick in die Stiftungssatzungen zeigt, daß „politische Bildung (zu) vermitteln“ (Konrad-Adenauer-Stiftung), „die demokratische Erziehung des deutschen Volkes zu fördern“ (Friedrich-Ebert-Stiftung), „Wissen im Sinne der liberalen, sozialen

und nationalen Ziele Friedrich Naumanns zu vermitteln“ (Friedrich-Naumann-Stiftung) sowie „die demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage zu fördern“ (Hanns-Seidel-Stiftung) als zentrale Aufgaben beschrieben werden. Diesen Auftrag der politischen Stiftungen hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 14. Juli 1986 unterstrichen: „Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für eine – allen Bürgern zugängliche – offene Diskussion politischer Fragen. Dadurch wird das Interesse an einer aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens geweckt und das notwendige Rüstzeug vermittelt.“²

So führte die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 1992 über 2100 Veranstaltungen zur politischen Bildung durch, an denen mehr als 85000 Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland und den europäischen Nachbarländern teilnahmen. 1993 werden es mit den nunmehr einundzwanzig Bildungswerken nach Erweiterung der Bildungsarbeit auch auf die nördlichen Bundesländer Niedersachsen, Bremen und Hamburg über 100000 Teilnehmer sein. Die Themenpalette in den Veranstaltungen deckt alle wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen ab. Die Veranstaltungsformen variieren; sie reichen von Abendveranstaltungen bis hin zu einwöchigen Seminaren. Alle Veranstaltungen sind *jedem* interessierten Bürger zugänglich. Die Struktur der 10000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen im Bildungszentrum Schloß Eichholz im Jahre 1992 unterstreicht dies nachdrücklich: 30 Prozent waren CDU-Mitglieder, 60 Prozent gehörten keiner Partei an, die restlichen 10 Prozent waren Mitglieder anderer Parteien oder machten keine Angaben.

Beim organisatorischen Aufbau der Stiftungen diente die ältere Friedrich-Ebert-Stiftung zunächst als Vorbild, ohne daß die Strukturen von vornherein so festgelegt waren, wie sie sich gegenwärtig darstellen. Bruno Heck, langjähriger Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, beschrieb 1989 den Entwicklungsprozeß folgendermaßen: „Die politischen Stiftungen, wie sie heute sind, sind

1 Vgl. Henning Fülle, *Himmel auf Erden? – Entstehung, Struktur und Arbeitsweisen der grünennahen politischen Stiftungen*, Dortmund 1992.

2 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 73, 33.

nicht nach einem Plan so gemacht worden, sie haben ihre je eigenständige Gestalt im Laufe der vergangenen Jahrzehnte an ihrer Arbeit gewonnen; sie sind, so kann man sagen, nicht gemacht worden, sie sind den Bedürfnissen und Notwendigkeiten entsprechend gewachsen.“³

Neben den Kernbereich der politischen Bildung traten im Laufe der Jahre weitere wichtige Aufgabenfelder hinzu, die das Profil der politischen Stiftungen – wie es sich heute zeigt – prägen:

- Förderung begabter junger Menschen,
- internationale Zusammenarbeit mit Partnern und Organisationen in Europa und in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas,
- historische, politik-, sozial- und kommunalwissenschaftliche Forschung,
- Erarbeitung von Grundlagen für politisches Handeln sowie
- Förderung von Kunst und Künstlern.

Innerhalb der Stiftungen stehen die genannten Tätigkeitsbereiche nicht hierarchisch zueinander, sondern gleichberechtigt nebeneinander. In der Praxis gibt es vielfältige, fruchtbare Wechselwirkungen zwischen den Tätigkeitsfeldern. Dies gilt insbesondere für den Zusammenhang von politikwissenschaftlicher Forschung und politischen Bildungsansätzen. So wichtig und interessant es auch wäre, das Zusammenwirken im einzelnen näher vorzustellen, so muß sich mit Blick auf das gestellte Thema die Darstellung im folgenden auf die politische Bildungsarbeit in Deutschland beschränken.

2. Das Verhältnis von Parteien und politischen Stiftungen

Die vier großen politischen Stiftungen unterscheiden sich in ihren Ordnungsprinzipien, in ihren Zielen und Aufgaben nicht wesentlich voneinander. Es ist deshalb legitim, von der Gemeinsamkeit der Demokraten zu sprechen. Allerdings ist es auch kein Geheimnis, daß sich die Stiftungen an dem Grundwerteverständnis und am Selbstverständnis der Parteien orientieren, denen sie nahe stehen.

³ Brief von Bruno Heck vom 10. 7. 1989 an Peter Molt; zitiert in: Peter Molt, Die ersten Jahre der Konrad-Adenauer-Stiftung. Unveröffentlichtes Manuskript, S. 2.

Aus dem unterschiedlichen Grundwerteverständnis der Parteien resultiert die inhaltliche Vielfalt der politischen Stiftungen, die sich auch in ihrer Bildungsarbeit niederschlägt. Diese Vielfalt ist gewollt, spiegelt sie doch die Grundstrukturen unserer pluralistischen Demokratie wider. Im Verfassungsgerichtsurteil von 1986 heißt es dazu: „Die staatliche Förderung wissenschaftlicher Politikberatung, wie sie auch durch die Gewährung von Globalzuschüssen an die Stiftungen bewirkt wird, liegt im öffentlichen Interesse und stößt grundsätzlich nicht auf verfassungsrechtliche Bedenken. Mit Rücksicht auf die dargelegten Berührungspunkte zwischen der Tätigkeit der Stiftungen einerseits und den langfristigen politischen Zielvorstellungen einzelner politischer Parteien andererseits gebietet es allerdings der Gleichheitssatz, daß eine solche Förderung alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland angemessen berücksichtigt.“⁴ Neben CDU, CSU, SPD und FDP treffe dies auch wegen des Grundsatzes der Gleichbehandlung auf die GRÜNEN zu. Diese höchstrichterliche Feststellung ist besonders gewichtig, da sich aus ihr der Anspruch einer öffentlichen Stiftungsfinanzierung ableitet.

Daß sich die politischen Stiftungen in ihrer Arbeit an dem Grundwerteverständnis der ihnen nahestehenden Parteien orientieren, ist also legitim und wird in der Öffentlichkeit als Normalität empfunden. Weit diffuser hingegen sind in der Bevölkerung die Vorstellungen, ob und inwieweit die Stiftungen organisatorisch, finanziell und personell mit den jeweiligen Parteien verwoben oder von diesen gar abhängig seien. Da ist von „Briefkastenfirmen und Tarnorganisationen der Parteien“⁵ die Rede; man unterstellt, die Parteien bedienen sich für ihre Zwecke der Stiftungen, bestimmten maßgeblich – sogar bis ins Detail – die Stiftungsaktivitäten mit. Diese Behauptungen sind unzutreffend: Zum einen verbietet das Bundesverfassungsgericht, daß Politiker, die führende Ämter innerhalb einer Partei bekleiden, vergleichbare Führungsfunktionen in den ihnen nahestehenden Stiftungen ausüben. Zum anderen sind die Stiftungen gemäß

⁴ BVerfGE 73, 38.

⁵ Sehr kritisch steht den politischen Stiftungen, vor allem ihrer Finanzierung, Hans Herbert von Arnim gegenüber; vgl. Hans Herbert von Arnim, Parteienstaat – der Staat als Beute?, in: Theo Schiller (Hrsg.), Parteien und Gesellschaft, Stuttgart 1992, S. 72–87.

ihren Satzungen rechtlich selbständig und organisatorisch von den Parteien unabhängig und müssen dies auch faktisch bleiben. Die jeweils nahestehenden Parteien sind in den Satzungen deshalb auch nicht erwähnt.

Gegen die Stiftungen wurde auch der Vorwurf erhoben, daß sie die Parteien bei Wahlkämpfen mittel- oder unmittelbar unterstützten, indem sie Wahlprogramme erstellten, im Wahlkampf Werbung betrieben oder den Parteien Stiftungsmitarbeiter für den Wahlkampf zur Verfügung stellten. Bei der Beweisaufnahme zur Organklage der GRÜNEN aus dem Jahre 1983 hat das Bundesverfassungsgericht diese Vorwürfe eingehend geprüft und in dem bereits zitierten Urteil vom 14. Juli 1986 als nicht gerechtfertigt zurückgewiesen: „Die Beweisaufnahme hat nicht ergeben, daß die Stiftungen, abgesehen von verfassungsrechtlich unerheblichen Einzelfällen, für die Parteien unentgeltlich geldwerte Leistungen erbracht und dadurch die Finanzkraft der Parteien gestärkt haben: Das Personal der Stiftungen wird nicht für Zwecke der nahestehenden Parteien eingesetzt. Die Stiftungen leisten den nahestehenden Parteien keine Hilfe im Wahlkampf.“⁶

Das Verhältnis der politischen Stiftungen zu den Parteien scheint auf den ersten Blick durch zwei gegensätzliche Elemente bestimmt: durch Nähe einerseits und durch Unabhängigkeit andererseits. Die Nähe ist gegeben durch die Übereinstimmung im Grundsätzlichen, in der weltanschaulichen Überzeugung. Die Unabhängigkeit resultiert aus den jeweils unterschiedlichen spezifischen Aufgaben. Die Aktivitäten der Parteien zielen letztendlich auf die Erringung und den Erhalt parlamentarischer Macht, um politische Vorstellungen in praktische Politik umsetzen zu können. Politische Willensbildungsprozesse der Parteien (Art. 21 GG) kulminieren in Wahlkämpfen. Die politischen Stiftungen stehen hingegen außerhalb des Parteienwettbewerbs. Es ist ihnen untersagt, eine aktive Rolle im Wahlkampf zu spielen. So dürfen zum Beispiel von den politischen Stiftungen von dem Tag an keine Meinungsumfragen mehr durchgeführt werden, an dem der Bundespräsident den Wahltermin festlegt.

Ihr Aufgabenfeld erstreckt sich auf den sogenannten vopolitischen Raum, auf die Schaffung der

Grundlagen, die Voraussetzung für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sind. Der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee formulierte diesen Sachverhalt 1984 in prägnanter Weise: „Ihr Wirkungsfeld (das der politischen Stiftungen, Anm. d. V.) ist nicht die *vita activa* der Parteipolitik, sondern die *vita contemplativa* der politischen Erkenntnis.“⁷ Die Bildungsarbeit der Stiftungen ist weder an Wahlterminen noch an tagespolitischen Akzentuierungen ausgerichtet. Sie ist grundsätzlicher und langfristiger angelegt, letztendlich auf die Begründung und Vermittlung der weltanschaulichen Überzeugungen, denen man sich verbunden fühlt. Die politischen Stiftungen sind somit ein wichtiges Segment der politischen Kultur in Deutschland.

3. Die Finanzierung der Stiftungen

In der Öffentlichkeit ist ebenfalls wenig bekannt, daß die politischen Stiftungen – mit Ausnahme der Friedrich-Naumann-Stiftung – nicht in der Rechtsform einer Stiftung des Öffentlichen Rechts organisiert sind, sondern als eingetragene Vereine. Allerdings kann die Bezeichnung auch einen falschen Eindruck über die Herkunft der Finanzmittel erzeugen, denn die Aktivitäten der politischen Stiftungen werden z. B. nicht aus dem Zinsertrag eines Stiftungskapitals finanziert⁸. Daß trotz der Rechtsform „Eingetragener Verein“ in der jeweiligen Namensgebung die Bezeichnung „Stiftung“ gewählt wurde, soll deutlich machen, daß die Aktivitäten auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind.

Wie finanzieren sich nun die politischen Stiftungen? Sie finanzieren sich zu einem großen Teil aus öffentlichen Mitteln und unterliegen damit auch der öffentlichen Kontrolle. Die Mittel stammen zu über neunzig Prozent aus dem Bundeshaushalt, wiederum verteilt auf die folgenden Ressorts – entsprechend der thematischen Bandbreite der Stiftungsarbeit: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Aus-

7 Josef Isensee, Stellungnahme der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. zu dem Organstreitverfahren der Bundespartei „Die Grünen“ gegen 1. den Deutschen Bundestag, 2. den Präsidenten des Deutschen Bundestages (2 BvE 5/83), Bonn 1984, S. 90f., unveröffentlicht.

8 Zur Finanzierung der politischen Stiftungen vgl. Henning von Vieregge, Parteistiftungen – Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hans-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1977, S. 31ff.

6 BVerfGE 73, 36.

wärtiges Amt (AA), Bundesministerium des Inneren (BMI), Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) und bis 1991 Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen sowie den Deutschen Bundestag. Die übrigen Finanzmittel stammen aus Länderhaushalten – überwiegend im Rahmen der Festlegungen von landesspezifischen Weiterbildungsgesetzen –, aus Eigeneinnahmen der Stiftungen (so nahm die Konrad-Adenauer-Stiftung 1992 knapp zwei Millionen DM durch Teilnehmerbeiträge bei ihren Bildungsveranstaltungen ein) und – nur zu einem Bruchteil – aus zweckgebundenen, d.h. projektbezogenen Spenden.

Beim weitaus größten Teil der Finanzzuweisungen aus dem Bundeshaushalt (bei der Konrad-Adenauer-Stiftung 1990 73 Prozent) handelt es sich um Mittel der sogenannten „Projektförderung“ im Sinne der Bundeshaushaltsordnung. Das bedeutet, diese Zuwendungen werden auf besonderen Antrag hin zweckgebunden vergeben für „sachlich und zeitlich begrenzte Vorhaben“ (Projekte), an denen der Bund ein Interesse hat. Die Stiftungen reichen ihre Planungen über beabsichtigte Projekte vorab bei den zuständigen Fachministerien ein, begründen im Detail die Ziele und Inhalte der Projekte und den Finanzbedarf. Dort werden die Projekte geprüft, gegebenenfalls in Rücksprache modifiziert oder auch abgelehnt. Erfolgt ein positiver Bescheid durch das Fachministerium, werden die Finanzmittel mit der Auflage bereitgestellt, diese gemäß dem genehmigten Finanzplan zu verwenden. Während der Durchführung werden die Projekte von den Fachbehörden überwacht und nach Projektende anhand der Abrechnungsunterlagen einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Projektmittel bewilligen das BMZ, das AA, das BMBW und der Deutsche Bundestag. Die Zuwendungen des BMZ fließen fast ausschließlich in Projekte in Entwicklungsländern (bei der Konrad-Adenauer-Stiftung über 76,7 Prozent [1990] der Projektausgaben), während die Mittel des BMBW in der Studienförderung von deutschen Studentinnen und Studenten sowie von Graduierten Verwendung finden. Die Studienförderung für ausländische Studentinnen und Studenten wird vom Auswärtigen Amt gefördert. Bei den im BMI resortierten Finanzmitteln für die politischen Stiftungen – den sogenannten „Globalzuschüssen“ – ist der Verfahrensablauf etwas anders geregelt: Die

Stiftungen rufen die Mittel beim BMI unter Nennung der voraussichtlichen Ausgaben ab. Nach Ablauf eines Haushaltsjahres sind sie verpflichtet, die zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung dieser Mittel im Rahmen eines Verwendungsnachweises zu belegen. Dieser Nachweis ist von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer zu überprüfen und gegenüber dem BMI zu bestätigen. Darüber hinaus ist der Bundesrechnungshof berechtigt, die Verwendung der Globalzuschüsse zu überprüfen. Ferner gibt es Kontrollen der öffentlichen Mittel durch Landesrechnungshöfe und Finanzämter.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages legt jedes Jahr die Höhe der Globalzuschüsse neu fest, und sie werden mit dem Gesetz zur Feststellung des Bundeshaushaltes vom Parlament beschlossen. 1967 wurde der Titel „Globalzuschüsse“ erstmals im Haushalt des Bundesinnenministeriums aufgeführt. Diese Mittel erhalten ausschließlich die bundesweit tätigen politischen Stiftungen als „Zuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit“. Die Vergabep Praxis, vor allem die Verwendung der Globalmittel, war und ist Anlaß zur Kritik an den politischen Stiftungen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich 1986 mit der Frage der Finanzierung der Stiftungen befaßt und in seiner Entscheidung die langjährige Staatspraxis bestätigt.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts⁹ zur Finanzierung der Parteien veranlaßte den Bundespräsidenten, eine Kommission unabhängiger Sachverständiger einzuberufen, die im Februar 1993 ihren Bericht vorlegte. Mit in die Untersuchung einbezogen waren neben den Parteien auch die Fraktionen des Deutschen Bundestages und die politischen Stiftungen. Die Kommission votiert für ein Bundesgesetz, das die Grundsätze der staatlichen Finanzierung der Stiftungen regeln soll. Man verspricht sich davon sowohl eine größere Transparenz bei der Bewilligung der staatlichen Mittel als auch eine laufende (Erfolgs-) Kontrolle. Die geplanten Ausgaben sollen von den Stiftungen bei Antragstellung begründet werden. Dies soll auch die Ausgaben für Personal und Verwaltung einschließlich der Stellenstruktur einschließen. Diese Angaben sollen an die Stelle förmlicher Haushaltspläne mit Festlegungen auch

9 Vgl. BVerfG, Urteil vom 9. April 1992.

bei den Personalstellen treten. Auch die Kommission vertritt die Auffassung, daß die Flexibilität der Stiftungen gewahrt bleiben muß. Deshalb empfehlen die Sachverständigen: „Um diese wesentlichen Grundlagen der Arbeit der parteinahen Stiftungen regeln zu können, wird dem Bund durch Einfügung einer Nr. 1b in Art. 75 GG die Rahmenkompetenz für die politische Bildungsarbeit einschließlich der parteinahen Stiftungen eingeräumt.“¹⁰

Zur Zeit hat die Stiftungsfinanzierung im Bundeshaushaltsgesetz ihre rechtliche Grundlage, ergänzt durch Förderrichtlinien und Bewirtschaftungsgrundsätze. Der Vorschlag zur Einführung eines Stiftungsgesetzes wirft allerdings mit Blick auf die Einfügung einer Nr. 1b in Art. 75 GG die verfassungsrechtliche Frage auf, inwieweit eine Bundeskompetenz für politische Bildungsarbeit besteht und zulässig ist, vor allem in Verbindung mit Art. 72 GG Abs. 2 (Konkurrierende Gesetzgebung). Nichts spricht dagegen, die Finanzierung der politischen Stiftungen und die Mittelverwendung noch transparenter zu machen. Die Stiftungen haben nichts zu verbergen. Autonomie und Flexibilität der Stiftungen dürfen aber nicht beseitigt werden. Subsidiarität und Selbständigkeit sind Grundlage für das erfolgreiche, dem Gemeinwohl verpflichtete Wirken der Stiftungen. Weitere und weitgehendere gesetzliche Regelungen können einen zusätzlichen Bürokratisierungsschub auslösen.

Unabhängig davon, daß die Hürde einer Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag zu überwinden wäre, ist die Frage berechtigt, ob ein förmlicher verfassungsändernder Eingriff in die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zur Regelung von Einzelfällen zu rechtfertigen ist. Die politischen Stiftungen verfügen nicht nur durch das für sie geltende Vereinsrecht über eine allgemeine und ausreichende rechtliche Grundlage und werden dort in Ausübung der Grundrechte ihrer Mitglieder und im Rahmen der verfassungsrechtlichen Ordnung tätig, sondern sie sind auch in spezieller Weise durch höchstrichterliches Urteil des Bundesverfassungs-

gerichts präzise in ihren Rechtsgrundlagen beschrieben. Klare und transparente finanzielle Regelungen liegen im Interesse aller Beteiligten – vor allem auch, um Spekulationen und Mutmaßungen von der „Politikfinanzierung aus der Staatskasse“ den Boden zu entziehen. Aus diesem Grunde veröffentlicht übrigens die Konrad-Adenauer-Stiftung jährlich im Bundesanzeiger ihre Einnahmen- wie Ausgabenrechnung sowie ihre Bilanz, so daß sie für Interessierte nachzulesen sind.

II. Politische Bildung in Deutschland

Wie bereits ausgeführt, stellt die politische Bildungsarbeit den Kernbereich der politischen Stiftungen dar, den Ursprung, der zu den Stiftungsgründungen in der Nachkriegszeit führte.

1. Ziele der politischen Bildung

Über die politische Bildung in Deutschland, ihre Legitimation, ihre Aufgaben und Ziele, aber auch über ihre methodischen Ansätze sind immer wieder heftige Diskussionen und Kontroversen geführt worden, die durchaus im Kontext des jeweiligen Zeitgeistes zu suchen und zu bewerten sind. Es soll nun kein weiterer Beitrag zur Theorie der politischen Bildung geleistet, sondern das Augenmerk auf die praktischen Aufgaben und Herausforderungen gelenkt werden, deren Bewältigung für das zukünftige Zusammenleben sowohl im vereinten Deutschland als auch im zusammenwachsenden Europa und in der Welt von vitalem Interesse sind – Herausforderungen, denen sich die politische Bildung nicht entziehen kann und darf.

Trotz vielfältiger Auffassungen – und dies ist auch ein Kennzeichen pluralistisch verfaßter Demokratien – darüber, welche Intentionen mit politischer Bildung verfolgt werden sollen, lassen sich fünf Hauptziele benennen, die in ihren Kernaussagen breiten Konsens finden:

- die Identifikation mit den Werten und Normen unserer Verfassung,
- die Information über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und den ihr zugrundeliegenden rechtsstaatlichen Prinzipien,

¹⁰ Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Finanzierung der Parteien, BT-Drucks. 12/4425, S. 50. Zur Erinnerung: Artikel 75 GG Nr. 1a legitimiert die Hochschulrahmengesetze.

- bessere Kenntnisse über Verfahrenswege der parlamentarischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sowie bedeutsame Institutionen der Demokratie in Deutschland und im EG-Europa,
- die Vermittlung politischen Wissens, um die eigene Urteilskraft und das verantwortliche politische Handeln zu stärken, aber auch
- die Entwicklung und Förderung emotionaler Bindungen an das eigene Gemeinwesen.

Die emotionale Bindung an das eigene Gemeinwesen meint natürlich nicht einen „Hurratriotismus“ oder verblendeten und engstirnigen Nationalismus, wie er weitgehend überwunden ist. Sie versteht sich vielmehr als eine gefühlsmäßige Identifikation mit der Republik, ihrer Verfassung, den ihr zugrundeliegenden Werten und Normen, die ein Zusammenleben in Frieden und Freiheit ermöglichen, aber auch eine Identifikation mit den Symbolen unserer Republik¹¹. Eine emotionale Bindung in diesem Sinne ist für unsere Nachbarn in den westlichen Demokratien eine historisch entwickelte und täglich gelebte Selbstverständlichkeit, die keineswegs im Widerspruch zu den europäischen Integrationsbestrebungen steht. Allerdings hat nach dem Zweiten Weltkrieg wegen der Verbrechen des Naziregimes eine Tabuisierung stattgefunden, die eine ausführliche, inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen nach der deutschen Identität erheblich erschwerte.

Das dadurch entstandene Wertevakuum, die nicht im erforderlichen Umfang gegebenen beziehungsweise die verhinderten Antworten auf die Fragen nach der deutschen Identität sind auch als ein Erklärungsgrund dafür heranzuziehen, warum es rechtsextremistischen Gruppierungen in der jüngsten Vergangenheit verstärkt gelungen ist, vor allem auch Jugendliche für ihr fatales Politikverständnis zu gewinnen – gekoppelt mit dem Angebot einfacher Lösungsansätze und monokausaler Erklärungen für die zunehmend komplizierter strukturierten Fragen des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens.

¹¹ Vgl. Gerd Langguth, Heraus aus dem selbstverordneten Getto – Stellenwert politischer Bildung zu gering?, in: Das Parlament vom 7. 12. 1985; siehe auch: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Karl Carstens – Aufgaben der politischen Bildung, Sonderdruck, Bonn 1982, S. 12.

2. Politische Bildung und die Herausforderungen in Deutschland

Neben der Herausforderung durch den akuten Extremismus von rechts – aber auch durch den vorhandenen von links – muß sich die politische Bildung einer Vielzahl weiterer Aufgaben stellen. Zwei politische Orientierungsaufgaben rücken dabei in den Vordergrund:

- die Verwirklichung der inneren deutschen Einheit im Rahmen der europäischen Integration und
- die Konsensfindung innerhalb der Gesellschaft, die Rückbesinnung auf das Gemeinwohl, auf Werte der Freiheit, des Bürgersinns, der Solidarität, Gerechtigkeit und Subsidiarität.

Seit den historischen Umbrüchen und Veränderungen des Herbstes 1989 ist fast nichts mehr so, wie es einmal war: Die totalitären kommunistischen Diktaturen und die Teilung Europas durch den „Eisernen Vorhang“ konnten von den mittel-, ost- und südeuropäischen Völkern in friedlichen Revolutionen überwunden werden. Am 3. Oktober 1990 haben wir Deutschen nach fünfundvierzig Jahren der Teilung die staatliche Einheit wiedergewonnen. Drei Jahre nach der Unterzeichnung des deutschen Einigungsvertrages indes ist aber die Euphorie über das historische Ereignis gedämpft, Nüchternheit ist an ihre Stelle getreten. Formal sind mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland die rechtlichen Grundlagen zur staatlichen Einheit Deutschlands geschaffen worden. Bis zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands, bis zum Zusammenwachsen der Deutschen, die fünfundvierzig Jahre getrennt und in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen aufgewachsen sind, ist noch ein langer Weg zurückzulegen. Eine gemeinsame Identitätskarte – der Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland – garantiert eben noch nicht eine gemeinsame Identität, auch im Sinne der emotionalen Bindungen an das Gemeinwesen. Natürlich ist der rechtliche und wirtschaftliche Rahmen eine unabdingbare Voraussetzung, aber noch keine Garantie, daß die Menschen von Rostock bis München zueinanderfinden und die gewichtigen Probleme, die vor uns liegen, gemeinsam angehen.

Gerade die Erwartungen an die innere Einheit waren – mit Blick auf die zeitliche Dimension – nicht realistisch. Folglich ist die Ernüchterung nach dem Abebben der allgemeinen Euphorie um so größer. Daß die Erwartungen so hoch waren, dürfte ein Erklärungsmoment auch in den völlig fehlenden Erfahrungswerten finden: Die Vereinigung Deutschlands nach einer über zwei Generationen währenden Teilung, eingebunden in zwei sich diametral gegenüberstehende Gesellschaftssysteme, ist historisch betrachtet ein Novum. Es gibt nichts Vergleichbares in der Geschichte, demzufolge auch keine Entwicklungsprozesse, aus deren Analyse Schlüsse für die Gestaltung der inneren Einheit zu ziehen wären. Wir Deutschen haben mit der Einigung historisch, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich Neuland betreten. Nur ist uns dies, zumal in den alten Bundesländern, oft nicht ausreichend bewußt.

Mit der deutschen Vereinigung gingen und gehen große Veränderungen einher, von denen vor allem die Bevölkerung in den jungen Bundesländern betroffen ist. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Ost-Berlin müssen sich völlig neu orientieren. Die Transformation der zentral gelenkten Kommandowirtschaft in eine freie, sozial und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft führt zu einem tiefgreifenden Wandel. So setzte der Zusammenbruch nicht wettbewerbsfähiger Betriebe in den vergangenen drei Jahren Arbeitskräfte frei, von denen eine große Zahl bis heute nicht wieder in den Arbeitsprozeß integriert werden konnte. Neu sind in den neuen Bundesländern auch die Instrumente und Funktionsweisen der parlamentarischen Demokratie, die kommunale Selbstverwaltung, der Pluralismus mit seiner Vielfalt gleichberechtigter Meinungen sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Bereich.

Nach Jahrzehnten der totalitären Bevormundung wurde friedlich die Freiheit errungen. Freiheit und Subsidiarität bedeuten aber immer auch mündiges Handeln, bedeuten Initiative ergreifen, Entscheidungen abwägen, treffen und verantworten – Verhaltensweisen, die erst einmal erlernt sein wollen nach, nimmt man die nationalsozialistische Diktatur hinzu, beinahe sechzig Jahren staatlicher Gängelung. Für sehr viele Menschen geht diese notwendige Umorientierung mit einem Prozeß der „geistigen Entwurzelung“ einher. Die Normen der

„sozialistischen Gesellschaft“, die einen – wenn auch sehr fragwürdigen – Orientierungsrahmen für das Zusammenleben in der DDR gegeben haben, sind heute nicht mehr gültig. Die Werte und Normen der liberalen Demokratie müssen aber erst noch verinnerlicht werden. Die strukturellen, gesellschaftlichen und geistigen Veränderungen in Deutschland seit Ende 1989 zu begreifen, zu akzeptieren und zu verarbeiten braucht Zeit.

Wir befinden uns mitten in einem Lernprozeß, der alle einbezieht, bewußt oder unbewußt. Auch und gerade die Menschen in der alten Bundesrepublik werden begreifen müssen, daß mit der inneren deutschen Einheit etwas Neues entstehen wird, entstehen muß. Im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung hat sich die Bundesrepublik Deutschland lediglich geographisch und rechtlich um die neuen Länder erweitert. Diese staatliche Einheit ist aber nur die notwendige äußere Hülle für die innere Einheit, für das gemeinsame Zusammenleben, für die nationale Identität. Dieser Prozeß des Zusammenwachsens und des gegenseitigen Verstehens ist eben mehr als nur das Überstülpen der Rechtsnormen der alten Bundesrepublik auf die neue.

Die innere Einheit – auch im Sinne einer mentalen Symbiose – herzustellen wird sicher den Zeitraum einer Generation in Anspruch nehmen. Es bedarf der Anstrengungen aller, um das Trennende zwischen Ost und West – auch über die Grenzen Deutschlands hinweg – zu überwinden und das jahrzehntelange Gegeneinander in ein konstruktives Miteinander umzukehren. Das dazu notwendige Umdenken stellt natürlich auch die politische Bildung vor große Aufgaben und neue Bewährungsproben. In dem „Bericht über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“¹², den die Bundesregierung im Dezember 1991 veröffentlicht hat, heißt es dazu u. a.: „Politische Bildung muß ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Integration in der Bundesrepublik Deutschland leisten. Ziel ist die Schaffung einer gemeinsamen politischen Kultur.“¹³ Politische Bildungsveranstaltungen müssen Foren des Dialogs sein, des persönlichen Kennenlernens der Menschen aus den alten und den neuen

12 Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 12/1773.

13 Ebd., S. 7.

Bundesländern, um ein besseres Verständnis für die Probleme des jeweils anderen zu entwickeln, um wechselseitige, tradierte Vorbehalte und Vorurteile abzubauen. Das persönliche, das authentische Gespräch steht im Mittelpunkt eines vorbehaltlosen – und damit tiefgreifenden – Erfahrungs- und Informationsaustausches.

Bereits in den siebziger und achtziger Jahren wurden von der Konrad-Adenauer-Stiftung Studienreisen in die DDR durchgeführt. Überwiegend Schüler, Studenten und Lehrer, die häufig keine familiären Kontakte in der DDR hatten, konnten sich ein Bild vom Alltag im „real existierenden Sozialismus“ machen. Besonders gewichtig und nachhaltig waren dabei die informellen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die sich außerhalb des offiziell begleiteten Besucherprogramms ergaben. Das Leitmotiv für diese Veranstaltungen war, den Gedanken der deutschen Einheit – den Auftrag des Grundgesetzes – wachzuhalten und zu vertiefen, in einer Zeit, als er von einigen Politikern bereits „ad acta“ gelegt worden war. Anfang 1990, unmittelbar nach Öffnung der innerdeutschen Grenze, gründete die Konrad-Adenauer-Stiftung in den späteren neuen Bundesländern regionale Bildungswerke, um Veranstaltungen zur politischen Bildung „vor Ort“ organisieren und anbieten zu können. Gleichzeitig entwickelte sich das Bildungszentrum Schloß Eichholz – bei Bonn gelegen – zu einer Begegnungsstätte für Deutsche aus Ost und West, zu einem Forum des innerdeutschen Dialogs. Generell ist festzustellen, daß sich die politischen Stiftungen in der konzeptionellen Gestaltung ihrer politischen Bildungsarbeit im innerdeutschen Einigungsprozeß an den skizzierten Erfahrungen orientieren und die Förderung des Dialogs intensivieren.

3. Politische Bildung und die internationalen Herausforderungen

Politische Bildung beinhaltet auch immer die Auseinandersetzung mit den aktuellen geistigen und politischen Strömungen der Zeit. In einem zusammenwachsenden Europa, bei zunehmenden internationalen politischen Interdependenzen und globaler Gesamtverantwortung kann sich die politische Bildung nicht nur auf innerstaatliche Themen beschränken. Im Gegenteil: Sie muß die europäischen und internationalen Zusammenhänge thematisieren, methodisch und didaktisch aufbe-

reiten, um ihrem Ziel – Stärkung der Urteilkraft und des verantwortlichen politischen Handelns – gerecht zu werden. Die politischen Stiftungen verstehen sich in ihrem Bildungsangebot als offene Foren, die aktuelle Fragen aufgreifen und auch kontroverse Standpunkte zur Diskussion stellen. Sie geben damit jedem Interessierten die Möglichkeit, sich zu informieren, sich eine eigene Meinung zu bilden und den eigenen politischen Standort abzuwägen. Hier wird ein Beitrag zur Versachlichung der politischen Diskussion über grundlegende Probleme und Richtungsentscheidungen in Deutschland geleistet, in einem zusammenwachsenden Europa und in der Welt.

Für die Zukunft ergeben sich daraus eine Vielzahl von Themenfeldern für Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung, wie zum Beispiel:

- die Schaffung der politischen Union Europas und die weitere europäische Integration, die auch Antworten finden muß auf den Umbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa,
- die veränderte Rolle und die Verantwortung Deutschlands in der Welt,
- die Entwicklungspartnerschaft mit dem zentralen Schwerpunkt, die Beschlüsse von Rio de Janeiro zu einer gemeinsamen weltweiten Verantwortung für Umwelt und Entwicklung umzusetzen.

Die Vernetzung von innerstaatlichen und internationalen politischen Entscheidungen wird sich stetig vergrößern. So sind die europäische Integration und der innerdeutsche Einigungsprozeß nicht losgelöst voneinander zu betrachten, sondern sie werden sich gegenseitig beeinflussen. Die politische Bildung hat diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

4. Politische Bildung – Voraussetzungen und Erwartungen

Damit die politische Bildung und die politischen Stiftungen ihre Aufgaben wahrnehmen können, müssen auch die finanziellen Rahmenbedingungen gewährleistet sein. Wer meint – bei zugegeben schwieriger Lage der öffentlichen Haushalte –, den Rotstift bei der politischen Bildung ansetzen zu müssen, dem sei entgegengehalten: Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche – sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext –

sind die Erfahrungen der politischen Bildung besonders gefragt. Die Notwendigkeit zur Konsolidierung des Staatshaushaltes ist unbestritten, aber bloßes etatistisches Denken in Zeitspannen von einem, zwei oder drei Haushaltsjahren greift zu kurz angesichts der dargestellten Herausforderungen.

Eine weitere Forderung richtet sich an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft: Sie sollten ein realistischeres Augenmaß dafür bekommen, was politische Bildung zu leisten vermag und was nicht. Wenn wie jüngst der politische Extremismus eskaliert und in den verabscheuungswürdigen Morden und Brandschatzungen von Mölln und Solingen ein erschreckendes Maß an Menschenverachtung zeigt, ist es leicht dahingesagt: Auch die

politische Bildung hat versagt! Sicherlich trägt die politische Bildung eine besondere Verantwortung; sie kann aber keine „Feuerwehr“, keine „mobile Eingreiftruppe“ für gesellschaftliche Fehlentwicklungen sein, die sich ihrem unmittelbaren Einflußbereich entziehen.

Von ihren Aufgaben und Zielen sowie von ihrer Wirkungsweise her ist politische Bildung langfristig angelegt. Dabei muß sie sich – und das macht sie vielleicht auch unbequem – gegen schnellebige Tagespolitik und opportunistische Strömungen des Zeitgeistes durchsetzen, indem sie den Blick auf das Wesentliche, das Grundsätzliche lenkt: auf die Werte und Strukturen, die für das Zusammenleben in unserem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen bestimmend sind.

Günther Rüter: Politische Bildung und politische Demokratie im vereinigten Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/93, S. 3–12

Drei Jahre nach der vollzogenen staatlich-politischen Einheit Deutschlands hat diese als Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen eigentlich erst begonnen. Der massive Strukturwandel in Ostdeutschland bedingt auch einen Strukturwandel in Westdeutschland. Lange verdeckte Probleme in der „alten“ Bundesrepublik werden sichtbar und verschärfen sich. Zwei auseinandergelebte Gesellschaften sind nun in einer gemeinsamen politischen Kultur zusammenzuführen.

Die vorrangige Aufgabe der politischen Bildung besteht darin, diesen mindestens den Zeitraum einer Generation beanspruchenden Prozeß zu begleiten. Sie muß dabei der vergangenheitsbedingten ungleichen Wahrnehmung und Bedeutung von Problemen genauso gerecht werden wie der Herausforderung, den Westdeutschen den Vorrang des Aufbaus Ost vor dem Ausbau West zu erläutern. Wo sich östliche und westliche Gedankenwelten begegnen, besteht die Notwendigkeit einer bewußten Hinwendung zu einer unterschiedlich verlaufenen Geschichte und Sozialisation. Aus Informationen und Klarstellungen ergeben sich dann Chancen zu gemeinsamer Innovation. Das Bekenntnis zur Nation kann als Identifikationskraft bei dieser Neuorientierung helfen, sofern die Verirrungen der deutschen Nation in der Vergangenheit stets mit bedacht werden. Gleichzeitig darf die innerdeutsche Integration im Sinne einer Nationenbildung nur als Baustein einer größeren Einheit begriffen werden, die über die Europäische Gemeinschaft hinausweist auf die Vereinigten Staaten von Europa.

K. Peter Fritzsche/Herbert Knepper: Die neue Furcht vor der Freiheit. Eine Herausforderung an die politische Bildung

Aus: Politik und Zeitgeschichte, B 34/93, S. 13–24

Die Überlegungen gehen von den beiden Thesen aus, daß sich hinter der Xenophobie und dem Rechtsextremismus eine „neue Furcht vor der Freiheit“ verbirgt und daß politische Bildung hilfreiche Präventivstrategien entwickeln kann, wenn sie sich an einem modernisierten Autoritarismus-Ansatz orientiert.

Die Argumentation wird in drei Schritten entfaltet: Erstens wird die klassische Figur der „Furcht vor der Freiheit“ vorgestellt und ihre Bedeutung innerhalb neuer Autoritarismus-Kritik aufgezeigt. Zweitens werden die Streßkonstellationen (vor allem in Ostdeutschland) skizziert, die die neue Furcht vor der Freiheit und die Anfälligkeit für autoritäre Antworten hervorbringen. Drittens werden Elemente einer Prävention durch die politische Bildung präsentiert: Schulklima, Selbstwertstabilisierung und Multiperspektivität.

Ulrich Sarcinelli: „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält. Orientierungen für die politische Bildung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/93, S. 25–37

Ein noch so gut organisiertes System von Waren und Dienstleistungen allein hält auf Dauer eine Gesellschaft nicht zusammen. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Desintegrationserscheinungen, eines zunehmenden Problemdrucks und politisch-institutioneller Handlungsblockaden wird die Suche nach Fixpunkten einer neuen politisch-kulturellen Selbstverständigung zu einer Existenzfrage für das demokratische Gemeinwesen.

Über die wissenschaftliche Diskussion hinaus erweisen sich dabei „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ als zwei Schlüsselbegriffe. Auf der Suche danach, was ein modernes demokratisches Gemeinwesen zusammenhält, vermitteln sie jeweils unterschiedliche, für den Bestand der Demokratie aber unverzichtbare Perspektiven: Stellenwert und Wandel institutionell verfaßter Politik einerseits sowie Begrenzung von staatlich-institutionellem Handeln und Ausweitung von Bürgerverantwortung andererseits. Der Beitrag verbindet die Auseinandersetzung um aktuelle politik- und vor allem demokratietheoretische Diskussionen mit Orientierungen für die politische Bildungsarbeit.

Gerd Langguth: Politische Stiftungen und politische Bildung in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/93, S. 38–47

Die politischen Stiftungen und die politische Bildung sind prägende Elemente der demokratischen Kultur in Deutschland. Trotz der vielfältigen gesellschaftspolitischen Aufgaben, welche die politischen Stiftungen wahrnehmen, mangelt es an konkreten Informationen über ihre Arbeit. Dieser Beitrag zeigt den historischen Kontext und die Legitimation auf, die zu den Stiftungsgründungen im Nachkriegsdeutschland führten, skizziert ihre wichtigsten Arbeitsfelder, charakterisiert ihr Selbstverständnis, analysiert das Verhältnis zu den jeweils nahestehenden Parteien und legt die Finanzierung der Stiftungsaktivitäten dar.

Die Notwendigkeit politischer Bildung ist unbestritten. Der Beitrag geht vor allem folgenden Fragen nach: Wie definieren sich heute Ziele und Aufgaben der politischen Bildung vor dem Hintergrund geänderter gesellschaftlicher Bedingungen? Wie stellt sie sich den Herausforderungen des innerdeutschen Einigungsprozesses, der europäischen Integration sowie den Problemen und Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Neuorientierung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa? Welche realistischen Erwartungen können an die politische Bildung herangetragen werden, welche Voraussetzungen müssen gegeben sein?